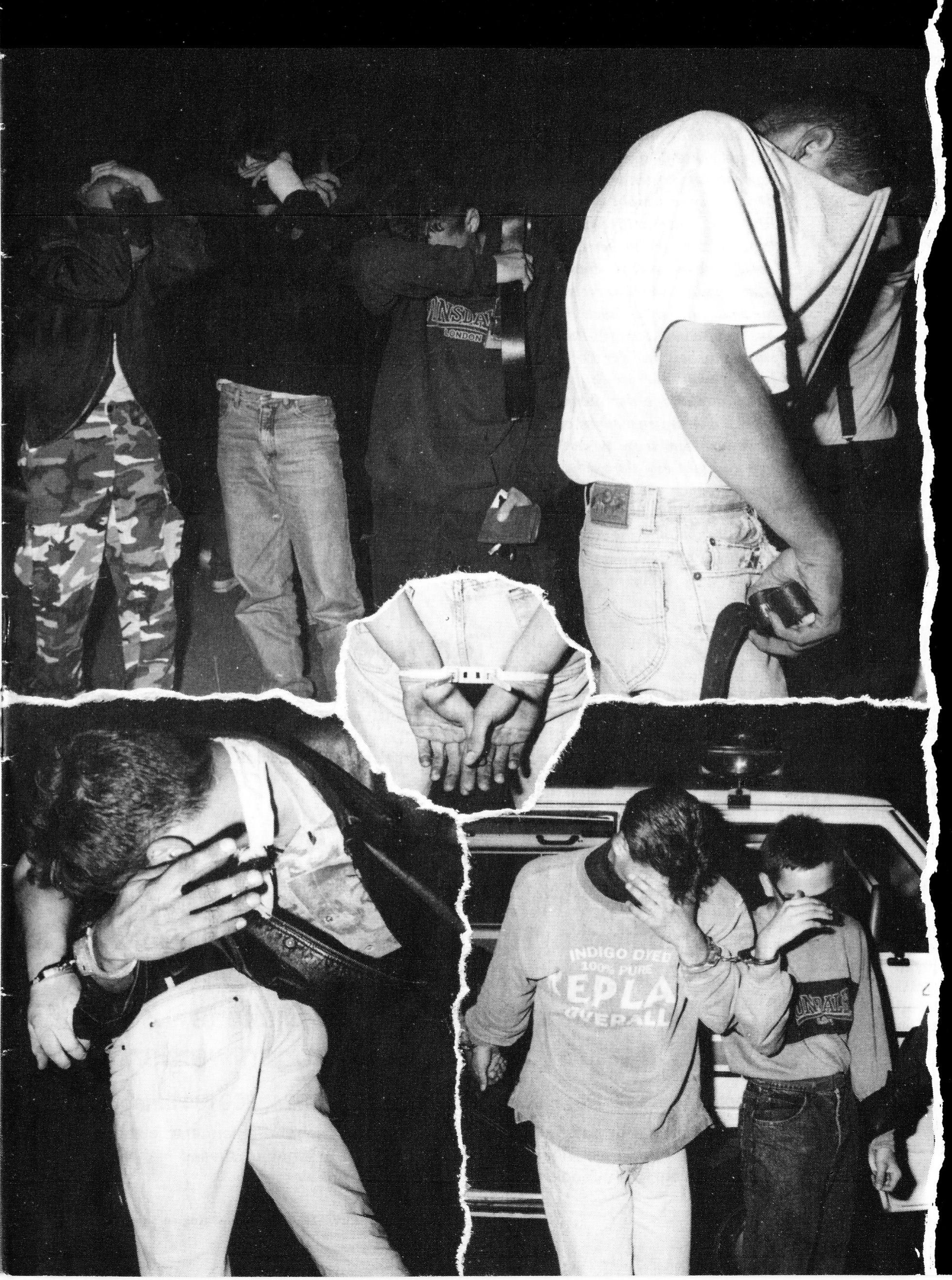
H 8040 F
Nummer 30
Aug./Sept.'94
2,50 Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

Luxemburg

Debakel für Hess-Marschierer



Inhalt

Berliner "Dienstagsgespräche"
Seite 3
Der Bund freier Bürger
Seite 5
Criticon: Die "Junge Freiheit" im Zeitschriftenformat
Seite 7
20.Juli 1944 - 20. Juli 1994
Seite 9
Der Wicca-Kult:
Seite 10
Deutsche Liga klettert aus dem Klofenster
Seite 11
Kohl rehabilitiert verurteilten Nazi-Terroristen
Seite 12
Der Beginn einer neuen Märtyrerlegende?
Seite 13
"Hess-Marsch" offenbart Polizeipanne
Seite 14
Viel Wind um nichts
Seite 15
Würstchen und Hakenkreuze in Diksmuide
Seite 17
FAP-Düsseldorf betreibt das "Nationale Infotelefon Rheinland"
Seite 18
"Aktion Sauberes Deutschland" weiter aktiv
Seite 19
„Da hatte er beim Verein noch nicht verschissen."
Seite 20
Günter Deckert
Seite 22
Krumme Touren
Seite 23

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand GbR
Rolandstraße 16 • Postfach 1324
30013 Hannover
Tel.: 0511/341036
Postgiro Hannover
Nr. 445586-301 • BLZ 250 100 30
Druck: Werkdruck Hannover
Satz und Layout: R. Simon
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P. Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder

Eigentumsvorbehalt:

Editorial

Hauptsächlich dem Sommerloch war es zu verdanken, daß in den letzten Wochen intensiv über neofaschistische Aktivitäten berichtet wurde. Geschickt nutzten militante Neonazis die Ferienzeit zu medienwirksamen Aktivitäten. Dabei blieben die tatsächlichen Aktionen weit hinter den Ankündigungen zurück oder waren - wie die Luxemburg-Aktion - ein "Schuß in den Ofen". Was blieb, war die ständige Präsenz der Nazis in den Medien.

Auch die auf parlamentarische Arbeit setzende Fraktion des Neofaschismus nutzte das Sommerloch. Das Treffen des REP-Vorsitzenden Franz Schönhuber mit DVU-Chef Gerhard Frey stellt einen Versuch dar, neue WählerInnenstimmen für die REP bei den bevorstehenden Bundestagswahlen zu mobilisieren. Schönhubers Vorstoß, der ihn möglicherweise den Parteivorsitz kosten könnte, stellt ein Zeichen der Schwäche sowohl der DVU als auch der REP dar. Gleichzeitig wird aber auch deutlich, daß die inhaltlichen Differenzen, die von verschiedenen rechtsextremen Gruppen geltend gemacht werden, oft nur taktischer Natur sind. So dürften auch die empörten Rufe aus den Reihen der REP-Partei, daß eine Zusammenarbeit mit der DVU nicht in Frage komme, wohl nur der Angst geschuldet sein, durch das Image der dumpf-rechtsextremen DVU WählerInnenstimmen aus dem eher konservativen Spektrum zu verlieren. Inhaltlich gab und gibt es - darauf haben AntifaschistInnen immer wieder hingewiesen - nur geringfügige Differenzen.

Dennoch könnte die Annäherung Schönhubers und Freys auch eine neue Tendenz markieren: Eine offenere Zusammenarbeit der Rechten möglicherweise sogar unter Einschluß der militanten Neonaziszene. Hinweise darauf gab es auch bei der diesjährigen Ijzerbedevaart im belgischen Diksmuide. Zu dem von den "Jungen Nationaldemokraten" organisierten "europäischen Kameradschaftsabend" reisten neben Skins und Neonazi-Kadern auch Burschenschafter, und Mitglieder von sich selbst als "konservativ" einstufenden Gesprächskreisen und Zeitungsprojekten an. Berührungsängste schienen nicht zu existieren.

Durchsichtig sind angesichts derartiger Entwicklungen im rechtsextremen Spektrum die Vorstöße vorwiegend konservativer PolitikerInnen. In den letzten Wochen wird verstärkt darauf hingewiesen, daß die militante Rechte die Toleranz der Behörden in den Nachbarländern nutze und dort ihre Operationsbasen ausbaue. Gefordert wird ein schärferes Vorgehen gegen Rechtsextremismus im Ausland. Offensichtlich soll damit internationalen Protesten gegen die neofaschistischen Umtriebe in der Bundesrepublik der Wind aus den Segeln genommen werden. Ein scheinheiliges Verhalten, das eine unbelastete außenpolitische Handlungsfreiheit und nicht die Bekämpfung des (Neo-) Faschismus zum Ziel hat, der sich ja auch in der Bundesrepublik weitgehend ungehindert entfalten kann.

Ein Grund mehr, den Kampf gegen den Neofaschismus und Rassismus zu verstärken und auch die internationale Vernetzung der Antifa-Bewegung zu intensivieren.

Das nächste Heft des "Rechten Randes" erscheint Anfang November. Redaktionsschluß ist der 15. 10 1994.

Termine

24. September 1994 15.00 Uhr: Dänisch-deutsche Demonstration gegen das neu entstehende Nazizentrum des NF-Chefs Meinolf Schönborn in Kværs/Dänemark

3. Oktober 1994 8.00 Uhr Demonstration "Da gibt es keinen Grund zum Feiern! - Gegen die zentralen Nationalfeiern" in Bremen ab Sielwall/Ecke Ostertorsteinweg.

Register

Ab sofort ist ein Register für alle bisher erschienen "Rechten Ränder" erhältlich. Für DM 10,00 kann das Register als Papierausdruck oder auf Diskette (ASCII und Word-Format) bezogen werden!

Bestelladresse: Der Rechte Rand, Postfach 1324, 30013 Hannover

Bereits bestellte Register können infolge eines technischen Fehlers erst jetzt ausgeliefert werden. Falls innerhalb einer Woche nach Erscheinen dieses Heftes auf die Bestellung nicht reagiert wurde, sollte nachgefragt werden!

Herbert Müller

Berliner "Dienstagsgespräche"

Die braunen Connections im Hause Heckelmannn

Fast hätte der Berliner Innensenator Heckelmann abtreten müssen, hätte sich die SPD nicht auf einen der faulsten aller faulen Kompromisse eingelassen. Der Hintergrund des Skandals: Die regelmäßige Teilnahme von Heckelmanns Pressesprecher Bonfert am "Dienstagsgespräch", einer schwarz-braunen Runde, zu deren Organisator Hans-Ulrich Pieper er innigem Kontakt unterhält. Entsprechende Verfassungsschutzberichte sollten beim Innensenator vernichtet werden.

Dies ging einem seiner Untergebenen wohl zu weit, sodaß er die Unterlagen der Presse zuspielte. Die braunen Verstrickungen des Pressesprechers **Bonfert** flogen auf. Die SPD stellte einen Mißtrauensantrag gegen Heckelmann, zog ihn aber zurück. In besagtem Kompromiß ließ sie sich damit abspeisen, daß Heckelmann die Befugnisse über den Verfassungsschutz an Diepgen abtreten mußte und Bonfert versetzt wurde.

Staatsschützer als Informationszuträger für Rechtsradikale bei der Dienstagsrunde

Das "Dienstagsgespräch", eine brisante "Auswahl von Kapital und Intelligenz der rechten Szene" (siehe Kasten) wurde vom Verfassungsschutz beobachtet. An ihr nahmen regelmäßig ca. 80 Personen teil, darunter maßgebend eine Reihe von bisher noch namentlich ungenannten "Angehörigen der Zeitung 'Junge Freiheit'"(JF) und "mehrere Mitglieder der Republikaner". Bonfert pflegte auf diesen Treffen Verbindungen zu den Machern der JF. Sie übergaben ihm Unterlagen zur "Sicherheit" ihres "Verlages", mit der Bitte um "kurzfristige Kontaktherstellung zur Besprechung der Lage mit dem Innensenator." Aufgrund dieses Kontaktwunsches sahen sich die anwesenden Beamten bei der Dienstagsrunde wohl veranlaßt, die JF-Macher über alle sie betreffende Geschehnisse zu unterrichten: "Mit den Mitarbeitern der 'Jungen Freiheit' wurde ein kurzes Gespräch geführt, in dem ich sie auf die Zeitung 'Konkret Extra' hinwies. In dieser Ausgabe wird umfangreich über die 'Junge Freiheit' berichtet.", schreibt einer der diensteifrigen Beamten in seinem Bericht über das "Dienstagsgespräch". Stimmt, in der genannten "Konkret" ist wirklich etwas Interessantes veröffentlicht: In einem längeren Beitrag wird belegt, daß sich in der "Redaktionsmannschaft" der JF "Neonazis, Salonfaschisten, CDU-"Rechtsaußen und Geschichtsfälscher ein fröhliches Stelldichein" geben.

Fall Kaindl: Faschisten bestens informiert

Es wird deutlich, wie weit die Kooperation von Staatsschützern und Faschisten gediehen ist. Dies läßt weitere Schlußfolgerungen zu, in welchem Umfang der Staatsschutz sich auch in anderen Fällen als Wasserträger der Rechtsradikalen ansieht. Dies ist auch im Zusammenhang mit dem sogenannten Fall Kaindl interessant. Im April '92 sitzen in Neukölln in einem China-Restaurant Vertreter der neofaschistischen "Deutschen Liga" (DL) mit **Thorsten Thaler** und **Carsten Pagel** zusammen. An diesem Abend kommt es zu einer Auseinandersetzung zwischen mehreren AntifaschistInnen und den dort anwesenden Funktionären aus dem neofaschistischen Spektrum. Kaindl, Funktionär der Deutschen Liga stirbt an Verletzungen durch mehrere Messerstiche. Der Staatsschutz konstruiert daraus einen geplanten und gemeinschaftlich begangenen Mord.

Seit Herbst 92 ist festzustellen, daß die DL bestens über den Stand der Ermittlungen informiert ist. So ist in ihrem Blatt im Oktober 92 zu lesen, "die Ermittlungsbehörden" hätten herausbekommen, daß der "Überfall im April durchaus keine spontane Aktion" war und "die Polizei hätte inzwischen die acht Täter ermittelt".

Einer der Anwesenden, das ehemalige DL-Mitglied Thorsten Thaler äußerte sich gegenüber der taz vom 23. November 93, daß ihm bei einer Vernehmung eine Karteikarte mit Bild einschließlich personenbezogener Daten über einen mutmaßlichen Täter vorgelegt wurde.

Innensenat alles "nicht bekannt"

Im Januar 94 wird von der Fraktion Bündnis 90/Grüne/UFV zu diesen Vorgängen eine Anfrage im Abgeordnetenhaus gestellt: In der Antwort vom 14.2.94 heißt es, daß es dem Senat "nicht bekannt" sei, wie die Faschisten im Umfeld der DL zu "diesen Behauptungen kommen". Dies betrifft die genauen Kenntnisse über den Stand der Ermittlungen.

Eine Befragung der Beamten, die Thaler personenbezogene Daten vorgelegt hatten, wird natürlich erst nach der Anfrage im Abgeordnetenhaus durchgeführt. Diese haben dies selbstverständlich "verneint". Es bleibt also weiterhin ungeklärt, wer aus dem Innensenat die Informationen an die DL bzw. ihr Umfeld weitergegeben hat.

Dazu kann aber jetzt festgestellt werden, daß Pagel und Thaler (ehemals DL-Mitglied) bis zum Jahresende 93 das Redaktionsteam für die "Hauptstadtseite" der JF bildeten! Und es bleibt bis heute unbekannt mit welchen "ausgewählten Teilnehmern" sich Bonfert und **Pieper** nach den Dienstagsrunden zurückzogen.

Plauderstunde des EX-Senator Pätzold (SPD)

Daß im und vom Innensenat solche Verstrickungen verwischt und verschleiert werden, auch gelogen wird, ist dort seit Jahren gängige Praxis. Bester Beleg dafür sind die Ausführungen des ehemaligen Innensenators Pätzold (SPD), die er im April 94 auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung machte. Er zog darin die Spannbreite der Lügen aus dem Innensenat von den "Rechtsbrüchen im Schmückerprozeß" bis hin zum Einsatz von V-Leuten in der AL-Berlin: "Ende 87 wies Innensenator Kewenig in einem Schreiben an den Innenausschuß" diesen Vorwurf "entrüstet zurück." Pätzold weiter: "1989 ließ ich als Innensenator auch diese Fragen überprüfen. Dabei wurde mir dienstlich vermittelt, daß 12 V-Leute aus der Alternativen Liste berichtet hatten. Später stieß ich zufällig darauf, daß es tatsächlich mehr als 60 waren." Dies macht deutlich, welche personellen Kapazitäten mobilisierbar sind, wenn der Feind links unter die Lupe genommen werden soll.

Es ist interessant, bei einem Herrn Pieper genauer hinzusehen. Immerhin hat Bonfert als Pressesprecher von Heckelmann und somit dem Führungsstab des Innensenats angehörig nach den Dienstagsgesprächen innigen Kontakt zu ihm gepflegt. Bonfert selber gehört seit vielen Jahren der berüchtigten "Paneuropa-Union" an (2).

Pieper: schon 1970 rechtsradikaler Aktivist

Der Organisator der Dienstagsrunde, Hans-Ulrich Pieper ist seit über 20 Jahren im rechtsradikalen Spektrum aktiv und bekannt. So war "Hans-Ulrich Pieper, als Funktionär des 'Nationaldemokratischen Hochschulbundes'" schon 1970 beteiligt, als Rechtsradikale SPD Veranstaltungen aufmischten. Am 29. Oktober 1970 sprengten 40 dieser Aktivisten eine SPD-Veranstaltung mit dem ehemaligen Regierenden Bürgermeister Heinrich Albertz im Rathaus Charlottenburg. Diese Aktionen richteten sich gegen die Ostverträge, die Pieper auf einer dieser Aktionen die Durchsetzung des "Wildwestrechtes" nannte. Einer, der schon damals die Fäden zog, ist der heutige Landesgeschäftsführer der Republikaner in Berlin, Sven **Thomas Frank**.

Pieper ist dem Spektrum der sogenannten Neuen Rechten zuzuordnen, die sich parteipolitisch zwar abstinent halten, dafür aber in verschiedenen Zirkeln und Gesprächskreisen tätig sind. So hat Pieper zwar für die Republikaner in München kandidiert, reagiert aber sofort mit Gegendarstellungen, wenn er in der Presse als REP-Mitglied bezeichnet wird. Dies ist eine Strategie, die gerade im Umfeld der Zeitung "Junge Freiheit" (JF) seit einigen Jahren praktiziert wird. Und so wird die Dienstagsrunde dann auch in der JF angekündigt: "Nach dem Vorbild der Düsseldorfer Herrenrunde(!) hat sich in Berlin das Dienstags-Gespräch etabliert, ein Kreis von Führungskräften aus Wirtschaft und Medien", für

das Pieper als Kontaktperson angegeben wird. Die Düsseldorfer Herrenrunde gruppiert sich um Prof. Dr. **Carl Zimmerer**, Geschäftsführer der Unternehmensvermittlung Interfinanz, der auch als Referent bei der Dienstagsrunde in Berlin auftrat. Er ist seit mehreren Jahren Förderer der JF und sprach sich dort in einem Interview unverhohlen für die Einrichtung von Arbeitslagern für Obdachlose aus.

Pieper: beständiger Autor in der "neu-rechten" Presse

Eine Ankündigung der Berliner Dienstagsrunde erschien auch in der "neurechten" Theoriezeitschrift "Criticon", in der seit Anfang der 70er Jahre von Pieper-Beiträge veröffentlicht werden. So wird in einem mehrseitigen Artikel in der Criticon Nr. 56 des Jahres 1979 unter der Überschrift "Wie sozialistisch waren die Nationalsozialisten wirklich? Der linke Flügel in der NSDAP" von ihm der Versuch unternommen, dem Strasser-Flügel sozialistische Ideale anzudichten. Die verschiedenen Beiträge in Criticon machen deutlich, daß Pieper ein Insider im schwarz-braunen Sumpf ist. In der Criticon Nr. 131 des Jahres 1992 veröffentlicht er einen Artikel mit der Überschrift "Laßt die Linken nicht allein! Ein Bündnisangebot zur rechten Zeit?", in dem er sich für den Ausbau der Querfrontstrategie ausspricht. Denn mit dem "Zusammenbruch des Sowjetimperiums (sei) auch die bundesdeutsche Linke (mit all ihren Sortierungen) bis tief in das Mark erschüttert." Dies gelte es auszunutzen, weil auch Personal zur Verfügung stehe, mit dem Einbrüche ins linke Lager erzielt werden könnten: "... sind nicht rechte Leute, die von links kamen (Oberlercher, **Maschke, Sander, Simon** u. a.) vitale Vordenker, die jetzt die Nachdenker bewegen könnten?" fragt er abschließend.

Pieper und seine Verstrickungen im braunen Sumpf

Hier schließt sich ein weiterer Kreis im braunen Netzwerk. Pieper "verkehrte" bei der "Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft, die halbjährlich ihre Wochenendtagungen als "Denkfabrik Europa der Völker" in Berlin mit einem persönlich geladenen Kreis durchführte. Deren Chefideologe ist der ehemalige '68-SDS-Aktivist in Hamburg, Dr. Reinhold Oberlercher. Er formulierte für die "Denkfabrik" die Konzeptpapiere. U.a. ein "Programm der Reichsdeutschen Bewegung" oder einen "Reichsverfassungsentwurf"; sie verfolgen das Ziel, hier autoritär/faschistoide Gesellschaftsverhältnisse durchzusetzen. Die außerdem von Pieper genannten Sander und Simon finden sich ebenfalls als Referenten bei der "Denkfabrik" wieder. Die letzte bekannte Tagung am 1. Mai 93 wurde von "engagierten AntifaschistInnen verhindert". Einlaß zu diesem Meeting begehrten auch die Berliner Nazi-Funktionäre **Frank Schwerdt** und **Christian Wendt**.

Piepers Verstrickungen im braunen Sumpf werden sonnenklar anhand seiner "aktenkundigen" Teilnahme an einer Veranstaltung des "Bildungswerk von Fallersleben", die auch von "bekannten Neonazis besucht" wurde. Dieses "Bildungswerk" ist in Berlin eine zentrale Schaltstelle zwischen bekennenden Nationalsozialisten und sogenannten Konservativen.

Insgesamt wird deutlich, daß die Strukturen in der Braunzone von staatlicher Seite nicht nur gedeckt werden, sondern wie es mit dem Fall Bonfert nachvollziehbar mit deren Drahtziehern kooperiert wird. Die stehen nicht isoliert da, sondern können Vertreter der "Elite" aus Wirtschaft und Medien einbeziehen. Und gewiß auch einbinden, wäre, wie im Fall der Dienstagsrunde die ganze Sache nicht aufgeflogen. Da Heckelmann weiter in Amt und Würden steht, werden die dunklen Kanäle über die die braunen Connection in seinem Hause führen, nicht ans Tageslicht gelangen.

Dieser Artikel erschien in der 14-tägig erscheinenden Zeitschrift Antifaschistische Nachrichten. Antifaschistische Nachrichten C/O GNN-Verlag Zülpicher Straße 7 50674 Köln.

Teilnehmer und Referenten des "Dienstagsgesprächs"

An den von H. U. Pieper geleiteten Dienstagsgesprächen nahmen regelmäßig "Angehörige der Zeitung 'Junge Freiheit' (JF)" und "mehrere Mitglieder der Republikaner teil". Hier sind bislang keine Namen bekannt. Darüber hinaus zeigt die nachstehende Übersicht, daß in dieser Runde namhafte Leute aus der Wirtschaft bzw. Medien mit den führenden Köpfen der sogenannten Neuen Rechten bzw. aus dem braunen Spektrum zusammentrafen. Die Referenten, die als diese bekannt sind, wurden mit (R) gekennzeichnet.

- Baring, Arnulf; Prof., reaktionärer Prof. an der FU-Berlin und revisionistischer Historiker
- Brunner, Manfred (R), Vorsitzender der rechtsradikalen Partei "Bund freier Bürger", Interviewpartner der JF
- Fichter, Tilmann, Leiter der SPD-Parteischule, Buchveröffentlichung bei Ullstein: "Die SPD und die Nation", Unterzeichner der Ehrenerklärung für Zitelmann
- Fleisner, Herbert (R), Geschäftsführer von Ullstein Langen-Müller, die drittgrößte Buchverlagsgruppe, Förderer der JF
- Frangi, Abdallah (R), PLO-Repräsentant
- Graw, Ansgar, Sender Freies Berlin, reaktionärer Autor und Moderator auf rechten Veranstaltungen, wie z. B. dem 2Studienzentrum Weikersheim"
- Hahn, FPD-Abgeordneter in Berlin
- Haider, Jörg (R), Vorsitzender der rechtsradikalen FPÖ, bejubelter Held in der JF und Interviewpartner, Bügelhalter für Brunners "Bund freier Bürger"
- Happel, Treuhandanstalt Berlin
- Helmrich, CDU-Justizminister in Schwerin
- Kelle, Klaus (R), Chefredakteur des Berliner Rundfunks
- Köhler, Dr., Vizepräsident des Bundeskriminalamtes
- Kiessling, Günter, General a. D. (R), bis 1984 stellvertretender NATO-Oberbesfehlshaber in Europa, Autor in der JF
- Löwenthal, Gerhard (R), mittlerweile abgesetzter Vorstandsvorsitzender der Deutschlandstiftung, weil er sich Brunners 2Bund freier Bürger" zugewandt hat
- Lummer, Heinrich (R), CDU-Bundestagsabgeordneter und Autor in der JF
- Nölling, Ex-Präsident der Hamburger Landeszenntralbank
- Roscher, Marcus, Vorsitzender der Nationalen Liberalen in der FDP
- Schill, Babcock-Borsig
- Seiffert, Wolfgang; Prof. (R), Referent auf Veranstaltungen in der Braunzone (DESG usw.), Prof. an der Uni Kiel, 1983 mit Schönhuber im Deutschälandrat (Vorlauforganisation der Republikaner), Interviewpartner der JF
- Schmidt-Holtz, Rolf (R), Ex-Stern Chefredakteur
- Stahl von, Alexander, Ex-Generalbundesanwalt
- Staisch, Peter; Dr (R), n-Tv-Chefredakteur
- Steiger, Volkswagen (VW)
- Weinschenk, Klaus, Prof., ehemaliger Landesvorsitzender der REPs in Berlin
- Wolfsohn, Michael, Dr. (R), sagte als Referent kurzfristig ab. Interviewpartner der JF
- Wruck, Ekkehard, CDU-Abgeordneter in Berlin, übermittelte Heckelmann nochmals ein Schreiben der JF über die "Sicherheit" ihres Verlages
- Zimmerer, Carl; Prof. Dr. (R), Organisator der Düsseldorfer Herrenrunde, regelmäßiger Interviewpartner der JF
- Zitelmann, Rainer, Cheflektor bei Ullstein Langen Müllers "Report"-Reihe und wegen zu offensichtlicher Rechtslastigkeit abgesetzter Resortleiter der Wochenbeilage "Geistige Welt" bei Springers Welt, Interviewpartner der JF

Andreas Speit

Der Bund freier Bürger - ein neurechter Versuch

Eine „Rechte Alternative" zu den Republikanern und zur Deutschen Volksunion für die Bundesrepublik, die reputierlich und koalitionsfähig ist, wurde schon vor zwei Jahren in den neurechten Zeitschriften „Europa vorn", „Nation und Europa" und der „Aula" aus Österreich thematisiert und eingefordert, um, wie „die Welt" im Dezember '93 ebenso konstatierte, einer „vagabundierenden Rechten" eine „Heimat" zu geben, die momentan in neurechten Lese- und Arbeitskreisen zu finden ist. Resümee der Debatte: ein deutsches „Modell Haider" könnte hilfreich sein. Berufen, der Misere ein Ende zu machen, fühlte sich Manfred Brunner. Mit Hilfe von Jörg Haider und anderen "Persönlichkeiten" aus neurechten, neokonservativen und nationalliberalen Kreisen wurde der „Bund freier Bürger" (BfB) am 23. Januar '94 in Wiesbaden ins Leben gerufen. Im kleinen Aying bei München feilte der BfB vom 13. bis 14. August an seinem Programm und sann über den weiteren Weg nach. Denn so recht läuft es nicht.

Der erhoffte große Erfolg bei den Europawahlen am 12. Juni blieb aus. 1,5 % in Hamburg und 1.8 % in Bayern waren die besten Ergebnisse, und dies, obwohl sich der BfB mit Brunner an der Spitze als EG-Spezialist, der die DM retten wollte, darstellte. Als erste Reaktion hierauf beschloß der BfB, nicht für die Bundestagswahlen 94 zu kandidieren und sich nur in Hessen und in Bayern an den Landtagswahlen zu beteiligen. Allerdings fehlen in Bayern noch Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahlkreise.

Dabei hatte alles so gut angefangen. Mit seiner Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das Maastrichter Vertragswerk zur Europäischen Union hatte **Manfred Brunner** allgemeine Beachtung erfahren und sich in neurechten Kreisen etabliert.

Als heroischer Kampf wird sein Engagement für ein „Europa der Völker" gegen den „totalitären EG-Zentralismus, der Totalharmonisierung" und der „Gefahr der Einführung der sozialistischen Planwirtschaft durch Brüssel" in der Selbstdarstellung des BfB hochstilisiert. Daß ihm dies seinen Posten als Kabinettchef bei der EG-Kommission und dem des EG-Komissars im Stab von Martin Bangemann kostete, mit einem Gehalt von 20.000 DM, drei Monate vor Ablauf der Vier-Jahres-Frist, die ihm die Pensionsberechtigung eingebracht hätte, wird ausführlich betont. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts am 12. Oktober '93 beendete Manfred Brunner seine langjährige Karriere in der FDP, die vom Stadtrat in München (1973) über Fraktionsvorsitz, Landesvorsitzender (1983) bis hin in den Bundesvorstand und dem Präsidium der FDP reichte. Von 1988 bis '92 war er noch Vorsitzender der FDPnahen Thomas-Dehler-Stiftung (1.).

Doch dies tat weder seiner persönlichen noch seiner politischen Karriere Abbruch. Seine Anwaltskanzlei in München hat in gewissen Kreisen einen guten Namen, und des öfteren ist er als EG-Spezialist ein gern gesehener Referent, so z.B. bei der „Schweizerzeit-Herbsttagung" in Berg am Irchel, am 13. November letzten Jahres, organisiert von der konservativen Zeitung „Schweizerzeit", oder darf als Gastdozent zu Europarecht an der Universität Nürnberg referieren. Was nicht überrascht, da Prof. Dr. **Karl Albrecht Schachtschneider**, einer der fünf stellvertretenden Bundesvorsitzenden des BfB, Dekan an der Nürnberger Universität ist.

Daß Manfred Brunner nach seinem Austritt aus der FDP nicht ins politisch bodenlose fiel, sondern gleich Fuß fasste bzw. nicht aus dem Tritt kam und gleich knapp zwei Monate später den BfB gründete, läßt erahnen, inwieweit hier planmäßig ,Schritt für Schritt, gehandelt wurde.

Sichtbar war allerdings schon im Vorfeld, wer sich da mit wem zusammen tun möchte.

Am 5. Januar '92 gründete Brunner die Stiftung "Demokratie und-Marktwirtschaft" mit Sitz in München und stattete sie mit einem Grundvermögen von Einhundertausend DM in bar aus. Zu den ersten Mitgliedern des Stiftungsrats bestellte er: Dr. **Hans D. Barbier** (Frankfurt), Prof. Dr. **Arnulf Baring** (Berlin), Dr. **Peter Gauweiler** (München), **Lothar Müller** (München), **Wolfgang Strauß** (München), Prof. Dr. **Lothar Vollmer** (Hohenheim) und Dr. **Rudolf Widmann** (Starnberg). Zu den ersten Mitgliedern des Vorstandes gehört er selbst und Rupert Graf Strachwitz (München). Im Januar '93 wurde die Stiftung als Öffentliche Stiftung des Bürgerlichen Rechts vom bayerischen Staatsministerium des Inneren anerkannt.

Zwei Monate später folgt die Gründung des Freundeskreis der Stiftung "Demokratie und Marktwirtschaft", dem u.a. Wolfgang Strauß, Dr. **Anton Fischer** und Dr. **Helmut Schmidt** angehören.

Durch die Vergabe von Stipendien und die Durchführung von Tagungen, Symposien und Kolloquien und anderen Veranstaltungen möchte die Stiftung die Völkerverständigung zwischen Menschen aus den verschiedenen Regionen Europas, sowie anderen Kontinenten fördern. Desweiteren verleiht die Stiftung jährlich den „Freiheitspreis". Am 16. Januar '93 wurde Dr. **Franz Thoma** die Ehre zuteil, den Freiheitspreis als Erster von Manfred Brunner in München überreicht zu bekommen (2.).

In dieser Zeit reiste Brunner, unterstützt durch **Jörg Haider**, dessen Freundschaft mit dem „wichtigsten österreichischen Reformer" noch aus FDP-Zeiten stammt, durch die Bundesrepublik und warb bei konservativen Eliten für sein Konzept. So sprach er u.a. bei der 2. Hochschulwoche des „Studienzentrum Weikersheim", der Arbeitstagung der „Deutschen Burschenschaften" in Jena und dem Berliner Herrenclub „das Dienstaggespräch". Angeblich, laut „Europa vorn spezial" sollen Verhandlungen mit **Carl Zimmerer**, Mitinitiator der „Düsseldorfer Herrenrunde" geführt worden sein, der die REP mitfinanzierte. Ob das von Brunner dargelegte Konzept sein „eigenes" war, darf hinterfragt werden. Haider verkündete zuvor in einem Interview mit der Zeitschrift „Conturen", daß er sich vorstellen könnte, in absehbarer Zeit in Deutschland, mit einer eigenen Partei zu kandidieren (3.). Mit der Gründung des BfB war ihm dies abgenommen. Nur, ganz ohne ihn ging es nicht bzw. sollte es nicht gehen, wie beim Europawahlkampf zu sehen war.

So kam dann auch das angesprochene Klientel, ca. 130 Personen, zwischen rechtskonservativ in der CDU/CSU und FDP bis hin zur Neuen Rechten, nach Wiesbaden zur



Manfred Brunner (links) mit dem Schweizer Nationalrat Dr. Christoph Blocher

Gründung einer Partei für Leute, „die schon etwas sind und nicht für solche, die erst was werden wollen" (Brunner). Ohne Probleme wurde der gut vorbereitete Gründungsparteitag durchgezogen. Die „Leitsätze zur Erneuerung der Politik in Deutschland „(Zehn-Punkte-Programm), der Name (BfB) und Bundesvorstand waren alsbald beschlossen. Nach außenhin möchte der BfB einen seriösen Eindruck machen und betont, daß „kein einziger Politikfunktionär, dafür aber freie Bürgerinnen und Bürger" das Fundament der Partei bilden. „In der deutschen Politik muß wieder die Wahrheit gesagt werden" ist der erste Satz in ihren Leitsätzen zur „Erneuerung der Politik in Deutschland". Ein paar Zeilen weiter wird die Demokratie beschworen. Wie sie es selbst mit der Wahrheit halten, offenbarte sich sogleich auf dem Gründungsparteitag, denn die Kernmannschaft des BfB besteht aus al-

les anderem als einfachen Bürgerinnen und Bürgern.

Einige Beispiele:

- Der schon erwähnte Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider, der, zusammen mit **Hans Martin Rupp**, Brunner vor dem Bundesverfassungsgericht vertrat und der Jungen Freiheit (JF) ein ganzseitiges Interview gab. In Österreich trat er Ende Februar mit Haider bei Wahlkampfveranstaltungen auf.
- Prof. **Joachim Strabatty** referierte im „Studienzentrum Weikersheim".
- **Günther Steckhan**, Polizeipräsident von Hagen.
- Dr. **Bruno Bandulet**, ex-Chefredakteur der sexistischen Zeitung Quick, Autor in „Criticón".
- **Wolf von Zworowski**, ehem. Landesvizepräsident der CDU-Hessen. 1993 gründete er die „Deutsche Partei", 32 Jahre nach dem Ableben ihres faschistoiden Vorgängers.
- **Peter Thierz**, Mitglied des Europaparlaments.
- **Wilfried Hofmann**, ehem. FDP-Landtagsabgeordneter von Sachsen-Anhalt.
- Dr. **Gerhard Pfreundschuh**, ehem. Landrat der CDU des Neckar-Odenwald-Kreises.
- **Gunnar Sohn**, ehem. JU-Vorsitzender und regelmäßiger Autor in „Criticón" und „Mut".
- **Regina Freifrau von Schrenck-Notzing**, Ehefrau von Caspar, dem Herausgeber von „Criticón" und ständige Mitarbeiterin.

Ins Auge fällt, daß viele Vorstandsmitglieder im „Criticón" publizieren und Kontakte zu anderen neurechten Projekten unterhalten (4.). Dies trifft auch für die Herren im Hintergrund zu. Wolfgang Strauß, ehem. NPD-Funktionär und Autor in etlichen neofaschistischen und neurechten Publikationen. Oder Arnulf Baring, der bevorzugt in der FAZ zu Wort kommt und empfiehlt, die deutsche Geschichte vor 1945 in den Abfallkorb zu werfen, um eine Wiederkehr Deutschlands zu ermöglichen.

Was sich Brunner unter Demokratie vorstellt, kann in der Stiftungssatzung nachgelesen werden. Im § 12 „Sonderrechte des Stifters" heißt es: „ Dem Stifter Manfred Brunner stehen folgende Sonderrechte zu:

1. er kann zum Zeitpunkt von Wahlen und Berufungen verlangen, daß er zum Mitglied des Stiftungsrates gewählt oder zum Mitglied des Vorstandes berufen wird;

2. er kann gegen alle Entscheidungen (...) wirksam Einspruch erheben. Diese Sonderrechte haben Vorrang vor allem anderen und gelten auf Lebenszeit."

Wie der BfB die Zukunft gestalten will, skizzieren die „Leitsätze", welche sich wie folgt darstellen lassen:

1. Ein Europa der Vaterländer, mit Deutschland als Führungsmacht und einer Gewichtung auf Mittel- und Osteuropa, wird angestrebt.

2. Nur eine konsequente marktwirtschaftliche Politik kann, nach der BfB, die wirtschaftlichen Probleme lösen. Konkret heißt das, daß die Löhne und Arbeitszeiten flexibeler werden müssen, weshalb das „starre Tarifsystem" abgeschafft werden sollte.

3. Damit sich Arbeit und Leistung wieder lohnen, muß die Steuer- und Abgabenlast gesenkt werden. Insbesondere für Unternehmen, um eine Rentabilität von Investitionen zu garantieren.

4. In der Gesundheits-, Renten- und Sozialpolitik soll die Eigenverantwortung des mündigen Bürgers im Vordergund stehen, der die soziale Sicherung für Notlagen selbständig trägt.

5. Auch im Umweltschutz wird auf eine marktwirtschaftlich orientierte Umweltpolitik gesetzt.

6. Deutschland solle ein offenes und fremdenfreundliches Land sein. Und damit dies in Zukunft auch so bleibt, bedarf es einer bewußten Ausländerpolitik, die die Integrationskraft der Gesellschaft nicht überfordern darf.

7. Um die Innere Sicherheit zu garantieren, muß ein starker Rechtsstaat, der mit allen Mitteln ausgestattet ist, etabliert werden.

8. In der Familienpolitik setzen sie auf alte, nationalkonservative Werte. Im Mittelpunkt steht die Familie.

Deutlich wird, wie konkret die Neue Rechte Politik ihre Inhalte und Strategie plant und umsetzt.

Bei solchen Inhalten und diesen Beziehungen überrascht es nicht, daß im Mai die FAZ ausführlich das wirtschaftspolitische Programm darlegte und die Welt im darauf folgenden Monat das Europa-Konzept einer breiten Öffentlichkeit zugängig machte (5.).

Ebenso überraschen nicht Kontakte in die Wirtschaft, z.B. zu Dr. **Wolfgang Hacker**, Gründer vom „Gesprächskreis Unternehmer und Recht" in Frankfurt am Main, Kandidat des BfB zu den Europawahlen und Bundesschatzmeister, und zu Prof. Dr. **Eberhard Hamer**, Leiter des Mittelstandsinstituts Hannover und Mitglied im BfB. Welche Beziehungen sich über dem von **Hans-Ulrich Piper** initiierten Berliner Herrenclub ergeben haben, wo Repräsentanten aus Wirtschaft, Medien und Politik bekanntlich verkehren, ist offen.

Während Manfred Brunner wenig Hehl um seine neurechte Gesinnung, kombiniert mit einem klassischen Nationalliberalismus macht, möchte er den BfB als „freiheitliche Alternative der Mitte" verstanden wissen, dem das „Etikett des Rechtsradikalismus nicht anzuhängen ist".

Die Entstehungsgeschichte, die Inhalte und Persönlichkeiten des BfB, belegen das Gegenteil.

Er selbst begreift sich als „einwanderungsfeindlich, aber ausländerfreundlich" und betont, daß eine „getarnte Inländerfeindlichkeit, Rassismus mit umgekehrten Vorzeichen ist", und daß „Nationalismus eine Mangelerscheinung sei", dabei „hat jede Nation ein angeborenes Bedürfniss nach Identität", die durch „Gleichmacherei" gefährdet ist (6.). Sein Europamodell knüpft an **Thomas Dehler** an, der sich für ein Europa der Zukunft das alte „Heilige Römische Reich" vorstellen konnte.

Dem BfB war es bis zu den Europawahlen gelungen, für alle Bundesländer Ansprechpartner (es sind alles Männer) zu finden. Doch nicht nur, daß der Erfolg ausblieb, ihr Wahlkampf war begleitet von antifaschistischen Aktionen, die ihnen ihren „sauberen biederen Anstrich" nahmen. Und gerade dies sollte nicht passieren, wenn man eine „rechtspopulistische" Partei formieren möchte.

In Aying war deshalb die weitere Perspektive der Partei, so wie die inhaltliche Orientierung, Thema. Von den angeblich 500 Mitgliedern kamen, nach eigenen Angaben, 168. Insgesamt waren ca. 200 Personen anwesend, um über die Zukunft der „Kulturrevolution" und der „fundamentalen Erneuerung" zu diskutieren. Als Diskussionsgrundlage dienten ihnen die Arbeitsergebnisse der acht Arbeitsausschüße, die in Wiesbaden benannt wurden. Ihre neurechten Positionen und ihre nationalliberalen Wirtschaftsvorstellungen konkretisierten und entwickelten sie weiter. Einige Stimmen merkten allerdings an, daß die Zusammenarbeit mit Haider im Europawahlkampf zu viel negative Schlagzeilen gebracht hätte, weshalb ein Umdenken in der Gestalt gefragt sei, inwieweit Haider helfen könne, ohne daß es groß auffällt. Angestrebt wird weiterhin ein bundesdeutsches Modell der Haiderschen FPÖ, auch wenn Haider evtl. auf etwas „eigenes" bei den momentanen Entwicklungen setzten könnte. Für den Januar '95 ist ein weiterer Parteitag beschlossen worden.

Es wird sich zeigen ob dem BfB der Durchbruch in der Parteienlandschaft gelingen wird und ob der BfB die langersehnte „rechte Alternative" ist, die die Neue Rechte versucht, in dem Spektrum von Neokonservativen und Nationalliberalen innerhalb der bürgerlichen Parteien von CDU/CSU, FDP bis hin zur SPD und den neofaschistischen Strukturen zu etablieren.

Der BfB ist ein Versuch. Was ihn von anderen unterscheidet ist, daß er „als nationalliberaler Tabubrecher" neurechter Konzeptionen und Theorien verstanden werden kann, dessen Funktion es sein könnte, „die Diskussion zur Gestaltung Europas von der Kapitalseite her mitzugestalten"(7.). Beste Kontakte bestehen bereits, und adäquate Inhalte offerienren sie ebenso schon.

Quellen:

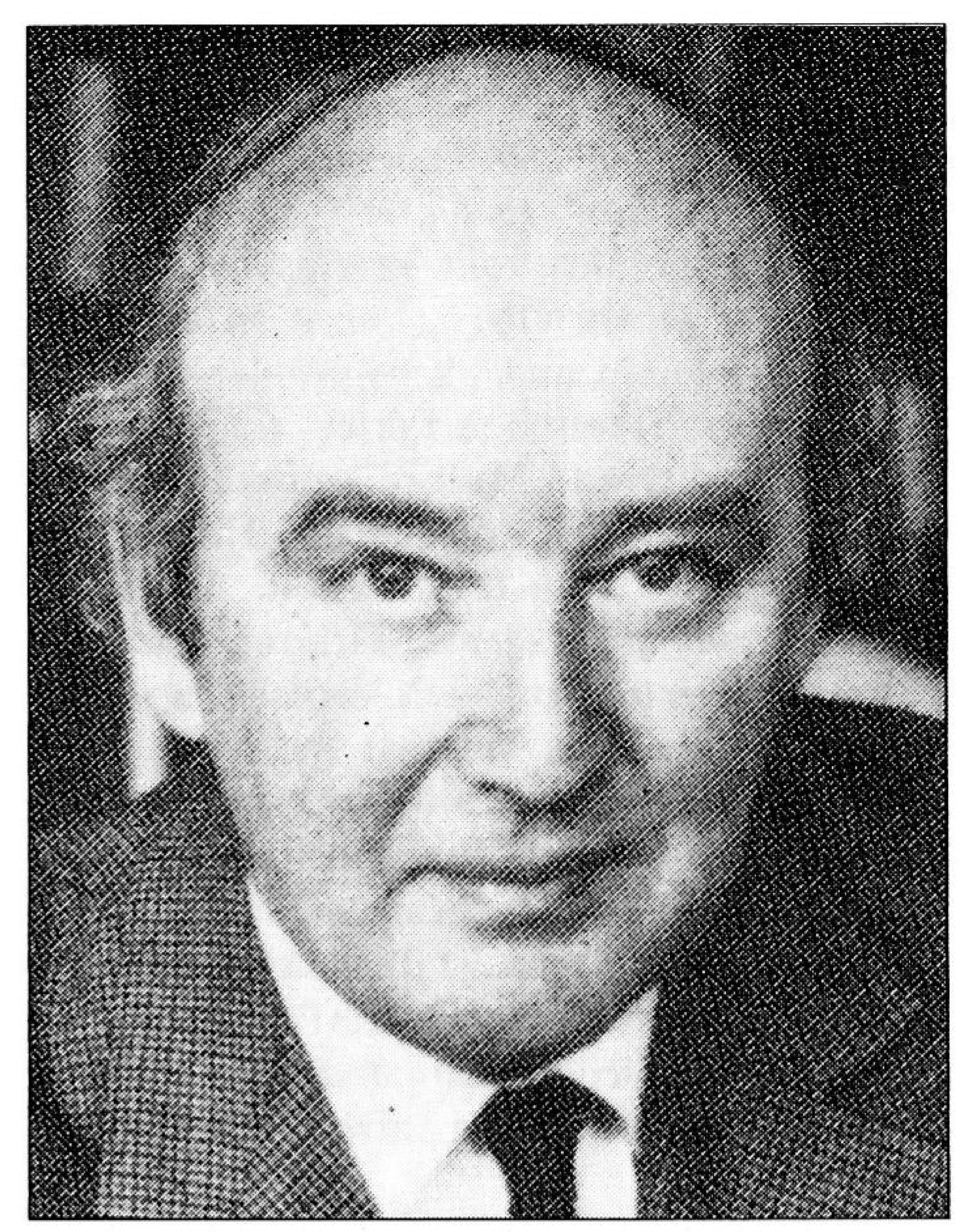
1. Selbstdarstellung des Bund freier Bürger: Was wir wollen, Wer wir sind
2. Selbstdarstellung der Stiftung-Demokratie-und-Marktwirtschaft
3. vgl. AntifaInfo, März/April '94, Nr. 26: Bund freier Bürger
4. siehe 2. u. Rabaz Antifaschistische Infozeitung, Sommer '94
5. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.5.'94: „Wir wollen ein Europa des Wettbewerbs"; Die Welt, 6. 6.'94: „Ein deutscher Europäer aus Überzeugung"
6. siehe: Rabaz ebd. u.: Brunner Manfred, Unabhängig, Föderalismus, Freiheit - und die EU ?; Schweizerzeit-Schriftenreihe, Nr. 16, Flaach 1994
7. vgl. 2. u. Rabaz ebd.

Anton Maegerle

CRITICON: Die "Junge Freiheit" im Zeitschriftenformat

Kampforgan rechtsintellektueller Strategen ([1])

Zu Beginn des Jahres 1994 hat die Zeitschrift CRITICON ihre bisherige zweimonatliche Erscheinungsweise umgestellt und geht den ca. 8.000 Abonnenten nunmehr vierteljährlich zu. Zurückgesteckt hat CRITICON, um Teilen seiner Autorenschaft freie Kapazitäten zur Mitarbeit bei der "Jungen Freiheit" (JF) zu ermöglichen. Als "bemerkenswertes Experiment" wird so in der letzten Zweimonatsausgabe von CRITICON der Ausbau der JUNGEN FREIHEIT (JF) zur Wochenzeitung begrüßt, da zur "Überraschung vieler" die "Wende von 1989 auf dem geistigen Feld statt Erneuerung und Normalisierung nur Beharren, Immobilität und Denksperren zur Folge gehabt" habe.



BASF-Aktionär und Criticon-Herausgeber Caspar von Schrenck-Notzing

Vergessen scheinen die Worte des CRITICON-Herausgebers Baron **Caspar von Schrenck-Notzing** (geb. am 23.Juni 1927 in München), der 1986 konstatierte, daß die "politisch-kulturelle Wochenzeitung" eine "sterbende Gattung" sei. Daß Schrenck-Notzing, einst Großaktionär bei WMF, seine Meinung geändert hat, liegt wohl daran, daß ein beträchtlicher Teil der JF-Autorenschaft nicht nur aus dem Unterstützer-und Sympathisantenkreis, sondern direkt dem Autorenfeld von CRITICON entstammt. Umgekehrt haben JF-Autoren auch in CRITICON eine publizistische Heimat gefunden. Das ist nicht verwunderlich, da beide Strategieorgane sich eng am Ideengut der sog. "Konservativen Revolution", einer intellektuellen präfaschistischen Strömung in der Weimarer Republik, orientieren. Pausenlos wird von CRITICON und JF die nationale Identität propagiert; sich selbst sieht man als geistige, weniger politische Elite. Gemeinsames Ziel ist die Veränderung des geistig-politischen Klimas in der Bundesrepublik, einhergehend mit einer auch politisch-organisatorischen "Rekonstruktion des Konservatismus" (Gerd-Klaus Kaltenbrunner).

Entstehung von CRITICON

Im Herbst 1968 hatte Caspar von Schrenck-Notzing im Stuttgarter Seewald-Verlag das Buch "Zukunftsmacher. Die neue Linke in Deutschland und ihre Herkunft" veröffentlicht. In diesem Zusammenhang sprach er am 15.Juni 1969 auf Einladung der "Deutschen Gildenschaft" (DG) im Gartenpavillon des Juliusspitals in Würzburg zum Thema "Die Krise der Bundesrepublik und das Handeln des Einzelnen". Der Vortrag wurde in der Septembernummer der *Blätter der Deutschen Gildenschaft* - die DG bezeichnet Schrenck-Notzing mit einem Understatement als "kleinen, aus der Jugendbewegung hervorgegangenen Studentenbund" - veröffentlicht. Schrenck-Notzing bedauert darin das Fehlen von Bücherzeitschriften und -beilagen, die eine gezielte Lektüre unterstützen. Vorgeschlagen wurde auf der Veranstaltung dann die Herausgabe einer hektographierten Besprechungszeitschrift. Die Zeitschrift CRITICON, ein "Kristallisationspunkt für konservative Intelligenz jenseits des niedergehenden Milieus der Unionsparteien" (JF), bestehend aus Schrenck-Notzing und dem Gildenschafter **Hanns Klatz** sowie der "bewährten" Buchdruckerei **Knauf** in Weiden, war geboren.

Auf den Namen CRITICON (vom gr. Krisis = Scheidung, Unterscheidung, Urteil) war Schrenck-Notzing bei der Lektüre des Romans El Criticón des spanischen Dichters und Jesuiten Baltasar Gracián (1601-1658) gestoßen, den dieser zwischen 1651 und 1657 publizierte.

CRITICON: Kampforgan zur "Revitalisierung des Konservatismus"

Im Juli 1970, der Rauch der Studentenrevolte beginnt sich bereits aufzulösen, erscheint die erste CRITICON-Ausgabe mit 12 Seiten; Herausgeber und verantwortlicher Redakteur ist Schrenck-Notzing.

Im Mittelpunkt der Erstausgabe, die überwiegend Buchbesprechungen enthält, steht ein von **Armin Mohler** verfaßtes Autorenporträt über Gehlen, dessen Buch "Moral und Hypermoral" "von den jüngeren Konservativen als Überwindung des allzu matten Nachkriegskonservatismus verstanden wurde". Von nun an war die Marschrichtung von CRITICON vorgegeben, die von Gehlen ausgelöste "Revitalisierung des Konservatismus" vorwärts zu bringen.

Kontinuierlich berichtet CRITICON, schon nach wenigen Ausgaben der Rolle einer reinen Besprechungszeitschrift entschlüpft, über "konservative" Bewegungen, Bestrebungen und Periodika in aller Welt, eingeschlossen die "Neue Rechte" um **Alain de Benoist**. Deren Publikation "*Nouvelle Ecole*" wertet man gar als "Zeitschrift der konservativen Alternative".

Ein allumfassendes ideologisches Profil des Konservatismus, ein Mix aus der intellektuellen Kraft des Konservatismus der Vergangenheit und Gegenwart, theoretisch erneuert und modernisiert, soll mittels CRITICON geschaffen werden. Erweckt werden soll das intellektuelle Erbe des Konservatismus, um es für aktuelle Erfordernisse zu mobilisieren.

Man bastelt an der Theorie für eine konservative Internationale, unter derem Banner alle Platz finden sollen, die die Jahreszahlen 1789 und 1968 rückwirkend aus dem Lauf der Geschichte ausradieren möchten - eine verschworene geistige Allianz Rechtsoppositioneller innerhalb und außerhalb der Unionsreihen.

Liberalismus als Verfassungsdoktrin wird von der CRITICON-Autorenschaft, zu der in den Anfangsjahren auch die Nationalrevolutionäre **Günter Bartsch**, **Henning Eichberg** und **Wolfgang Strauß** zählen, abgelehnt und der atlantisch-amerikanische Westen mitsamt seines Universalismus verdammt.

Elementarer Bestandteil des Kampfes zur "Revitalisierung des Konservatismus" ist das Kapitel "Vergangenheitsbewältigung", mit dem Mohler und Schrenck-Notzing traumatisch verbunden sind.

CRITICON, somit auch ein Kampforgan in Sachen "Entkriminalisierung der Vergangenheit" (*Deutschlandrat*), wächst nach und nach "zum Schnittpunkt der Konservativen unterschiedlicher Färbung" heran, die sich der Zeitschrift nicht zuletzt deshalb zuwenden, "weil 'Criticon' niemanden auf ein alleingültiges Glaubensbekenntnis einzuschwören versuchte".(Criticon)

Konservative Organisationsstrukturen

Mittlerweile gehört Schrenck-Notzing dem Kuratorium des Ende 1991 gegründeten Vereins "Konservative Kultur und Bildung e.V. Konservatives Büro" (Sitz: Bielefeld) an, in dem die CRITICON-Autoren Pater **Lothar Groppe SJ** (Bad Pyrmont), **Hans Graf Huyn** (Riedering), **Gerhard Löwenthal** (Wiesbaden) und Prof.Dr.**Karl Steinbuch** (Karlsruhe) tonangebend sind. Einzige Nicht-CRITICON-Aktivistin ist **Christa Meves** (Uelzen), die jedoch auch in der JF zur Feder greift. Kuratoriumssprecher des als gemeinnützig und spendenfähig anerkannten Vereins ("überparteilich-konservativ und überkonfessio-

nell") ist der frühere Moderator des ZDF-Magazins (1969-1987) Gerhard Löwenthal, Mitbegründer der 1981 konstituierten "Konservativen Aktion" (KA).

Das KB, geführt vom Vereinsvorsitzenden Dr.**Werner Roth**, Oberschulrat an der Universität Bielefeld und Mitbegründer der wiederbelebten "Deutschen Partei" (DP), möchte "konservativen" Multiplikatoren (Einzelpersonen, Gruppen, Verbänden, Einrichtungen, Medien) durch Information, Austausch und Kontakt zu besserer Wirkung ihrer Arbeit verhelfen und zugleich Vernetzungseffekte fördern. Ziel des Vereins, dessen Konzeption die Erkenntnis des italienischen Marxisten Antonio Gramsci zugrunde liegt, wonach es keine politische Macht ohne kulturelle Hegemonie geben könne, ist die Rückgewinnung konservativer Gesellschaftsfähigkeit, die durch den "(Wieder-)Aufbau einer konservativen geistig-kulturellen Infrastruktur" angestrebt wird.

Maßgeblichen Anteil am Aufbau einer konservativen Organsationsstruktur leisten "Konservative Gesprächskreise" und "Jungkonservative Clubs", die seit 1990 wie Pilze aus dem Boden schießen, teils im universitären Umfeld angesiedelt sind oder direkt als LeserInnenkreise von CRITICON und JF entstanden. Bei der Rekonstruktion des Konservatismus können diese Gesprächskreise auf eine "moderne geistige Basis" zurückgreifen, die von CRITICON-Autoren gelegt worden ist: "Armin Mohler beschrieb die Vergangenheitsbewältigung, Caspar von Schrenck-Notzing die Charakterwäsche. **Gerd Klaus Kaltenbrunner** ging die Frage nach den konservativen Grundlagen an. **Hans-Joachim Arndt** erschütterte die Politologie der Linken und wies auf rechte Alternativen. **Hellmut Diwald** entwickelte ein Geschichtsverständnis, das offensichtlich nur noch exekutive Eingriffe, nicht aber inhaltlichen Widerspruch möglich machte. **Hans Dietrich Sander** bekannte sich zum nationalen Imperativ und **Bernard Willms** gab der Nation eine fundierte, theoretische Legitimation. **Wolfgang Venohr** stellte mit kompetenten Ko-Autoren klar: »Die deutsche Einheit kommt bestimmt« eine Herausforderung, die immerhin den Widerspruch des Herrn von Weizsäcker erforderlich machte. **Harald Rüddenklau** zeigt gangbare Wege zur Lösung der deutschen Frage auf. **Dieter Blumenwitz** wirkt mit völkerrechtlichem Sachverstand den Versuchen entgegen,»den Deutschlandbegriff zu miniaturisieren. **Horst Stern** analysiert die lautlose Katastrophe des deutschen Volksverfalls und zeigt auf Ansätze einer bevökerungspolitischen Wende" (Criticon).

Parteipolitische Präferenzen

Parteipolitisch ist Caspar von Schrenck-Notzing nicht engagiert - im Gegensatz zu seinem Sohn Alexander, der vom bayerischen REP-Landtagskandidaten 1986 über den Republikanischen Hochschulverband zwischenzeitlich als einfaches Mitglied zur CSU gewechselt ist, und seiner Frau Regina, die dem "Bund Freier Bürger" (BFB) des Münchner Rechtsanwalts und Ex-FDP-Funktionärs **Manfred Brunner** angehört.

Beisitzer im fünfköpfigen BFB-Präsidium ist u.a. der Verleger Dr.**Bruno Bandulet** (Bad Kissingen), ehemals Referent für Ost-und Vertriebenenpolitik der CSU-Landesleitung und langjähriger "Criticon"-Mitarbeiter. Aus den Reihen der "Criticon"-Mannschaft sind als Beisitzer im Bundesvorstand auch der Bonner Volkswirt **Gunnar Sohn** und **Regina Freifrau von Schrenck-Notzing** (Ammerland) vertreten, die verantwortlich für den Anzeigenapparat von CRITICON zeichnet.

Bei der Familie Schrenck-Notzing genießt Brunner allgemein einhellige Sympathie. So bezeichnet Caspar von Schrenck-Notzing unter seinem Pseudonym CRITILO Brunner als einen "der wenigen klaren Köpfe im Lande". Sein Sohn Alexander interwievte den Maastricht-Gegner in der JF.

Parteipolitisch hat sich CRITICON nie auf *eine* Linie festgelegt; ist doch dafür auch die Autorenschaft vom neurechten Chefideologen und keltengläubigen Heiden Alain de Benoist über den praktizierenden Christen **Klaus Motschmann** bis hin zum REP-Bundesvorsitzenden **Schönhuber** zu heterogen.

Der Herausgeber der *Staatsbriefe*, Hans-Dietrich Sander, einst Autor in CRITICON, macht es sich deshalb zu einfach, wenn er CRITICON als eine "Außenstation" der CDU/ CSU (StB 6/1993, S.38) bezeichnet - auch wenn die kontinuierliche Berichterstattung der Zeitschrift über die alljährlich stattfindenden "Weikersheimer Kongresse", einer Denkfabrik am Rande der Unionsparteien, schon auffallend irritierend wirkt. Doch gerade die "Weikersheimer Kongresse", zu denen u.a. auch Benoist schon geladen war, erweisen sich als ein führender Brückenkopf zwischen konservativen und rechtsextremen Strömungen.



Faksimile des Criticon-Titels

Beispielhaft für die Mehrheit der CRITICON-Mannschaft bezieht Mohler, einst CSU-Mitglied und verhinderter Kämpfer in den Reihen der Waffen-SS, Stellung zu der Partei, die konservatives Gedankengut für sich gepachtet haben möchte: Die CDU ist aus seiner Sicht eine "Partei der Niederlage": "Sie hat keine große Tradition, sondern wurde nach der Katastrophe von 1945, als Deutschland ganz unten war, gegründet. Diese Ungunst der Stunde spürt man ihr bis heute an. Zwar hat zu Lebzeiten Adenauers der Schatten des großen alten Mannes das verdeckt. Nach seinem Tod wurde dann sichtbar, wie wenig nationales Selbstbewußtsein in dieser CDU steckt (die CSU ist da besser dran)".

Kritik an der CDU, aber auch an der CSU, der man unter der Führung von FJS nie verziehen hat, daß sie den Sprung als 4.bundesweite Partei nie gewagt hat, durchzieht die CRITICON-Jahrgänge wie ein rotes Band, ausgehend von Schrenck-Notzings Buch "Honoratiorendämmerung", in dem dieser die Unionsparteien scharf von rechts kritisierte. CRITICON war denn auch das erste rechte Strategieorgan, in dem der Sozialphilosoph **Günter Rohrmoser**, Mitinitiator des "Studienzentrums Weikersheim", bereits Ende 1984 über die ausgebliebene "geistig-moralische Wende" schwadronieren durfte: "Die Koalition in Bonn hat eine historische Chance verspielt. Sie hat ihr Versprechen einer geistigen Wende in der Bundesrepublik Deutschland nicht erfüllt, sie hat es nicht gekonnt und sie hat es wohl auch nicht gewollt". Von der Kohl-CDU erwartet die CRITCON-Crew nichts mehr; die Unionspartei gilt als sozialdemokratisiert und unterliegt somit der Feindbestimmung.


Criticon-Autor Generalleutnant a.D. Dr. Franz Uhle-Wettler

Sympathie im parteipolitischen Lager erwies CRITICON in den letzten 10 bis 15 Jahren der "Konservativen Aktion", den "Republikanern" und der DSU. Hofiert wurde auch die 1993 wiederbelebte "Deutsche Partei" (DP), die als rechte und bundesweite Alternative zur CDU ihren Weg finden wollte, im Zuge der sprießenden Parteienlandschaft im Superwahljahr 1994 jedoch schnell wieder in der politischen Bedeutungslosigkeit verschwand.

Für das Wahljahr 1994 ist, auch wenn die Sympathie der Familie Schrenck-Notzing dem BFB gilt, festzustellen, daß die Suche der CRITICON-Mannschaft nach einem parteipolitischen Hafen heute weiter entfernt ist als zu Beginn der siebziger Jahre, wo die Hoffnung beim größten Teil der CRITICON-Autoren auf die Unionsparteien gerichtet war.

[1] Der vorliegende Artikel basiert auf meinem gleichnamigen Aufsatz, der Ende September 1994 in dem Buch Kellershohn, Helmut (Hg.): Das Plagiat. Der völkische Nationalismus der Jungen Freiheit erscheint. Zu beziehen bei: Duisburger Institut für Sprach-und Sozialforschung, Realschulstr.51, 47051 Duisburg.

ANTON MAEGERLE

GEDANKENSPLITTER: 20.Juli 1944 - 20. Juli 1994

2.077 Tage nach dem deutschen Überfall auf Polen, die industriell betriebene Massenvernichtung menschlichen Lebens lief auf vollen Touren, detonierte im ostpreußischen Führerhauptquartier "Wolfschanze" die Bombe des Grafen Stauffenberg. 2 Tage vor der zentralen Feierstunde im Berliner Bendlerblock weist ein "Antinationales Aktionsbündnis" darauf hin, daß die Attentäter des 20.Juli 1944 sich mit den nationalen Zielen Hitlers identifiziert hätten.Doch davon ist in der Rede des Bundeskanzlers am 20.Juli 1994 nichts zu hören. Der "Widerstand" des Grafen hat in strahlendem Weiß zu erscheinen; Geschichte wird zurechtgeschrieben.

An der Speerspitze einer Schlammschlacht, deren Ziel in der politischen (auch parteipolitischen) Vereinnahmung des Widerstandes liegt, steht der abgehalfterte CSU-Hinterbänkler und Sprecher der Angehörigen von Verschwörern des 20.Juli, Franz Ludwig Graf Stauffenberg, dritter Sohn des Hitler-Attentäters Oberst Claus Graf Stauffenberg. Dieser definierte im unionsnahen Bildermagazin FOCUS (Nr.26/1994) den Begriff "Widerstand" während der Nazi-Diktatur als "Bewegungen und Anstrengungen", die "sich innerhalb des Machtbereichs Hitlers gegen den Nationalsozialismus gestellt" hätten. Widerstand gegen Hitler konnten nach Auffassung des Grafen so nur abtrünning gewordene Gefolgsleute aus Hitlers nächster Umgebung leisten; sprich Männer, die diesem jahrelang - aus innerer Überzeugung oder Opportunität sei dahingestellt- blind ergeben waren. Für Widerstand aus gewerkschaftlichen, sozialdemokratischen und kommunistischen Kreisen bleibt da im Sinne Stauffenbergs, Mitglied der Stiftung "Hilfswerk 20.Juli 1944", nunmehr wenig Platz. Tatsache ist dagegen, daß vom Volksgerichtshof in den Jahren von 1934 bis 1945 3.079 Menschen wegen Hochverrats verurteilt worden sind, die dem organisierten Widerstand politisch linksstehender Verbände angehörten. Dagegen stehen 346 Verurteilungen gegen Angehörige des bürgerlich-nationalen Widerstands.

Platz gefunden in den Reihen des Hilfwerks hat auch **Walther-Peer Fellgiebel**, den die Gedenkfeierlichkeiten von Frankfurt/M. in die neue Bundeshauptstadt lockten. Fellgiebel führte über Jahre hinweg die militärverherrlichende und Soldatentum glorifizierende "Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger" (OdR), der er über 30 Jahre als Vorstandsmitglied eng verbunden war. Ende 1993 hat Fellgiebel den OdR aus nicht bekannten Gründen verlassen. Das Ritterkreuz, mit dem sich Fellgiebel in Berlin nicht schmückte, war 1939 als "neue Klasse" ("Verordnung über die Erneuerung des Eisernen Kreuzes vom 1.September 1939) des Eisernen Kreuzes eingeführt worden. Über die Verleihung entschied Adolf Hitler als Oberster Befehlshaber der Wehrmacht persönlich.

Keinen Platz bei der Feier im Bendlerblock hatte der bayerische Sozialdemokrat Hans Heiß gefunden, der schon vor der Machtübertragung an die Nazis 1933 in München politisch aktiv war und sich besonders in der Arbeiterbewegung engagierte. Während sich die Grafen und Gräflein bequem auf ihren Stühlen einrichteten, mußte der Dachauer KZ-Häftling Heiß stehen. Kommentar von Heiß zu einem der überaus zahlreich vertretenen Sicherheitskräfte: "In Dachau hat mir damals auch niemand einen Stuhl angeboten!".

Wenig erfreut war die Adelsschar, als Bundeskanzler Kohl dem Tischlergesellen Johann Georg Elser gedachte, der am 8.November 1939 im Münchner Bürgerbräukeller die Welt beinahe per Bombe von Hitler befreit hätte. Der Einzelkämpfer, von dem Kohl wohl nicht wußte, daß er Wähler der KPD war, wurde noch vor Detonation der Bombe im Konstanzer Grenzgebiet zur Schweiz von dem damals 26jährigen Grenzschützer und Rottenführer des Nationalsozialistischen Kraftfahrtcorps (NSKK), **Waldemar Zipperer**, geschnappt. Elser kam dann als "Sonderhäftling des Führers" ins KZ Sachsenhausen. Um die Jahreswende 1944/45 erfolgte seine Verlegung ins KZ Dachau verlegt, wo Elser am 9.April 1945 durch Genickschuß ermordet wurde.

Zipperers Werdegang nahm durch die Verhaftung von Elser einen erfolgreichen Verlauf. Ausgezeichnet mit dem Zollgrenzschutz-Ehrenzeichen und einem Geldpräsent, überreicht vom Finanz-Staatssekretär **Fritz Reinhardt** in Berlin, avancierte der Elser-Häscher zum Unteroffizier und Offiziersanwärter. Selbst der "Völkische Beobachter" rühmte seine Wachsamkeit.

Nach der militärischen Befreiung vom Nationalsozialismus machte sich Zipperer als Ford-Autohändler im südbadischen Offenburg einen Namen und stieg dort rasch in den Kreis der örtlichen Lokalprominenz auf. Für "besondere Leistungen als Unternehmer" wurde Zipperer 1978 auf Vorschlag des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth (CDU) mit dem "Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland" ausgezeichnet.



Konservativer warnt vor "Konservativer Revolution"

"Der Nationalsozialismus ist vorbereitet worden von Denkern und Dichtern, Juristen und Politikern, die als >Konservative Revolution< eine >nationale Opposition< zum demokratischen Verfassungsstaat aufbauten und der nationalsozialistischen Bewegung den geistigen Boden und die pseudowissenschaftlichen Begründungen zum Aufbau ihrer Weltanschauung lieferten" - schreibt Dr.Friedbert Pflüger, CDU-MdB, Quer-und Vordenker der Unionspartei, in seinem jüngst veröffentlichten Buch "Deutschland driftet. Die Konservative Revolution entdeckt ihre Kinder".

Der christdemokratische Politiker, einst enger Mitarbeiter des früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, zeigt in seinem ca. 200 Seiten umfassenden Buch auf, daß es auch heute wieder eine "Konservative Revolution" gibt, deren Anhänger sich um Publikationen wie "Criticon" und die "Junge Freiheit" sammeln. Wie die "Konservativen Revolutionäre" der Weimarer Republik verhöhnen diese Pluralismus, Parlament und Parteien als Ausdruck einer "Überfremdung" Deutschlands durch westlich-liberales Denken. Sie glauben an den Untergang der westlichen Zivilisation, die durch Verfall und Dekadenz gekennzeichnet sei. Intellektuell verbrämt und geschickt aufbereitet wird rechtsradikale Fundamentalkritik an der bestehenden Republik geäußert, gepaart mit radikaler Zivilisationskritik, Untergangsphantasien, antiaufklärerischem und mystischem Denken, Verhöhnung der politischen Öffentlichkeit; hinzu komme Fremdenhaß und Ethnozentrismus, so der Unionspolitiker.

Die Attacken der "Konservativen Revolutionäre", denen der Buchautor, Vorstandsmitglied des Vereins "Gegen Vergessen. Für Demokratie", -zumindest in Teilbereichen- auch das CHRISTLICH KONSERVATIVE DEUTSCHLAND-FORUM (CKDF) sowie den CDU-Bundestagsabgeordneten **Heinrich Lummer** zurechnet, wertet dieser als Angriff auf den Grundkonsens der Bundesrepublik Deutschland, dem der "Kampf" angesagt werden muß.

Pflüger will nach eigenem Bekunden mit seinem Buch dazu beitragen, die Union, "gegen die Ideen der 'Konservativen Revolution' zu immunisieren." Er betont, daß es zwischen konservativen Haltungen einerseits und systemüberwindenden revolutionärem Denken auf der Rechten andererseits keine fließenden Grenzen geben darf. Dem Buch ist, besonders in Reihen der Unionsparteien, eine weite Verbreitung zu wünschen.

Anton Maegerle

Pflüger, Friedbert: Deutschland driftet. Die Konservative Revolution entdeckt ihre Kinder (Econ-Verlag)

Robin und Marylin

Der Wicca-Kult:

Täter oder Opfer faschistischen Wirkens?

Die zahlenmäßig stärkste Strömung im gegenwärtigen Neuheidentum ist der sogenannte "Wicca-Kult" mit bis zu 100.000 Anhängern weltweit und ungefähr tausend in Deutschland. Die Vertreter des Wicca werden in den Medien oft auch als die "neuen Hexen" bezeichnet und gemeinhin nicht mit politischem Wirken in Verbindung gebracht. Tatsächlich existieren einige Verbindungen von Wicca-Anhängern zur politisch aktiven Rechten (so u.a. zu Arnulf Winfried Priem, Hans Günter Fröhlich, Rudolf Bahro), aber auch zum Armanenorden und zur Tempelhofgesellschaft.

Wicca ist hauptsächlich aus den Lehren des Briten Gerald Gardner (1884 - 1964) entstanden. Gardner behauptete, Mitglied eines "Wicca-Coven" (Bezeichnung für Gruppe mit bis zu 13 Mitgliedern) zu sein, der über Jahrhunderte durch Hexen im Geheimen tradiertes Wissen besäße. 1949 veröffentlichte Gardner "High Magic Aid", einen Roman, in dem schon die Rituale beschrieben werden, die heute noch in ähnlicher Form wesentliche Elemente des Wicca ausmachen.

Der Kult ist dezentral organisiert, d.h. die einzelnen "Coven" sind in der Regel autonom.

Zu unterscheiden vom Wicca sind Hexengruppen und -coven. Hexen haben ihren Ursprung meist in der Frauenbewegung und/oder bei der sehr populären US-Hexe "Starhawk", welche 1984 mit der Veröffentlichung ihres Buches "Der Hexenkult als Ur-Religion der großen Göttin" für einen Hexenboom in der BRD sorgte. Die bis dahin überschaubar kleine Wicca-Szene wuchs rasant an: Viele Starhawk-LeserInnen suchten Anschluß an einen Coven. Doch waren die Coven, die sie fanden, mehrheitlich nicht Starhawk-orientiert (und damit feministisch-egalitär), sondern gehörten zum deutschen Wicca-Kult und waren völkisch orientiert (etwas, was nur im deutschen Wicca der Fall ist).

Die völkische Orientierung ist inhaltlich schwer zu verstehen, war doch Gardner erklärter Antifaschist gewesen, der die Naturvölker sehr achtete.

Doch vor allem aus Kreisen des Armanenordens (welcher Naturvölker als primitiv einstuft und den weißen, *arischen* Menschen als mit Abstand reifste *Rasse* sieht), war zu Beginn der 80er Jahre eine Vielzahl von Wicca-Coven gegründet worden. Dies kann - in Anbetracht des bereits bestehenden starken Zulaufs zum Wicca in den USA und in Großbritannien - nur als politisch motiviert zu interpretieren sein. Denn im Gegensatz zu unpolitischen, rein religiösen Kreisen, sehen völkische Neuheiden, wie eben auch die völkischen Wicca, die Religion untrennbar mit ihrer Politik verbunden. Dabei findet ein Rekurs vor allem auf das Germanen- und Keltentum statt, da in diesem erstmals so etwas wie eine frühe Aristokratie auftaucht. Es wird sich weniger auf die (in eher unpolitischer oder auch in feministischer Wicca- und Hexen-Grundlagenliteratur als zentral angesehenen) Zeit der "matriarchalen" Kulturen davor bezogen.

Diese wichtigen Unterschiede werden im Wicca von dessen Anhängern bisher nicht thematisiert.

Völkische Wicca behaupten von sich, unpolitisch zu sein, was zur Folge hat, daß eigentlich unpolitische Wicca sehr versteckt eingebrachte - Neu- und Alt-Rechte - Inhalte übernehmen.

Die hohe Wertschätzung der Indoeuropäer ist nicht nur ein Kennzeichen völkischer Wicca, sondern auch aller, der neuen Rechten zuzurechnenden neuheidnischen und sonstigen esoterischen Strömungen, so z.B. des Armanenordens sowie des esoterischen Hitlerismus. So sind völkische Wicca, - durch inhaltliche wie auch personelle Nähe (Doppelmitgliedschaften) - kaum vom sonstigen, in Deutschland faschistisch dominierten Neuheidentum zu trennen.



Einer der Wicca-"Gurus"

Warum dann - bei doch ähnlichen Aussagen - das massive Einströmen von "armanischen" Neuheiden ins Wicca?

Das von der Neuen Rechten adaptierte Konzept, welches als Mittel zur Machtergreifung unabdingbar das Erringen einer *kulturellen* Hegemonie als nötig ansieht (Gramsci), liefert hier die Erklärung: Modewellen, wie es die "neuen Hexen" bereits während der 70er und zu Beginn der 80er Jahre in den USA und Großbritannien waren, müssen nach diesem Konzept im Rahmen des politischen Kampfes genutzt werden.

Verbindungen ins rechte Lager

Im Folgenden soll nun von einigen für das deutsche Wicca wesentlichen Multiplikatoren und ihren Verbindungen in das rechte Lager die Rede sein.

Vielgelesene Zeitschrift, vor allem im völkischen Wicca, war der "Heidenspass", der bis 1987 erschien. Hier analysierte der damalige "Großmeister" des Armanenordens **Harry Schmidt** (der spätere **Harry Radegeis**) u.a. die Neue Rechte und schlug (neurechte) Strategien für die nächsten Jahre des faschistischen Kampfes vor. Auch rief er bereits Mitte der 80er Jahre zur Unterstützung von Aktionen gegen die antifaschistische Bewegung auf.

Im Armanenorden wurde die Strategiedebatte etwas später offensichtlich noch deutlicher geführt und zur Unterwanderung der Grünen von einzelnen in direkter Form aufgerufen. So waren bei der 1985 bekannt gewordenen Unterwanderung des Berliner Landesverbandes hauptsächlich Wicca, die gleichzeitig dem Armanenorden angehörten, vertreten: **Matthias Wenger** und **Geza von Nemenyi** (letzterer Mitglied des Grünen Landesvorstandes).

Matthias Wenger, eine Zeitlang Mitarbeiter bei Radegeis' "Heidenspass", und seit 1987 Mitherausgeber der Wicca-Zeitschrift "Der Hain", hatte bereits 1980 zusammen mit **Arnulf Winfried Priem** den "Asgard-Bund" gegründet. Dieser stellte einen religiös-weltanschaulichen Ableger der "Kampfgruppe Priem" dar. Priem gehört weiterhin den Gylfiliten an, welche dem esoterischen Hitlerismus zuzurechnen sind.

Sowohl Wenger als auch Nemenyi distanzieren sich mittlerweile vom Faschismus, jedoch existieren einige Hinweise, nach denen ihre Distanzierung unglaubwürdig erscheint.

Es scheint immer noch zu gelten, was den Unterwanderern des Grünen Landesverbandes damals als "Genaue Verhaltensmaßregeln" mit auf den Weg gegeben wurde: " ... Alle was geht ableugnen, herunterspielen, verharmlosen. Nichts zugeben, was nicht eindeutig durch polizeiliche oder gerichtliche Untersuchungen nachgewiesen und zum Prozeßabschluß - Verurteilung - kam ...". Weiter solle man "sich sogar so äußern: man lehne NS-Ideologien streng ab."

Dies scheint auch ein durchgängiges Muster bei "geouteten" völkischen Coven zu sein, ist doch der Anteil der unpolitischen Coven noch zu groß, die Machtposition noch nicht ausreichend gefestigt, um offen politisch zu arbeiten. Eine andere zentrale Person des deutschen Wicca ist der Wormser **Berthold Röth**, Herausgeber der Zeitschrift "Mescalito" (Auflage: 2000), der ebenfalls frühen völkischen Wicca-Kreisen nahestand und dessen Name im Adreßbuch des verstorbenen **Michael Kühnen** zu finden war. Er versuchte über die Grüne Bundesarbeitsgemeinschaft "Spi-

rituelle Wege in Wissenschaft und Politik", Einfluß auf die Politik der Grünen zu nehmen. (Radegeis: "Alle unsere Ideologen müssen hier noch stärker prägend in das Bewußtsein der heute politisch tätigen eingreifen.")

In der Person des früheren Mitglieds der Grünen Rudolf Bahro, der zu dieser Zeit ebenfalls in Worms wohnte und sich regelmäßig mit Röth traf, scheint das gelungen zu sein. So spricht Bahros 1987 erschienenes Buch "Logik der Rettung" eine deutliche Sprache: Europa müsse zurückfinden zu der angeblich europäisch ureigenen, pantheistischen Weltsicht, die nach Bahro *zuerst bei den Keltogermanen* zu sehen sei. Ein "Oberhaus" soll regieren, in dem die Natur "vertreten durch Anwälte; die sich rituell damit identifizieren", herrscht.

Es ist an der Zeit, sich zu fragen, wer diese Anwälte sein sollen.

In "Mescalito" Nr.19/20 darf dann der Mitarbeiter der faschistischen Zeitschrift "Nation" **Damböck** Schriften der "Tempelhofgesellschaft" (THG), sowie ein von ihr produziertes Video zu "UFOs - Das Dritte Reich schlägt zurück?" anbieten, womit erneut an den esoterischen Hitlerismus angeknüpft wird, der UFOs als größte technologische Errungenschaft Nazi-Deutschlands in den letzten Tagen des Krieges deutet.

Wegen ihrer Bedeutung für die deutsche Wicca-Szene soll hier nun auf die "Tempelhofgesellschaft" näher eingegangen werden.

Die THG bezieht sich in ihrer Tradition auf den historischen Templerorden, der großen Einfluß auf die Politik seiner Zeit nahm. Besonderer Wert wird darauf gelegt, daß die Templer ein mystischer *und militärischer* Orden waren. Entsprechend ist die Ausrichtung der THG. So heißt es zum Beispiel in ihren Ordensregeln unter Punkt 21: "Jedes Mitglied der THG und der THG/OG kann mittels einfacher Weisung dazu verpflichtet werden, besondere Dienste dem Deutschen Volk und Deutschem Vaterlande zu erbringen, die über die Aufgabenstellung eines Normalbürgers hinausgehen." Wenn dazu noch bekannt ist, daß "THG-Großkomptur" **Hans Günter Fröhlich** in seinem Wohnort Homburg/Saar offenbar 1983 den Aufbau einer Wehrsportgruppe abschloß, wird klar, welcher Art dieser besondere Dienst sein kann: "Bei einer Durchsuchung von Fröhlichs Anwesen waren Beamte des Landeskriminalamtes auf Unterlagen gestoßen, aus denen hervorging, daß der Homburger Neonazi sowohl zu dem inhaftierten Michael Kühnen als auch zu dessen Gesinnungsgenossen **Curt Müller** und **Ernst Tag** Verbindungen unterhielt. Hinzu kamen mehrere, zu langjährigen Haftstrafen verurteilte Terroristen aus den 'Deutschen Aktionsgruppen' **Manfred Roeders** und der verbotenen 'Wehrsportgruppe **Hoffmann**'."

Zu Fröhlich bleibt noch zu sagen, daß er "ehemaliger Polizist und Mitarbeiter des Verfasssungsschutzes" ist.

Ein anderes Mitglied der "Tempelhofgesellschaft", **Frank Nau**, sollte in der Wicca-Szene als "Merlin von Deutschland" (spiritueller Führer) aufgebaut werden. Interessant ist es, daß dieser "Merlin" am Ende jedes Kalendermonats einen Bericht über sein Wirken der THG vorlegen muß.

Intern in seinem ehemals Kasseler, nun Gießen/Marburger Coven, der bereits Mitte der 80er Jahre Teilen der Wicca-Szene als "ominöser Arbeitskreis", der "politisch sehr rechtsnational steht", bekannt war, wurde nicht nur "Das Goldene Band" von **Miguel Serrano** (Standardwerk des esoterischen Hitlerismus) als Grundlage der "Coven-Arbeit" gesehen, sondern auch ein Seminarprogramm verteilt, nach dem u.a. unter Punkt 6 "Ermittlung von neu entstehenden Zirkeln und ggf. Betreuung derselben ..." und unter Punkt 8 "Adressenermittlung ..." durchgeführt werden soll. Welcher Art die Betreuung sein soll, kann mensch sich denken ...

Das Seminarprogramm ist von **Gerd Baumann** unterzeichnet, der sowohl ranghohes Mitglied der "Tempelhofgesellschaft" und des Armanenordens wie auch Nau's Ausbilder ist.

In diesem Zusammenhang werden auch Vernetzungstendenzen von völkischen Wicca vorangetrieben, um so den eigentlich dezentralen Wicca-Kult zu hierarchisieren (mit einem Führer oder einer Führungselite an der Spitze) und um ihnen "unliebsame Elemente" (z.B. matriarchale, antifaschistische oder schwule Wicca) wirksam ausgrenzen zu können - was die Betroffenen ihrerseits zur Netzwerkbildung (allerdings mit anderer Struktur) zwingt.

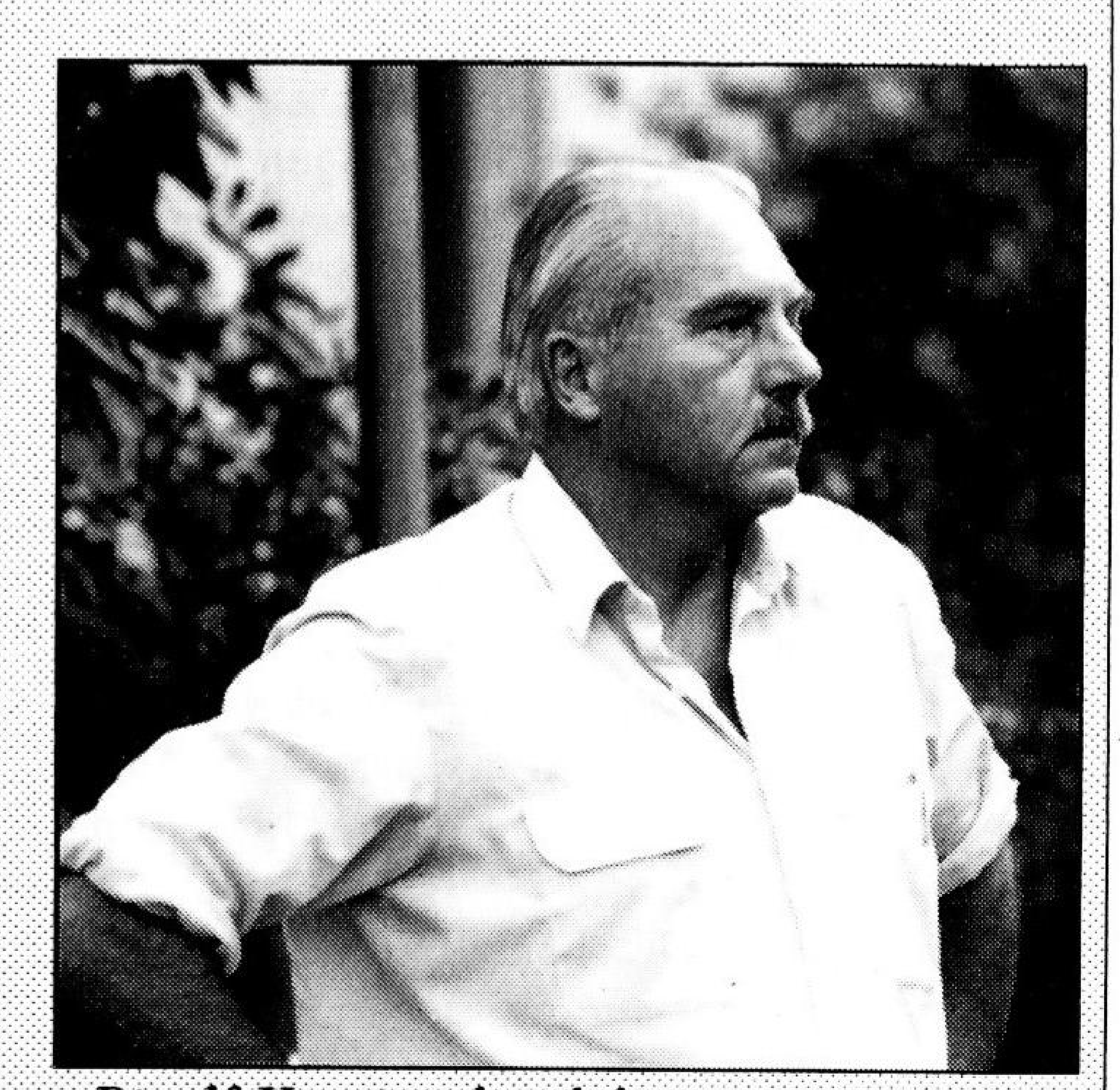
Aber: Auch wenn es von faschistischer Seite eine wohldurchdachte Politik zur Machterringung im Wicca gibt und mittlerweile jede größere Wicca-Zeitschrift faschistische Autoren hat (die sich als solche meist gegenwärtig noch nicht zu erkennen geben), - völlig dominiert wird die sehr heterogene Wicca-Szene noch nicht von rechter Seite. Es muß an dieser Stelle betont werden, daß es zu allen Zeiten der deutschen Wicca-Geschichte eine Vielzahl von rein religiösen, unpolitischen oder auch feministisch-libertären Coven und Einzelpersonen gab und gibt. Aus Kreisen dieser Ausrichtung erfolgen zur Zeit auch erste sehr erfreuliche Ansätze der faschistischen Unterwanderung des Wicca- und Hexenkults etwas entgegenzusetzen, z.B. das Netzwerk (u.a.) schwuler Heiden "Argesh", die Bremer "Hexen gegen Rechts" oder das "Stone-Circle-Netzwerk".

Die Autoren gehören seit 10 bzw. 8 Jahren einem egalitären Teilbereich des Wicca an und arbeiten seit einigen Jahren zum Thema. Die Quellen für diesen Artikel sind über die Redaktion zu erfragen.

Deutsche Liga klettert aus dem Klofenster

Am Donnerstag dem 28.7.94 wollte der Kreisverband Hannover der "Deutschen Liga für Volk und Heimat" eine Veranstaltung mit **Wolfgang Juchem** durchführen. Juchem kam über die NPD zur "Deutschen Liga" und gilt als Bindeglied zwischen den traditionellen faschistischen Wahlparteien und den Neonazis von der "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front". Bei den "Hess-Märschen" in Fulda und Rudolstadt trat er als Redner auf.

Veranstaltungsort sollte das von der Stadt Ronnenberg verwaltete Gemeinschaftshaus "Op de Deel" im hannoverschen Vorort Empelde sein. Eine von antifaschistischen Gruppen organisierte Blockade des Gebäudes wurde immer wieder durch Schlagstockeinsätze der Polizei, die auch mit mehreren Hundeführern anwesend war, attackiert. So gelangten, zwar mit einigen Problemen auch der niedersächsische Vorsitzende der "Deutschen Liga" **Rigolf Hennig**, der Landesvorsitzende der "Jungen Nationaldemokraten" **Holger Apfel** und der Referent Wolfgang Juchem in das Versammlungslokal. Die anwesenden etwa zwanzig TeilnehmerInnen der Veranstaltung müssen aber so wenig Zutrauen in ihren Schutz durch die Polizei gehabt haben, daß sie kurz nach Eintreffen des Referenten kurzerhand den Fluchtweg durch das nach hinten gehende Toilettenfenster wählten. Bereits eine halbe Stunde vor Beginn der Veranstaltung wurden die ankommenden AntifaschistInnen auf dem Gelände von den hannoverschen Neonazis **Uwe Bartling** und **Stefan Henze** erwartet, die, mit Fotoapparaten ausgerüstet, ihren Beitrag zum Thema Anti-Antifa leisten wollten. Zu spät kamen Neonazis aus Oldenburg/Ammerland (unter ihnen **Thorben Stecker** von der sogenannten "Freien Kameradschaft Oldenburg"), die nicht mehr in Erfahrung bringen konnten, wohin die Veranstaltung so kurzfristig verlegt wurde.



Rigolf Hennig, skandalumwitterter Arzt in Verden/Aller

Olaf Göbel

Kohl rehabilitiert verurteilten Nazi-Terroristen

Im persönlichen Auftrag von Bundeskanzler Helmut Kohl überbrachte der Arzt Erhard Hartung "die Grüße Deutschlands anläßlich des ersten deutsch-chinesischen herzchirurgischen Symposiums in Wuhan (Volksrepublik China)". Eigentlich nichts besonderes, wäre Hartung nicht 1967 wegen eines blutigen Anschlages in Italien zu lebenslanger Haft verurteilt worden und ein bekennender Faschist.

Die nazistische Karriere des Münchner Universitätsprofessors **Erhard Hartung** ist lang. In den frühen 60er Jahren begann er als Aktivist der Innsbrucker Burschenschaft "Brixia". Die "Brixia" gilt als Hort des Südtirol-Terrorismus und des Tiroler Neonazismus. 1967 wurde er in Florenz in Abwesenheit wegen Mordes zu einer lebenslänglichen Haftstrafe verurteilt. Hartung hatte an der Grenze zwischen Österreich und Italien mit zwei weiteren Nazis vier italienische Soldaten mit einer ferngezündeten Mine hinterrücks ermordet. Mittäter waren **Peter Kienesberger** und **Egon Kufner**. Nach dem Mord erhielt Hartung in der Bundesrepublik Deutschland politisches Asyl und lebte in den 70er Jahren in Düsseldorf.

1988 wurde die österreichische Nationaldemokratische Partei (NDP) wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung verboten. Hartung war bis zum Verbot Spitzenfunktionär und "Deutschland-Vertreter" der NDP. Bis 1992 saß er mit Kienesberger und dem verstorbenen NDP-Vorsitzenden **Norbert Burger** im Vorstand der deutschen Niermann-Stiftung. Burger galt bis zu seinem Tod als der Nazichef in Österreich. In Italien wurde er, ebenfalls in Abwesenheit, wegen verschiedener Terrorakte zu insgesamt zweimal lebenslänglich und 28 Jahren verurteilt. Burger kandidierte 1980 in Österreich zur Präsidentschaftswahl und erhielt 2,5% der Stimmen. Finanziert wurde der Wahlkampf der NDP maßgeblich von der deutschen Niermann-Stiftung mit mindestens einer Million D-Mark. Die Trauerrede an Burgers Grab vor 2000 Faschisten hielt Hartung persönlich.

Der Rechtsanwalt von Erhard Hartung war und ist der prominente Nazi- und Revisionistenanwalt **Herbert Schaller**. Schaller verteidigt neben Vertretern der "Auschwitz-Lüge" wie **Gerd Honsik, Otto-Ernst Remer** und **David Irving** auch den wegen der österreichischen Briefbombenanschläge inhaftierten **Franz Radl** und den FAP-Funktionär und HNG-Gefangenenbetreuer **Erhard Kemper**

Zu Hartungs Freunden zählt unter anderen der Vorsitzende der "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) **Friedhelm Busse**. Mit Busse organisierte Hartung 1972 in der Nähe von München einen "Nationaleuropäischen Jugendkongress" und umgekehrt beteiligte sich Busse 1982 an einem NDP-Parteitag im Vorarlberg.

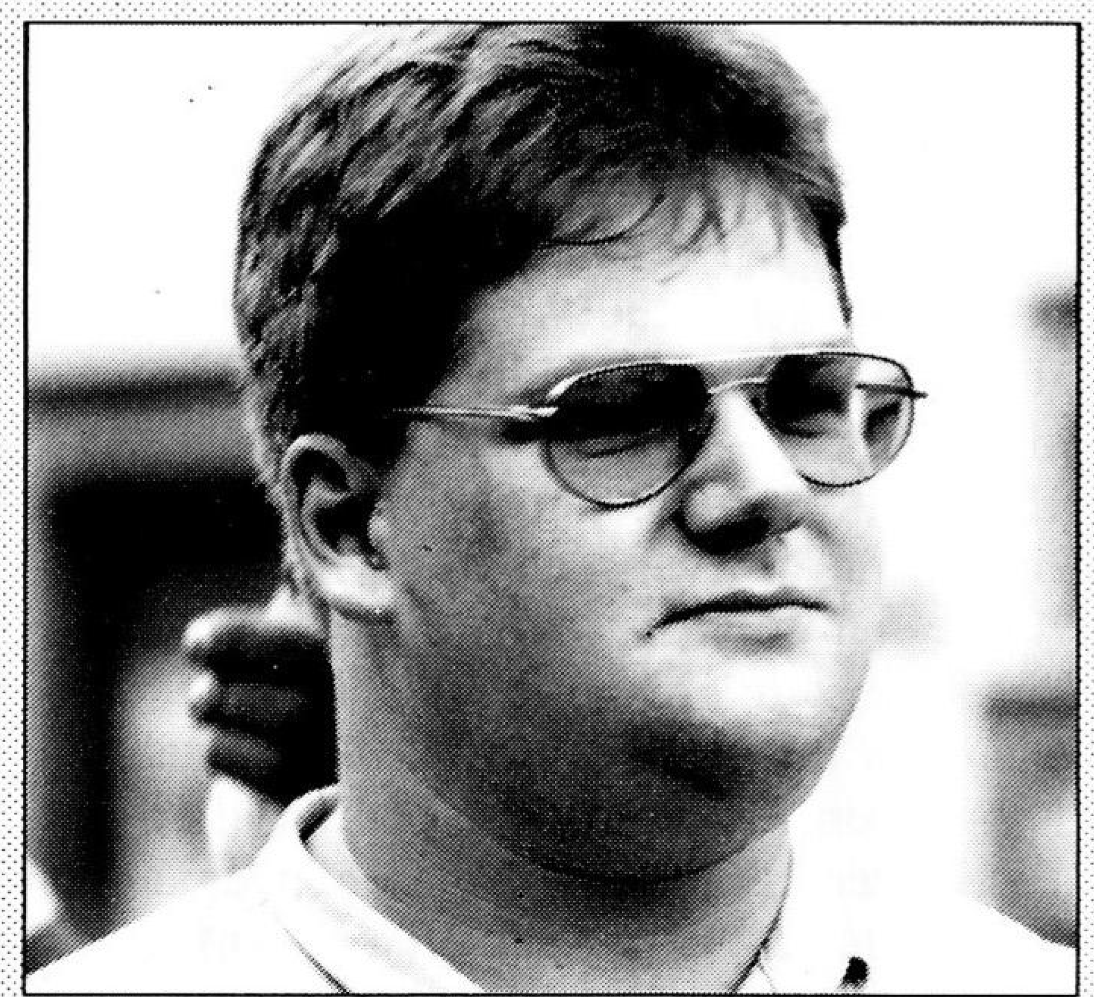
Über die persönlich beauftragte Grußübermittlung von Kohl an den, bis in die jüngste Vergangenheit mit internationalem Haftbefehl gesuchten, Hartung freut sich die Vereinigung "Kameradschaft der ehemaligen Südtiroler Freiheitskämpfer", der Hartung vorsitzt: "Der Auftrag von Bundeskanzler Kohl an Univ.-Prof. Dr. Hartung, seine Grüße zu überbringen, ist neben der persönlichen Anerkennung sicher auch ein weiterer Schritt zur Rehabilitierung der Südtiroler Freiheitskämpfer." (Tirol-Informationsdienst Juni 1994)

Die Würdigung eines wegen Mordes verurteilten Nazi-Terroristen durch Kanzler stellt einen politischen Skandal dar - in Anbetracht faschistischer Mordbrenner in Deutschland, die sich auch zu gern als "Freiheitskämpfer" bezeichnen.

Olaf Göbel ist Mitarbeiter des Bildungs- und Solidaritätswerkes Anna Seghers in Wiesbaden

Kongreß der "Jungen Nationaldemokraten"

In der aktuellen Ausgabe der "Deutschen Stimme", der Ausgabe 6-7/94 der "Nationaldemokratischen Zeitung", findet sich ein ausführlicher Bericht über den "Jubiläumskongreß der Jungen Nationaldemokraten (JN) anläßlich ihres nunmehr 25-jährigen Bestehens". Am 4. Juni fand in Dortmund der Jubiläumskongreß vor 200 bis 300 Rechtsextremen statt. Unter ihnen waren **Claude Cornilleau**, Parteivorsitzender der "Parti nationaliste Francais et européen" (PNFE) und wiederholt Redner auf dem "Rudolf-Hess-Gedenkmarsch", **Jack Marchal** von der französischen Studentenorganisation "Groupe Union Droit" (GUD), der Generalsekretär der niederländischen "Centrumspartij 86", **Tim Mudde**, der Vorsitzende des belgischen "Voorpost", **Johann Vanslamsbrouck, Wolfgang Nahrath**, ehemaliger Bundesführer der neonazistischen "Wiking-Jugend" und Bundesvorstandsmitglied der NPD, sowie **Wolfgang Henning** vom nordrhein-westfälischen NPD-Landesverband. Für die JN traten der seit Februar 1993 amtierende Bundesvorsitzende **Andreas Storr**, Berlin, und sein Stellvertreter **Holger Apfel** aus Niedersachsen ans Rednerpult. Die Ansprachen von **Günter Deckert** und Dr. **Bruno Haas**, ehemaliger Bundesführer der österreichischen "Aktion Neue Rechte" (ANR) und Vorsitzender der "Partei für Recht und Ordnung" (PRO) sowie langjähriges Redaktionsmitglied des NPD-nahen Periodikums "Nation", fielen



Holger Apfel, stellvertretender JN-Vorsitzender

ebenso wie das Abendprogramm einem Polizeieinsatz zum Opfer. **Frank Rennicke, Rene Heizer**, langjähriges Mitglied der NPD und in den 70er Jahren "JN-Liedermacher NRW", und "Noie Werte" sollten die Festveranstaltung des NPD-Nachwuchses in Dortmund musikalisch ausklingen lassen. Die Stuttgarter Skin-Band "Noie Werte" um Sänger **Steffen Hammer** und Gitarrist **Michael Wendland**, er ist im übrigen Landesvorstandsmitglied der baden-württembergischen NPD und Vorsitzender der neonazistischen Kleinstorganisation "Deutsche Sozialistische Aktionsgemeinschaft e.V." (DSA), Leonberg arbeitete bereits im vergangenen Jahr mit den "Jungen Nationaldemokraten" zusammen. Mehrfach spielten die "Noien Werte", vor allem in Nordrhein-Westfalen, auf Veranstaltungen der JN. Von der Stuttgarter Landesregierung wird die Band "Noie Werte" als "die in Baden-Württemberg bedeutendste rechtsextremistische Gruppe eingeschätzt. Ihre Lieder sind in besonderem Maße durch Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, nationalsozialistisches Gedankengut und Gewaltverherrlichung geprägt." Geworben wurde für den Kongreß der "Jungen Nationaldemokraten" auch über das "Nationale Infotelefon Nürnberg".



Andreas Storr

Peter Gröger

Debakel beim Auftakt der "Rudolf-Hess-Gedenkwoche" in Luxemburg

Der Beginn einer neuen Märtyrerlegende?

"Republikaner"-Chef Franz Schönhuber betitelte sein Buch über seine Zeit bei der Waffen-SS mit "Ich war dabei". Das werden sich auch die rund 150 Alt- und Neonazis sagen, die am 13.August nach einer Irrfahrt über Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Belgien dann vor der deutschen Botschaft in Luxemburg gegen die "Unterdrückung der Meinungsfreiheit" in Deutschland demonstrieren wollten. Sie können nun an einer neuen Märtyrerlegende basteln. Die Luxemburger Polizei löste die Versammlung innerhalb kürzester Zeit auf und nahm die Beteiligten sowie weitere anreisende Nazis fest. Am späten Abend wurden sie dann nach Deutschland abgeschoben.

Ein gewaltiges Polizeiaufgebot sollte in Deutschland jeden Versuch eines "Rudolf-Hess-Gedenkmarsches" wie im letzten Jahr in Fulda verhindern. Mehr als 30 angemeldete Demonstrationen und Kundgebungen zum "Gedenken" an den Hitler-Stellvertreter und Kriegsverbrecher Hess wurden im Vorfeld verboten. Darunter auch die vom Mannheimer Verwaltungsgerichtshof in letzter Instanz verbotenen Hess-Kundgebungen in Stuttgart und Heilbronn, die der NPD-Vorsitzende **Günter Deckert** angemeldet hatte. Ansammlungen von Neonazis wurden am 13.August in mehreren Bundesländern aufgelöst und die Beteiligten "in Gewahrsam" genommen. In Thüringen herrschte ein generelles Versammlungsverbot. In Hof wurde eine Gruppe von fünf Neonazis eine ganze Woche in "Unterbindungsgewahrsam" festgehalten.

Antifaschistische Gruppen, die sich über die Kampagne "Antifaschistische Aktion 94" koordiniert hatten, wollten in diesem Jahr weitgehend auf eine "Verfolgungsjagd" verzichten, um nicht wieder wie im letzten Jahr an der Autobahnausfahrt Fulda von der Polizei an einer Gegendemonstration gehindert zu werden. So fanden am 12. und 13.August unter anderem in Hamburg und Berlin antifaschistische Demonstrationen statt, die auf maßgebliche Führungspersonen des deutschen Neofaschismus aufmerksam machen sollten - und um diese gegebenenfalls auch an der Beteiligung an dem diesjährigen "Hess-Marsch" zu hindern. So verbarrikadierte sich der Berliner Nazi-Rocker und Kader der "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF) **Arnulf Priem** mit zwei Dutzend "Kameraden" auf dem Dachboden seiner Wohnung und erwartete die antifaschistische Demonstration mit Molotow-Cocktails und Zwillen. Nachdem sie damit auf Journalisten geschossen hatten, wurde der Dachboden von der Polizei gestürmt und die anwesenden Neonazis festgenommen. Um die Festgenommenen zu unterstützen werden nun Spenden auf einem Konto des Berliner Vereins "Die Nationalen" gesammelt, einem Zusammenschluß von Neonazis und Rechtsradikalen aus verschiedenen Organisationen.

In Hamburg blieben der "Sprecher des Wunsiedel-Komitees" und Kopf der GdNF **Christian Worch** sowie der Staranwalt der deutschen Naziszene **Jürgen Rieger** ebenfalls zu Hause, u.a. weil eine antifaschistische Demonstration am 12.August direkt zur Kanzlei von Rieger führte.



Auslieferung der verhinderten "Hess-Marschierer" von der luxemburger an die deutsche Polizei

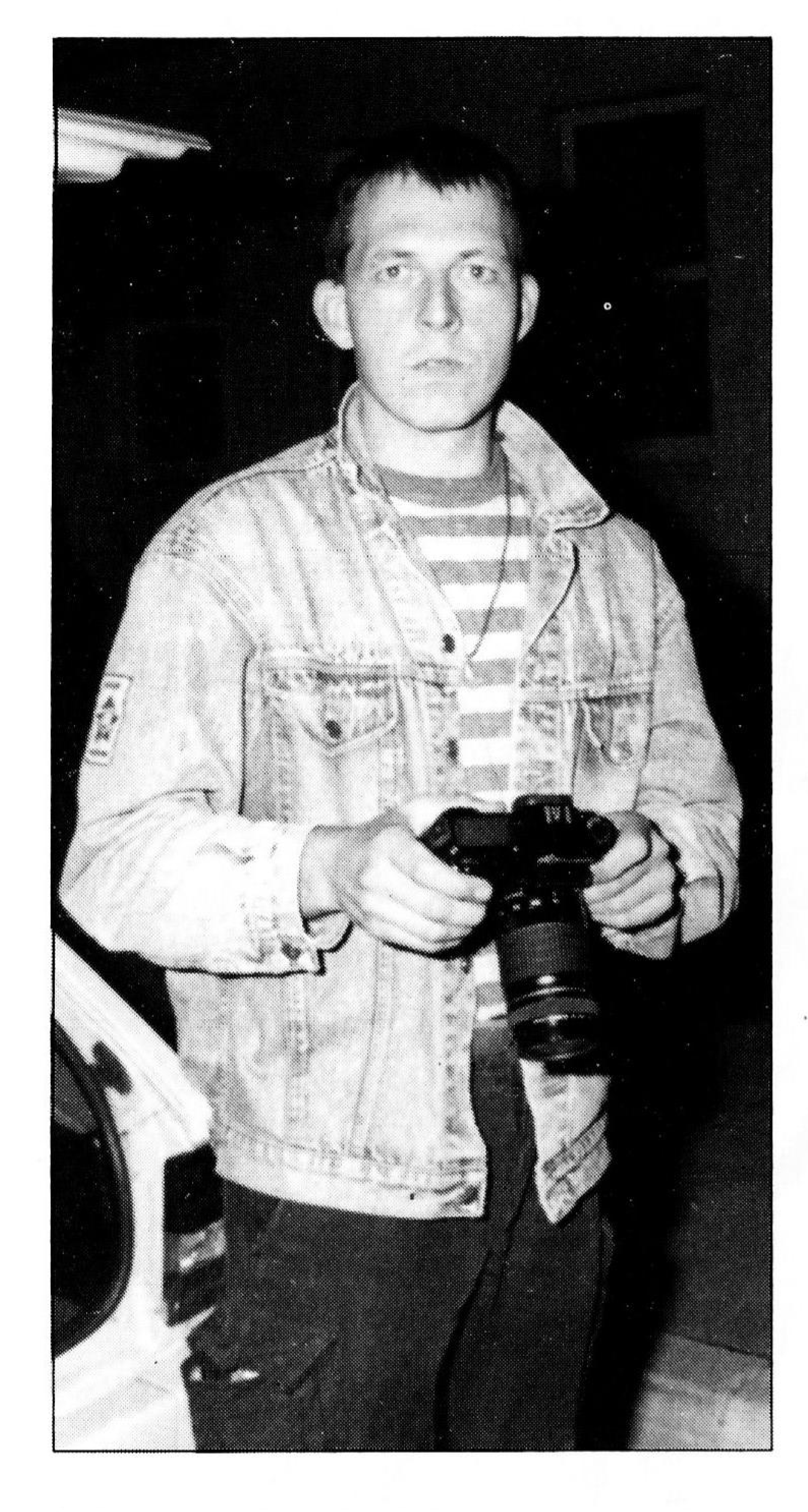
Vor allen Dingen Anhänger der "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) und der verbotenen "Nationalen Offensive" wollten es aber wissen. Die Organisatoren der angestrebten "Aktionswoche" schickten die Aktivisten mit Hilfe der "Nationalen Infotelefone" zuerst in das "westliche Westdeutschland" und dann nach Belgien in den Raum Eupen-Malmedy. Zur Not stand den reisenden Alt- und Neonazis noch ein Telefonanschluß in Holland zur Verfügung, über den der Führer der ANS-Niederlande, **Eite Homan**, die "Hess-Marschierer" in die rechte Richtung dirigierte. Ziel der Aktion war die Stadt Luxemburg. Nach Informationen der Wochenzeitung "Die Zeit" lag dem Landeskriminalamt in Baden-Württemberg die Information, daß es nach Luxemburg gehen sollte, bereits am Donnerstag dem 11.8.94 vor. Die dortige Polizei wurde von den deutschen Behörden erst am Mittag des 13.8. informiert - und löste die Ansammlung der "Rudolf-Hess-Rudolf-Hess" rufenden Neonazis innerhalb kürzester Zeit rigoros auf. Wie man beobachten konnte, ging die luxemburgische Spezialeinheit der Polizei keineswegs mit Samthandschuhen gegen die Nazis vor. Als Reaktion darauf wollen sie nun vor die Europäische Menschenrechtskommission ziehen und reden von "Foltermethoden wie man sie bisher nur von südamerikanischen Staaten" kannte.

Sie hatten anscheinend Einsatzbereitschaft und Motivation der Polizei des kleinen Stadtstaates unterschätzt. Die Nazis, die zu spät gekommen waren, um an der deutschen Botschaft von der luxemburgischen Polizei verprügelt zu werden, wurden weitgehend festgenommen - insgesamt rund 150 Personen. Bei diesen Festnahmen spielte auch die Bevölkerung Luxemburgs eine tragende Rolle, die sofort ihre Polizei informierte oder selbst Hand anlegte, wenn sie Ansammlungen von Neonazis bemerkte. Ein großer Teil der zu spät Gekommenen, darunter der frühere Vorsitzende der verbotenen "Nationalen Offensive" (NO) **Michael Swierczek**, befanden sich in einem Reisebus aus Karlsruhe, der zuvor von der deutschen Polizei kontrolliert und über die Grenze gelassen worden war. Unter ihnen befand sich laut dem Privatsender RTL auch eine 78jährige Frau.

Bei der Übergabe der Festgenommenen an die deutsche Polizei, die sich auf die Durchsuchung und Feststellung der Personalien der Nazis beschränkte, konnte festgestellt werden, daß die Beteiligten an der zentralen Aktion zum 7.Todestag von Rudolf Hess weitgehend aus der FAP oder ihrer Abspaltung NO kamen. **Christian Malcoci** von der "Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene" HNG und **Bernd Stehmann**, GdNF-Kader aus Ostwestfalen/Lippe, waren zwei der wenigen Führungspersonen aus der vom verstorbenen Michael Kühnen begründeten "Gesinnungsgemeinschaft", die sich durch ihre Anwesenheit in Luxemburg dem Vorherrschaftsanspruch der FAP im Neonazilager entgegenstellten. FAP-"Prominenz" war indessen reichlich vertreten: Der NRW-Landesvorsitzende **Siegfried Borchardt**, der "Anti-

Antifa"-Aktivist und Vorsitzende der Bonner FAP **Norbert Weidner**, der frühere Wiking-Jugend-Aktivist und FAP'ler aus dem Kreis Rhein/Sieg **Ralf Tegetoff, Dieter Riefling** mit seiner "Kameradschaft Recklinghausen", - um nur einige zu nennen.

Von der deutschen Polizei wurden im Nachhinein am 14.8. einzig Siegfried Borchardt und **Thomas Kubiak** von der GdNF-Organisation "Sauerländer Aktionsfront" kurzzeitig



Selbst bei seiner Auslieferung am Autobahn-Grenzübergang Trier an die deutsche Polizei versuchte sich Bernd Stehmann, GdNF-Kader aus Ostwestfalen-Lippe, als Anti-Antifa-Fotograf zu profilieren.

festgenommen. Am 13.8. soll es zusätzlich zu den Festnahmen in Luxemburg im Bundesgebiet zu 150 Festnahmen, bzw. Ingewahrsamnahmen von Neonazis gekommen sein.

Warum allerdings der Reisebus mit zum Teil uniformierten FAP-Mitgliedern nach einer Kontrolle durch den Bundesgrenzschutz über die luxemburgische Grenze gelassen wurde, werden die Behörden ebenso noch zu beantworten haben wie die Frage, warum die luxemburgische Polizei erst am Tag des Nazi-Aufmarsches davon in Kenntnis gesetzt worden ist, während dem LKA Baden-Württemberg diese Information bereits seit zwei Tagen vorlag.

Horst Freires

Kleiner "Hess-Marsch" in Schleswig-Holstein offenbart Polizeipanne

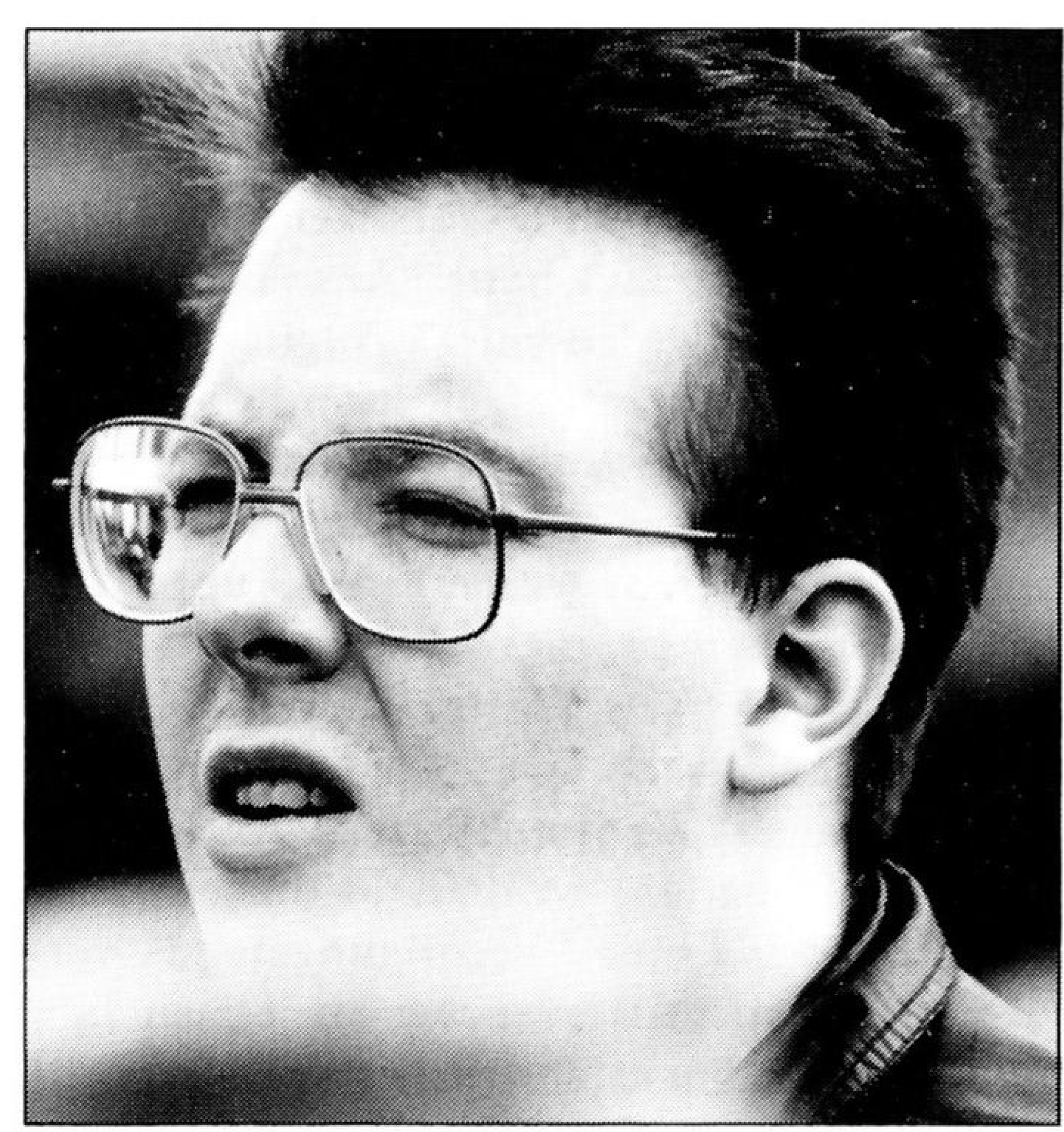
Vor der "Rudolf-Hess-Gedenkwoche", wie sie von den Neonazis tituliert wurde, waren bundesweit Polizei und Innenbehörden alarmiert und bestrebt, möglichst keine größeren Aufmärsche und Kundgebungen zuzulassen. So wurde beispielsweise über die Ordnungsbehörde der Stadt Heide in Schleswig-Holstein - mit anschließender Bestätigung durch das Verwaltungsgericht in Schleswig - eine vom NSDAP-AO Kader Michael Stahl aus Husum angemeldete Hess-Demonstration verboten, die den Heider Marktplatz bevölkern sollte.

Dennoch gelang es den militanten Rechten einen kleinen Aufzug am 21.August in Kaltenkirchen (Kreis Segeberg) zu inszenieren. An diesem beteiligten sich rund 45 Neonazis von der FAP (mit dem Hamburger Landesvorsitzenden **André Goertz** an der Spitze), von den besonders im Kreis Pinneberg aktiven "Jungen Nationaldemokraten" (JN) und von der "British National Party" (BNP) aus Großbritannien. Die BNP-Aktivisten stellten für die Anreise nach Kaltenkirchen auch einen Teil der Fahrzeuge zur Verfügung. Andere Teilnehmer reisten mit Leih- und Mietfahrzeugen. Der Marsch durch die Innenstadt dauerte dann etwa 15 Minuten. Anschließend haben einige "Nationale Infotelefone" die Aktion übertrieben hochgejubelt. Ein Augenzeuge will übrigens auch den Hamburger Nazi-Anwalt **Jürgen Rieger** unter den Marschierenden erkannt haben.

Noch skandalöser als die Tatsache, daß die Rechtsextremisten doch noch einen, wenn auch noch so kleinen, Marsch abhalten konnten, ist dabei die Vorgehensweise der Polizei. Ein Sprecher des Innenministeriums deckte diese anschließend. Genau wie die Polizeistation Henstedt-Ulzburg, die von der Polizeiinspektion in Segeberg für den Einsatz die Verantwortung übertragen bekam, leugnet das Innenministerium die Tatsache, daß eine Rechtsaußen-Demonstration stattgefunden haben soll - trotz gegenteiliger Fotobeweise. Der Presse wurde aber die Auflösung der Aktion mitgeteilt - ein Widerspruch, oder? Zudem räumte die Polizei in Henstedt-Ulzburg ein, daß sie sich anschließend nicht in der Lage sah, in erforderlichem Maße Kfz-Kontrollen bei den Neonazis durchzuführen. Als Entschuldigung mußte der Urlaubsverkehr herhalten.

Viel gravierender aber ist die Frage, warum die Polizei die Marschierer in Kaltenkirchen überhaupt gewähren ließ - wurden diese doch durch (verdeckt operierende) Ermittlungsbeamte aus Hamburg begleitet, die in der Polizeiwache Kaltenkirchen Alarm schlugen. In Henstedt-Ulzburg - wenige Autominuten von Kaltenkirchen entfernt - warteten über 35 Beamte in Bereitschaft auf einen möglichen Neonazi-bezogenen Einsatz. Als dort die Meldung aus Kaltenkirchen eintraf, wurde aber nur ein Streifenwagen zur Beobachtung in Bewegung gesetzt. Wurde diese Version einigen Journalisten anfangs noch preisgegeben, änderten sich die Verlautbarungen dann im Lauf des Tages bei weiteren (offenbar unliebsamen) Nachfragen. Dann war nur noch von einem zufällig die Neonazis aufspürenden Streifenmotorrad die Rede. Na, was stimmt denn nun?

Wie genau wußte das Innenministerium,



Andre Goertz, FAP-Landesvorsitzender aus Hamburg; Foto: Spirou

die Landespolizei, der Verfassungsschutz vorher Bescheid? Diese Frage stellt sich auch, da ja anschließend Polizeikräfte eigens für solchen Einsatz am besagten Tage in Henstedt-Ulzburg, aber auch im Raum Rendsburg, in Bereitschaft gehalten wurden.

Bei anschließenden Kfz-Überprüfungen gab es kurzzeitig Festnahmen von zwei jungen Männern aus dem Kreis Storman, die Propagandamaterial mit sich führten. Beide fielen im Rahmen der "Hess-Gedenkwoche" bereits zuvor durch das Befestigen von Transparenten an Autobahnbrücken auf.

Eine solche Tat trug sich auch an einer Autobahnbrücke bei Pansdorf (Lübeck) zu. In der Nähe des Tatortes hielten sich drei junge Skinheads auf. Sie stammen aus Timmendorfer Strand und Scharbeutz. Sie stritten der Polizei gegenüber ab, ein Laken mit der Aufschrift "Rudolf Hess - Märtyrer für Deutschland" an der Brücke befestigt zu haben.

Peter Gröger

Mehr als ein Kommentar:

Viel Wind um nichts

"Rudolf-Hess-Marsch" versus Antifaschistische Aktion '94

Die sogenannte "Aktionswoche" der Neonazis und ihren "alten Kameraden" zum 7.Todestag von Rudolf Hess entpuppte sich als Flop. Das Christian Worch und Konsorten selbst kaum an das Gelingen einer Aktion wie in Fulda glaubten, konnte man eigentlich schon an dem Konzept "Aktionswoche" erkennen. Und selbst der Aufmarsch in Fulda 1993 war angesichts der wesentlich höheren Teilnehmerzahl an den "Hess-Märschen" 1991 und 1992 nur aufgrund des Medienspektakels ein Erfolg für die Nazis.

Antifaschistische



Welche linke Demonstration gegen Wohnungsnot, für besetzte Häuser, gegen Kriegstreiberei, für internationale Solidarität, etc.pp. mit 500 und mehr Teilnehmern hat auch nur die geringste Aussicht auf einen solchen Widerhall in den Medien? Aber eine gesellschaftlich isolierte Bande von höchstens ein paar tausend bewußten (Neo-)Nationalsozialisten in der BRD dient bei jedem Furz, den ein paar von ihnen lassen, dem Sensationshunger von TV und Printmedien. Da müßte von Linken schon ganz schön randaliert werden, um wenigstens eine schlechte Presse zu kriegen.

Antifaschistische Polizei?

Die Schadenfreude darüber, daß die Nazis am 13.August von der luxemburger Polizei gehörig verprügelt und splitternackt in die Zellen gesperrt wurden, sollte nicht zu Jubelschreien führen. Eine hinterherreisende mobile Antifa-Demonstration, wie die, die im letzten Jahr an der Autobahnausfahrt Fulda von der deutschen Polizei gestoppt wurde, wäre im aufgeräumten Steuerparadies Luxemburg kaum anders behandelt worden als die Nazis. Die luxemburger Polizei hat bewiesen, wie schnell ein Naziaufmarsch aufgelöst werden kann. Die deutsche Polizei hat oft genug bewiesen, wie schnell Demonstrationen von Autonomen aufgelöst werden können - wie beispielsweise auch am 13.8.94 eine antifaschistische Demonstration in Bremen.

Was die luxemburger Polizei gemacht hat war nichts anderes als das, wofür sie bezahlt wird: Ruhe und Ordnung sicherstellen. Sicherlich war ihre Motivation deutlich größer als die der (nach wie vor als großes "Republikaner"-Klientel geltenden) deutschen Polizei - die Menschenjagd von Magdeburg ist uns gut im Gedächtnis geblieben. Aber schließlich ist Luxemburg im 2.Weltkrieg von den Nazis überrollt worden und nicht wenige LuxemburgerInnen ließen ihr Leben in deutschen Konzentrationslagern. Polemisch gesagt: "Und dann kommen 50 Jahre später so ein paar Neonazi-Scheißer und rockern an der deutschen Botschaft rum ..."

Was die neuen Nazis anläßlich ihrer "Hess-Woche" auf die Reihe gekriegt haben lohnt eigentlich nicht für eine umfassende Berichterstattung: Das Debakel in Luxemburg, angeblich 15 "Kameraden" in Rudolstadt, die trotz Verbot und anwesenden "Linken", Parolen gerufen haben (!), ein anonymer Anrufer, der bei Meschede einen Naziaufmarsch meldete und so mehrere Hundertschaften Polizei in Bewegung setzte (!) und ein Aufmärschchen am 21.August von etwa 50 Nazis in Kaltenkirchen in Schleswig-Holstein.

Auch wenn die Nazis die "Durchführung" ihrer "Aktionswoche" als Sieg feiern sollten, kann nichts ihren Mißerfolg übertünchen. Die Zeit, in der ihnen die deutsche Staatsgewalt Aufmärsche mit tausend und mehr TeilnehmerInnen gewährte, ist vorerst vorbei. Nur ausgesprochen hartnäckige AnhängerInnen der verschiedenen neonazistischen Strömungen nehmen den organisatorischen und finanziellen Aufwand in Kauf, um ins Blaue zu fahren und dann, eventuell, an einer spektakulären Aktion wie in Fulda teilnehmen zu können. Das sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß dieses Potential trotzdem vorhanden ist, und ganz andere Aktivitäten wie Brandanschläge und Überfalle auf offener Straße sprechen eine mehr als deutliche Sprache!

Werden die Nazis überschätzt?

Aber der Grad ihrer Organisierung und die Fähigkeit, ihre AnhängerInnen zu mobilisieren, ist nicht so hoch wie manche AntifaschistInnen glauben. Die zerstrittenen Fraktionen FAP und GdNF haben über die sogenannte "Anti-Antifa" und mit der HNG (Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene) mehr und mehr ihre Gemeinsamkeiten in den Vordergrund gestellt. Die Differenzen ihrer Führungscliquen bestehen aber nach wie vor und tragen nicht gerade zur Motivation der AnhängerInnen bei. Nachfolgeorganisationen der verbotenen "Nationalistischen Front" haben sich formal aufgelöst und empfehlen ihren Mitgliedern auf "NS-Romantik", und darunter würde der "Hess-Marsch" sicherlich fallen, zu verzichten und ihre von Kadern geführten Gruppen auszubauen. Die "Jungen Nationaldemokraten" als Bindeglied zwischen der Traditionsorganisation NPD, dem Bündnisangebot "Deutsche Liga" und den offen auftretenden Neonazis orientieren mehr auf regionale Aktionseinheiten und Kaderbildung als auf medienwirksame Großaktionen. Sie haben die Erfahrung gemacht, daß gut geplante Aktionen kleiner Gruppen auch für Furore sorgen können. Die "Hess-Woche" unterstützten sie mit der Anmeldung von Kundgebungen und dem Aufruf zu Aktivitäten bei einigen Fußball-Pokalspielen.

So bleibt denn Raum für eine Bewertung der Akivitäten, die maßgeblich von autonomen und unabhängigen antifaschistischen Gruppen gegen den "Hess-Marsch" organisiert wurden. Von wenigen Ausnahmen abgesehen standen die Veranstaltungen, Demonstrationen und Blockadeaktionen der Kampagne "Antifaschistische Aktion '94" in unmittelbaren Zusammenhang mit dem Todestag von Hess.

Eine Sackgasse für die antifaschistische Bewegung?

Die antifaschistische Bewegung bewegt sich in eine Sackgasse wenn sie weiterhin in erster Linie auf die Nazis "zum Sehen und Anfassen" orientiert und mit enormen Aufwand Anti-Neonazi-Aktionen organisiert, - andererseits aber den "normalen" Rassismus in Deutschland und die allgemeine Bereitschaft zur Übernahme faschistischer Gedankenmuster, die politische Rechtsentwicklung und die damit verbundenen sozialen Einschnitte einfach nur zur Kenntnis nimmt.

Klar - bewußt ist nahezu allen AntifaschistInnen, daß es um mehr als die Neonazis geht und daß diese nur ihre Rolle beim Vorantreiben von reaktionärer Politik spielen. Daß sie die Anstifter und Ausführenden des Terrors gegenüber "AusländerInnen", Linken, Obdachlosen, Homosexuellen und "Behinderten" sind. Auch das es Verquickungen von neofaschistischen Organisationsstrukturen mit Polizei und Geheimdiensten gibt, ist allgemein bekannt und muß immer wieder hervorgehoben werden.

Wer aber für das rassistische "Ausländergesetz" und die Abschaffung des Grundrechts auf politisches Asyl verantwortlich ist, wer die Vorarbeit dafür leistete, welche ökonomischen Interessen hinter welchen politischen Maßnahmen stecken, welche Rolle die BRD im Weltmaßstab spielt und welche Rolle dabei Nazigruppen im Innern der Rechtsnachfolgerin des III.Reiches spielen sind eigentlich interessantere Fragen - deren Beantwor-

tung auf die politische Tagesordnung gesetzt werden müssen -, als die Frage ob und wo **Worch** und Konsorten denn dieses Mal auf die Straße gehen. Nur wenige Gruppen, die die "Aktion '94" unterstützten, stellten diese weitergehenden Zusammenhänge in den Vordergrund.

Eine Funktion des Neofaschismus in der BRD ist die Ablenkung der aktivistischen Linken von problematischeren und letztendlich gesellschaftsverändernden Fragestellungen. Auch ein Grund, weshalb Naziorganisationen zwar mal verboten aber nicht zerschlagen werden.

Nicht neu ist, daß Gegendemonstrationen und Auseinandersetzungen mit Faschisten dem Kantherschen law-and-order-Staat die Argumente zur Durchsetzung neuer Polizeigesetze geben. Politisch wird das Bild der "Extremisten" ausgebaut, gegen die hart durchgegriffen werden muß, weil Linke und Rechte, wie man hört, gleichermaßen die Republik bedrohen. Wenn Otto und Erna Normalverbraucher bei den Bildern im Fernsehen nicht mehr differenzieren können, wer denn nun AntifaschistInnen und wer die Nazis sind ("Alles Chaoten. - Draufschlagen!"), liegt es auch daran, daß die Linke im bundesrepublikanischen Alltag kaum präsent ist. Schon gar nicht in den Wohnvierteln, die sich durch starke Arbeitslosigkeit und hohen "Republikaner"-WählerInnenanteil auszeichnen. Da gäbe es viel zu tun. Wie wäre es denn mal mit einer autonomen "Volxküche" oder einem "Antifa-Stammtisch" in Hamburg-Wilhelmsburg, Halle-Neustadt oder Hannover-Vahrenheide?

Der langfristige und kostenintensive Aufwand, der mit der Kampagne "Antifaschistische Aktion '94", betrieben wurde, steht in keinem Verhältnis zu den Aufgaben, die die antifaschistische Bewegung tagtäglich zu erfüllen hätte. Gut - mit den Demonstrationen zur Kanzlei von **Rieger** und zur Wohnung von **Priem**, zum JN-Schulungszentrum in Nürnberg und mit der Blockade beim FAP-Funktionär **Heise** in Northeim ist auf Drahtzieher des deutschen Neofaschismus aufmerksam gemacht worden und einige wurden an der Fahrt zu "dezentralen Aktionen", incl. Luxemburg, gehindert. Das zweite Wochenende der "Hess-Woche" stand dann auch unter dem Vorzeichen "Was machen die Linken?". Stellt sich trotzdem die Frage, in wieweit der Todestag des Kriegsverbrechers und Hitler-Stellvertreters Hess nicht erst über die "Antifaschistische Aktion '94" den politisch desinteresssierten Mitmenschen ins Bewußtsein gerufen wurde. Und eines der Anliegen der Nazis, neben dem tollen Gefühl mit ein paar hundert Gleichgesinnten auf der Straße zu stehen, ist doch die Erinnerung an den "Friedensflieger" Hess. So jubelte das "Nationale Infotelefon Hamburg" schon vor dem eigentlichen Start der "Hess-Woche", daß aufgrund der angemeldeten Kundgebungen und dem damit verbundenen Medienrummel eines ihrer Ziele erreicht war: Ihre noch nicht mal durchgeführten Aktivitäten waren bundesweit die Meldung Nr.1.

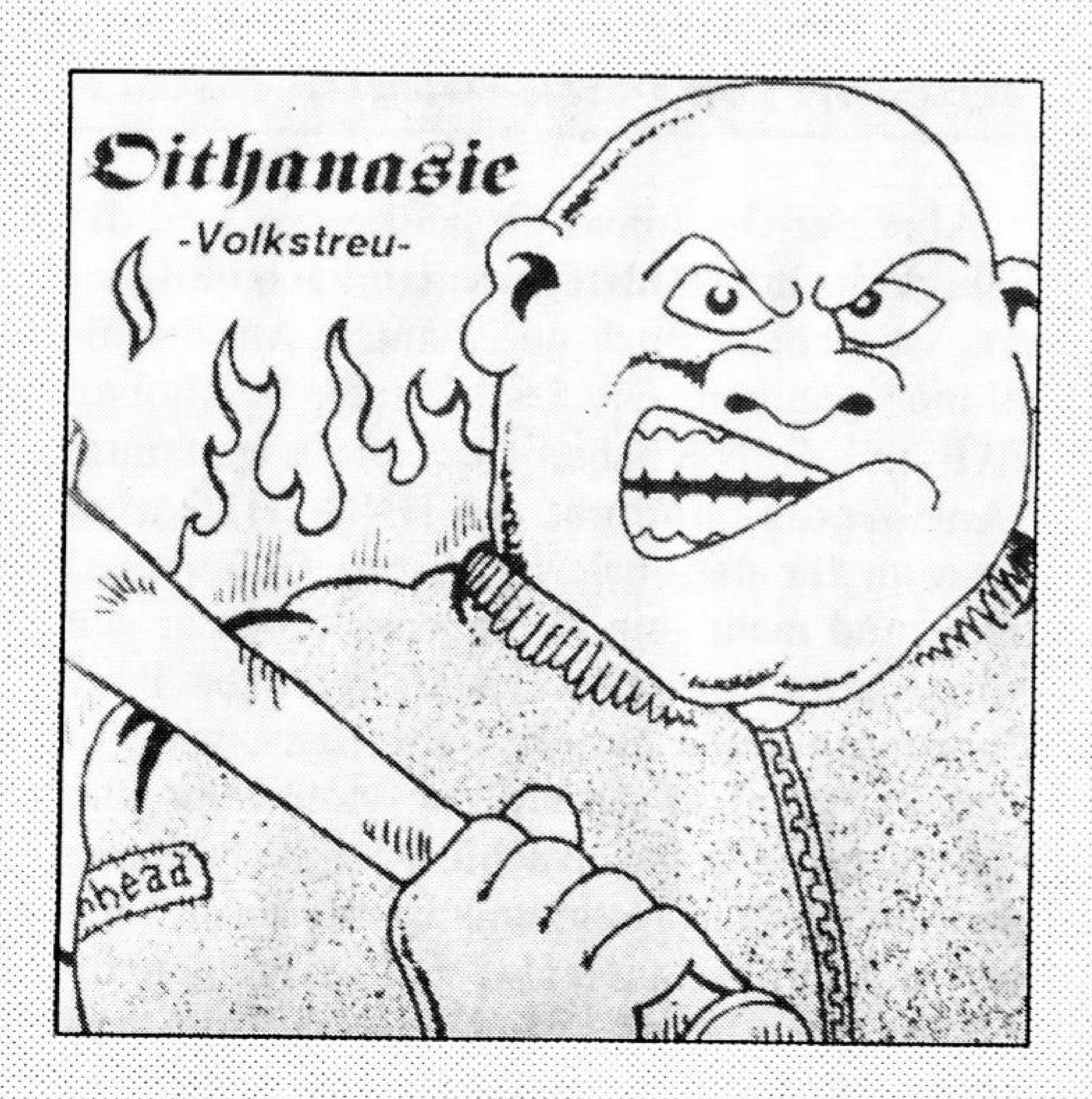
Provokationen von Faschisten muß entgegengetreten werden. Der Aufbau ihrer Logistik, der Einfluß ihrer Verlage, ihre Kumpanei mit Behörden und die gewonnene Salonfähigkeit dürfen nicht ohne antifaschistischen Protest und Widerstand hingenommen werden. Ihr Einfluß, besonders der der sogenannten "Neuen Rechten", muß benannt und zurückgedrängt werden. Und nicht zuletzt müssen ihre Angriffe auf alles, was nicht in ihr Weltbild paßt, abgewehrt werden. Verschiedene antifaschistische Zeitungen leisten mit veröffentlichten Recherchen und Hintergrundinformationen ihren Beitrag dazu, daß alle AntifaschistInnen an verschiedensten Punkten ansetzen könnten. Aber war es wirklich nötig, daß so viele Leute über Monate mit kaum etwas anderes als mit der in unmittelbaren Zusammenhang mit dem Hess-Todestag stehenden "Aktion '94" beschäftigt waren?

Wobei im Lauf der Zeit immer deutlicher wurde, daß die deutsche Polizei ein, für das berühmt-berüchtigte Ansehen der BRD im Ausland, so peinliches Fiasko wie in Fulda nicht wieder zulassen würde. Die auf Antifa-Demos so gern gerufene Parole "Staat und Nazis Hand in Hand - Organisiert den Widerstand!" ist sicherlich in der Regel zutreffend und die Konsequenz richtig. Aber man sollte den Blick für die gesellschaftliche Realitäten behalten, die immer situationsbedingt sind und sich schnell ändern können. Wie zum Beispiel das Verhältnis von den Innenministerien zu Neonaziaufmärschen.

Rechtsextremer Professor

Der Altphilologe Prof. Dr. **Hermann Funke** (56) sorgt an der Universität Mannheim für Unruhe. Seit Mai dieses Jahres beschäftigt sich die universitäre Öffentlichkeit mit den politischen Umtrieben des Griechisch-Professors Funke. Er übernahm im Oktober 1993 den Vorsitz des Kreisverbandes Heidelberg-Rhein-Neckar der Schönhuber-Partei und kandidierte, wenn auch erfolglos, auf Listenplatz 2 zur Kommunalwahl am 12. Juni in Heidelberg. Das einzige Mandat der REP fiel an **Werner Beck**, Kreisvorstandsmitglied und seit 1989 alleiniger Gemeinderat der "Republikaner" in der historischen Universitätsstadt am Neckar. Obwohl Funke zwei Professoren der Mannheimer Universität wegen deren kritischer Haltung mit einer Dienstaufsichtsbeschwerde überzogen hat, liegt bislang noch keine Stellungnahme des Rektorats zu den politischen Aktivitäten des REP-Professors vor. Die "Junge Freiheit" führte in der Ausgabe vom 12. August ein ganzseitiges Interview mit dem REP-Professor Funke. Chefredakteur **Dieter Stein** persönlich bat Funke ans Mikro. Der Mannheimer BWL-Student **Roland Bubik**, Redakteur der JF, ließ Stein den Vortritt. KritikerInnen denunzierte Funke als "Hilfsschüler" sowie als "Schreihälse, Berufslinke, Dauerbetroffene, die sich sehr wichtig vorkommen und fortgesetzt die Demokratie retten.".

Skins schänden Gedenkstätte



Buchenwald (Thüringen) - Unter der Gruppe von 22 Skinheads, die die Gedenkstätte des Konzentrationslagers Buchenwald schändeten, befanden sich auch die Musiker der Skin-Band "Oithanasie" aus Gera. Ursprünglich wollte "Oithanasie" mit einem Reisebus zu einem kurzfristig abgesagten Konzert nach Bayern reisen. Im vergangenen Jahr spielte "Oithanasie" zusammen mit "Triebtäter" und "Macht + Ehre" ("Die NS-Politik ist die einzige Macht, die Doitschland und Europa noch retten kann, denn nur dann kann man die Jüdische Rasse ausrotten und fremde Völker vernichten") Ende Juni im bayerischen Mindelheim. Geworben wurde in der Vergangenheit für "Oithansie" im "Frontkämpfer" des vorbestraften Neonazis **Martin Tietz**, bis 1993 Mitglied der "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" und inzwischen stellvertretender Landesvorsitzender der "Deutschen Nationalisten" in Hessen, ebenso wie in den "Modernen Zeiten" des **Torsten Lemmer**. Nach den Ausschreitungen in der Gedenkstätte stellte die Staatsanwaltschaft Erfurt bei Hausdurchsuchungen Waffen und Propagandamaterial sicher.

Neuer Vorsitzender des SDV

Neuer Bundesvorsitzender des mehrere hundert Mitglieder umfassenden "Schutzbundes für das Deutsche Volk e.V." (SDV; Sitz: Frankfurt) ist **Friedrich Köberlein**, langjähriger Kopf der Münchener Kreisgruppe des SDV. Gegründet wurde der SDV am 26.September 1981. Die Gründung erfolgte im Anschluß an die Veröffentlichung des rassistischen Heidelberger Manifestes durch 20 bun

Olaf Göbel

"Das eigene Volk zuerst"

Würstchen und Hakenkreuze in Diksmuide

Im belgischen Diksmuide treffen sich alljährlich, am letzten Sonntag im August, die flämischen Nationalisten zu einem großen Volksfest. Seit 1920 finden diese Wallfahrten zu den Gräbern am Ufer der Ijzer statt. Bis zu 20.000 Besucher zählt die "Ijzerbedevaart" Feier. Auch dieses Jahr wurde diese Zahl erreicht. Im offiziellen Teil der Feier wird von den Festrednern die Ablösung Flamens vom französischsprachigen Wallonien und die nationale Unabhängigkeit gefordert.

Es treten Volkstanzgruppen auf, man singt die flämische Nationalhymne und legt eine Schweigeminute für die Gefallenen ein. Der rechtsradikale "Vlaams Block" hat es geschafft sich mit Vorurteilen gegen die "faulen Wallonen" zum Wortführer der ökonomisch starken flämischen Provinz zu machen. Ähnlich der italienischen Lega Nord hetzt sie mit chauvinistischen Vorurteilen gegen den ärmeren Teil des Landes - und hat damit Erfolg.

"Das eigene Volk zu erst" und "Flandern den Flandern" ist auf Spruchbändern und T-Shirts zu lesen. Hochoffiziell distanzieren sich die Veranstalter von den Neonazigruppen vor der Festabsperrung. In einem an die Presse verteilten, mehrsprachigen Mitteilungsblatt steht zu lesen: "Die neofaschistischen Gruppen, die gelegentlich nach Diksmuide kommen, werden nicht nur nicht eingeladen, sondern sind durchaus unerwünscht." Doch seit Jahren ist es Tradition, daß in der Kneipe "'thor van Vlaanderen", einen Tag vor dem Festival, der "europäische Kameradschaftsabend" stattfindet. Dieses Jahr feierten dort über 200 Neofaschisten. Vertreten waren Gruppen wie die militante FAP, die NPD Jugendorganisation JN, Vertreter der "Wiking Jugend" aus verschiedenen Ländern, die britische BNP schickte eine Abordnung und Skinheads aus West- und Osteuropa. Die Ideologien gehen zuweilen weit auseinander. Während polnische Skinheads auf ihr Existenzrecht beharren, sprechen die deutschen nur von den ehemaligen deutschen Ostgebieten. Kurz vor der Schlägerei einigt man sich aber doch irgendwie und trinkt zusammen ein Bier. Am selben Abend wird noch die nachbarliche Gaststätte entglast, auch hier Widersprüchliches im rechten Ideologiedschungel. Sympathisieren die Nationalrevolutionäre offen mit der IRA, trotz sozialistischer Programmpunkte, demolieren die britischen Kollegen die "Beuterpot", weil sich im Inneren IRA-Mitglieder aufhalten sollen. Diesjähriger Hauptredner ist ein Vertreter der rechtsradikalen Burenorganisation AWB aus Südafrika. Zur Begrüßung hebt er den Arm zum Hitlergruß und erhält Beifall von allen Teilnehmern. Zwischen nationalistischen Liedereinlagen und Chorauftritten, weist er auf die dramatische Lage der Weißen in seinem Heimatland hin. Man ist sich einig über den negroiden Untermenschen und nickt andächtig beim gemalten Horrorszenario von einem schwarzen Südafrika.



In Belgien sitzen sie an einem Tisch: Skinheads, Neonazis (vorn Thorben Stecker, Oldenburg) und Burschenschaftler

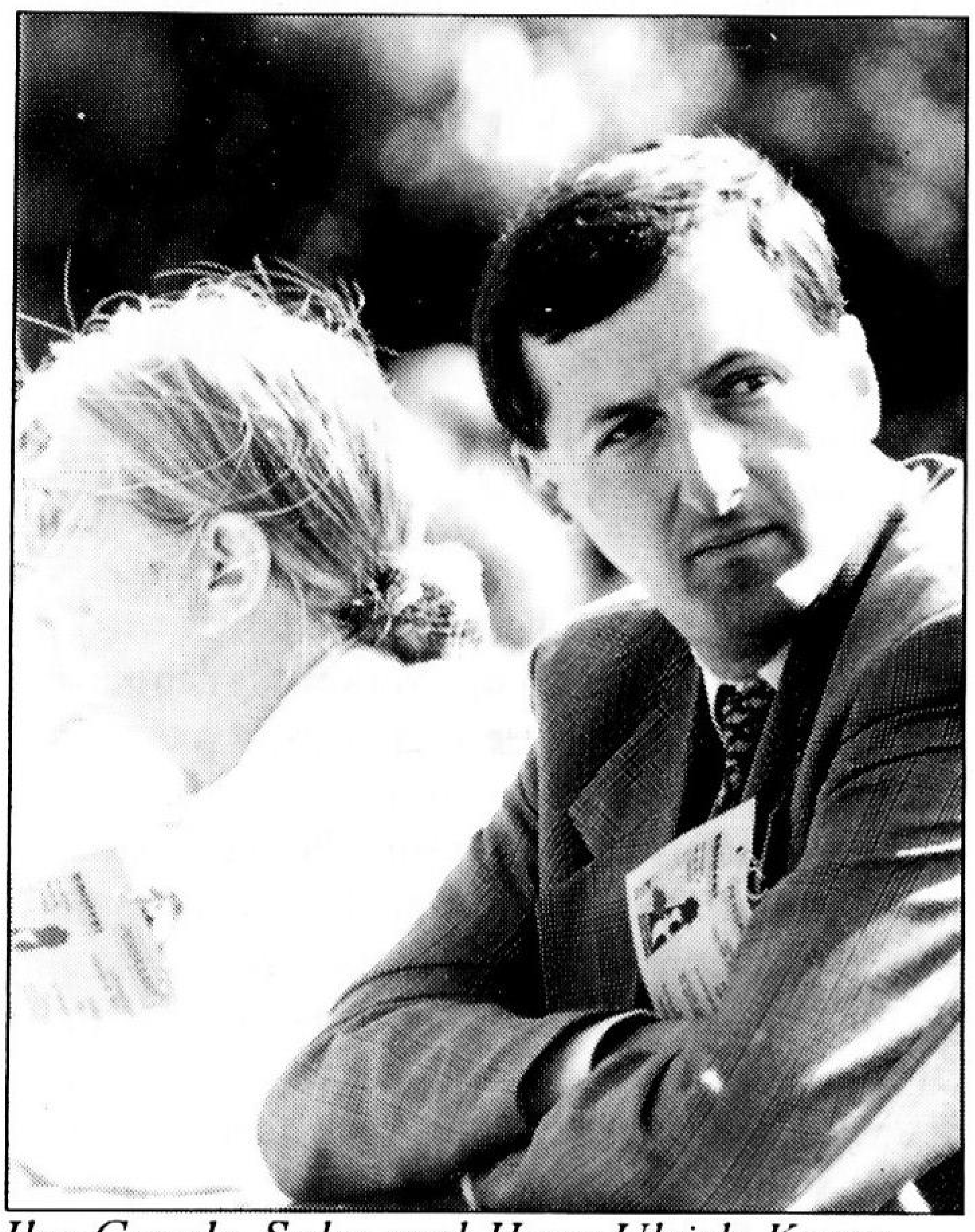
Tagsüber haben die Verkaufsstände am Rande der Hauptstraße geöffnet und bieten Hakenkreuze in allen Farben und Formen, Odalsrunen zum Anhängen und auf Bechern, Keltenkreuze zum Annähen und Umhängen, Wandteller der SS-Divisionen und Bücher wie "Mein Kampf" und die "Geschichte der Waffen-SS" an. Der Stand im Inneren der "'thor van Vlaanderen" laufen auf dem Verkaufsstand ununterbrochen Filme über Wehrsportlager. Mit Erfolg, nach vier Stunden hat sich der Verkaufsbestand um 70% reduziert. Zufrieden zeigt sich auch die Verkaufsgruppe von der Skinheadband Skrewdriver, die vor allem T-Shirts mit Aufdrucken wie "Rock gegen Kommunismus" und "White Power" absetzte. Umsonst verteilt werden Probeexemplare des belgischen "Alarm". Herausgeber ist die Gruppe Odal, die ehemals "Vlaams Militant Orden" hieß. Der VMO wurde Anfang der 80er Jahre wegen zahlreicher militanter Angriffe verboten. Natürlich fehlen auch nicht die radikalen Abtreibungsgegner mit bunten Abbildungen zerstückelter Föten in ihren Faltblättern. In Gesprächen wird allerorts das Bedauern ausgedrückt, daß man in Deutschland diese Bücher und Symbole nicht mehr frei kaufen kann und man sieht es am Kaufverhalten der kurzhaarigen Kundschaft. Höhepunkt des Sonntags ist der Aufmarsch des flämischen Jugendbundes VJB und der WJ in HJ-Manier mit Trommeln und Fanfaren. Sämtliche Besucher klatschen Beifall. Vereinzelt wird der rechte Arm zum Gruß ausgestreckt. Aber nicht alle sind zufrieden. Der Marsch ist zu klein und zu wenig martialisch, monieren hauptsächlich die angetrunkenen Skinheads. Früher die SA wäre da schon besser gewesen, immerhin solle ein Marsch beeindrucken. Als dann auch noch ein asiatisch aussehender Fahnenträger im Block der Flamen gesehen wird, ist die Stimmung auf dem Nullpunkt.



Die flämische Wiking-Jugend marschiert; Foto: Spirou

Für die Deutschen ist Belgien eine Erholung, sind doch die heimischen Behörden sensibler geworden und verhindern vermehrt rechtsextreme Treffen und Aufmärsche in Deutschland. Doch hier können sich die Köpfe der verschiedenen Nazigruppen noch zum ungestörten Plausch treffen. Da sitzen **Friedhelm Busse**, Bundesvorsitzender der FAP und ehemaliges NPD-Mitglied, mit **Norbert Weidner**, Vorsitzender des Kreisverbandes der FAP, WJ-Mitglied und Anti-Antifa Aktivist aus Bonn, **Siegfried Borchard** (Spitzname: SS-Siggi), stellvertretender FAP Bundesvorsitzender und FAP Landesvorsitzender

Nordrhein-Westfalen, und **Falco Schüßler**, bayrischer FAP Kader und WJ-Mitglied, in fröhlicher Runde und planen die zukünftigen Aktionen der FAP. **Ilse-Carola Salm**, Ikone der Naziszene, Mitorganisatorin des Festivals, Verbindungsfrau der faschistischen SS und Schreiberin für verschiedene rechtsextreme Zeitungen ("Deutsche Stimme" der NPD und "Nation und Europa"), spricht angeregt mit dem Redakteur und Ideologen der neurechten Zeitung "Junge Freiheit", **Hans Ulrich Kopp**. Zu sehen ist **Christian Hehl**, Bodyguard von **Manfred Huck** und ANK-Mitglied, **Christian Sennlaub**, FAP-Kader und ehem. HNG-Schriftführer und **Dieter Rief-**



Ilse-Carola Salm und Hans-Ulrich Kopp; Foto: Impact

ling, genannt Miesling, Skinhead-Chef und ehem. Herausgeber des Szines "Der Aktivist". Skinheads prahlen mit ihren Verhaftungen am Hess-Marsch und man verabredet, sich zum Franco-Todestag in Madrid zu treffen. Die Distanzierungen der offiziellen Feier sind Kosmetik, getragen von der Angst vor schlechter Presse. Als ein Neonazi einen unliebsamen Fotografen innerhalb des Festivalgeländes niederschlägt und ihm den Presseausweis abnimmt, greift ein Ordner ein und moniert sich über die Gewalttätigkeit. Seinen Presseausweis erhält der Kollege nicht wieder. Auch als zwei niederländische Skinheads einen Zuschauer während des Aufmarsches mit den Rufen "Der ist von der Antifa." angreifen, werden die Ordner erst aktiv, als sie sehen das eine Kamera das Geschehen filmt. Verhaftet werden die beiden Skins von der umstehenden Polizei erst, als sie ein zweites Mal gegen den Zuschauer vorgehen. Wie sich Diksmuide entwickeln wird, hängt maßgeblich von den belgischen Behörden und der kritischen Öffentlichkeit ab. An einem rechten Wallfahrtsort von europaweiter Bedeutung hat bestimmt niemand Interesse. Außer den Faschisten, und die verplanen bereits jetzt die Zukunft dieses belgischen Ortes. Das Festival liegt zeitlich günstig nach dem deutschen Marsch für Rudolf Hess. Hier kann man sich dann die Wunden lecken und das nächste Jahr planen.

FAP-Düsseldorf betreibt das "Nationale Infotelefon Rheinland"

Mehrere Wochen wurde es bundesweit über die Infotelefone der Neofaschisten angekündigt und bejubelt: das "Nationale Infotelefon Rheinland". Am 13.Juni wurde dann das Geheimnis gelüftet und eine Düsseldorfer Telefonnummer präsentiert, die ab 14.6. erreichbar sein sollte. Die Rufnummer ist identisch mit der des Düsseldorfer Kreisverbandes der "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP). Eine erste Düsseldorfer "FAP-Kameradschaft" wurde 1987 gegründet. Zu den aktivsten Gruppen der FAP gehörte die Düsseldorfer "Kameradschaft" allerdings nicht. Sie trat lediglich im Herbst 1989 durch die Forderung nach Räumung von besetzten Häusern in der Kiefernstraße in die Öffentlichkeit.

Anfang der 90er Jahre betätigten sich die wenigen Aktiven in den Reihen der "Freien Wählergemeinschaft Düsseldorf" (FWG), die sich hervorragend dafür eignete, die militant neonazistische Szene neu zu organisieren. Die FWG wurde von ehemaligen "Republikanern" und Anhängern der "Deutschen Liga für Volk und Heimat" dominiert. Im März 1994 legten die beiden Stadtratsmitglieder der FWG, **Herbert Zaunbrecher** und **Petra Lauer**, ihre Mandate nieder und lösten die FWG damit faktisch auf.

Im Frühjahr 1993, als es zu ersten Zerfallserscheinungen sowie taktisch motivierten Abgrenzungsbeschlüssen in der FWG kam, wurde dieses Betätigungsfeld der Neonazis aufgegeben und der FAP-Kreisverband reaktiviert - nicht ohne eine Reihe von zumeist jüngeren Leuten aus dem FWG-Umfeld mit zu sich herüberzuziehen. Zur förmlichen Neugründung des Kreisverbandes kam es dann im Sommer 1993. In der Stadt wurden dann verstärkt FAP- und "Anti-Antifa"-Klebezettel verklebt, ab Anfang 1994 mit aufgestempelter Kontakttelefonnummer der FAP, und um Mitglieder geworben. Insbesondere bei der sogenannten "Frankenplatzgang" waren die Neonazis erfolgreich, einem losen Zusammenschluß von deutschen Jugendlichen, die wiederholt an Hakenkreuzschmierereien und Angriffen auf AntifaschistInnen und AusländerInnen beteiligt waren. Bei einer Razzia im August 1993 wurden 17 Wohnungen von Mitgliedern dieser Clique durchsucht und in einigen Wohnungen, neben zahlreichen Waffen, auch FAP-Propagandamaterial gefunden.

Udo Birr (rechts) beim Hess-Marsch 1993 in Fulda

Köpfe der Düsseldorfer FAP sind **Lars Stehr** und **Udo Birr** aus dem Stadtteil Hassels. Stehr war FAP-Kreisvorsitzender, bis er 1989 von den "Republikanern" als Kommunalwahlkandidat aufgestellt wurde. Nach der Spaltung der Düsseldorfer "Republikaner" zog es ihn zur FWG für die er als 1.Stellvertreter im Ausschuß für Wohnungswesen fungierte und gemeinsam mit **Stefan Rasche** einen "Jugendoppositionsstammtisch" organisierte. Rasche ist Bassist bei der Naziskin-Band Störkraft. Im Rahmen der von dem ehemaligen FWG-Fraktionsgeschäftsführer **Torsten Lemmer** betriebenen "Säuberungsaktion" in der FWG wurde Stehr dann offiziell aus dem Rennen genommen.

Die Wohnug von Udo Birr in Hassels dient der Düsseldorfer FAP als "Geschäftsstelle". Auch Birr betätigte sich trotz seiner FAP-Vergangenheit und seiner Kontakte zur "Nationalistischen Front" bei der FWG. Dort unterstützte er in erster Linie **Willi Schobert**, Mitglied des Ausschusses für Fremdenverkehr, Stadtwerbung und Kongreßwesen.

Um einem eventuellen Verbot der FAP zuvorzukommen sollen sich Stehr, Birr und weitere Düsseldorfer FAP'ler Ende Mai der NPD-Jugendorganisation "Junge Nationaldemokraten" (JN) angeschlossen haben. Bei der gängigen Praxis der Parteienverbote ist wohl davon auszugehen, daß es nach einem Verbot der FAP "plötzlich, unerwartet und ohne direkten Zusammenhang" einen Kreisverband der JN in Düsseldorf geben wird - wenn es ihn nicht schon längst gibt.

Quelle: TERZ, Stadtzeitung aus Düsseldorf

Sönke Braasch

"Aktion Sauberes Deutschland" weiter aktiv

Die Truppe des Neonazis Ernst Tag unterhält Kontakte zu FAP und NF

Seit März erscheint in Leinefelde das neonazistische Periodikum "Sonnenbanner". Herausgegeben wird das "Nationale Sozialistische Monatsblatt" von dem vorbestraften Auszubildenden Michael See (geb. am 04.05.1974). Anfänglich firmierte das "Sonnenbanner" als "Zentralorgan" der "Aktion Sauberes Deutschland" (ASD) Thüringen. Die 1986 von Ernst Tag ins Leben gerufene "Aktion Sauberes Deutschland" umfaßt nach Angaben des ersten "Sonnenbanner" derzeit Ortsgruppen in Leinefeld und Mühlhausen (Thüringen), Lörrach und Weil am Rhein (Baden-Württemberg) sowie Pirmasens (Rheinland-Pfalz).

Vor der Inhaftierung **Tags**, der ehemalige Chemielaborant saß vom 23.02.1989 bis zum 27.03.1992 in der hessischen Justizvollzugsanstalt Diez, sollen Ortsgruppen in Grenzach/Lörrach, Hannover, Husum, Kaiserslautern, Ludwigshafen, Otterberg, Solingen, Weil am Rhein und Worms existiert haben. Tag wurde am 31. März 1989 durch das Landgericht Gießen wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz, Hehlerei und Beihilfe zur schweren räuberischen Erpressung zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von 54 Monaten verurteilt. Leiter der ASD-Ortsgruppe Mühlhausen ist der vorbestrafte Neonazi **Michael Neubauer**, für die Lörracher Gruppe zeichnet der Student **Christoph Bauer** verantwortlich. Die Leinefeldener ASD-Ortsgruppe führt **Michael See**, Mitglied der von einem Verbot bedrohten "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP), an.

Kontakte unterhält Ernst Tag auch zu **Meinholf Schönborn**, dem ehemaligen Bundesvorsitzenden der verbotenen "Nationalistischen Front" (NF). Am 17. Februar dieses Jahres, so die Erstausgabe des "Sonnenbanner", fuhren beispielsweise die "Bezirksführer" des am 20. Juni 1987 von Ernst Tag gegründeten "Internationalen Hilfskomitee für nationale politische Verfolgte und deren Angehörige e.V." (IHV) nach Detmold-Pivitsheide. Zu den "Bezirksführern" des IHV gehört auch **Andreas Szalay** aus dem nordbadischen Ilvesheim. Szalay, Bezirksleiter für Baden-Württemberg, gehörte der NF an, ehe er zum IHV stieß. Bezirksleiter für Thüringen ist Michael See. Sowohl Michael See wie auch Michael Neubauer wurden im vergangenen Jahr selbst vom IHV betreut.

In der Nummer 2 des "Sonnenbanner" werden Leserbriefe von **Sigrun Freifrau von Schlichting**, **Thies Christophersen**, Altnazi und Revisionist, und **Karl Polacek**, ehemaliger Landesvorsitzender der niedersächsischen FAP, veröffentlicht. Bei den Anzeigen findet sich der "Braunauer Ausguck" von Karl Polacek, "Der Schulungsbrief" von Christoph Bauer, "Die Bauernschaft" von Thies Christophersen, das IHV und eine in Duisburg ansäßige Truppe namens "Heimatrecht". Die braune Kleinstorganisation "Heimatrecht", verantwortlich zeichnet ein **M. Eckertz**, verteilt in Duisburg seit Jahresfrist neben eigenen Materialien auch Aufkleber des IHV.

In der Mai-Ausgabe von "Der Schulungsbrief", dem "zentralen Schulungsblatt der ASD", berichtet Christoph Bauer von sexuellen Übergriffen im ehemaligen Bundeszentrum der verbotenen NF: "Ich habe mir lange überlegt, ob ich den Beitrag über das Haus Quellenstraße 20 in Detmold-Pivitsheide veröffentliche. Da ich nicht gern als Spalter bezeichnet werden will, aber die Vorkommnisse, die mir schriftlich und mündlich (per Telefon) mitgeteilt wurden, sind so entsetzlich, daß ich den Artikel nun doch in diese Ausgabe aufgenommen habe." Verantwortlich für diese Vorfälle seien, so "Der Schulungsbrief", **Stefan Pielert** und Meinolf Schönborn. Weiterhin sind in der Ausgabe 5/94 des "Schulungsbriefes" auch "einige Adressen der Antifa veröffentlicht, und ihr wißt ja, wie damit zu verfahren ist." In der Gefangenenliste ("Gefangene Kameradinnen und Kameraden, die sich über Briefkontakt freuen") finden sich **Erhard Kemper**, ehemaliger FAP-Landesvorsitzender von Nordrhein-Westfalen, **Josef Schwammberger**, früherer SS-Oberscharführer, und **Alexander Tieze**, ehemaliges Mitglied der "Taunusfront".

MELDUNGEN

Angeklagt

Gegen 16 Personen hat die Staatsanwaltschaft Koblenz Anklage wegen Fortführung der verbotenen "Deutschen Alternative" (DA) erhoben. Zu den Beschuldigten gehören die **Sascha Chaves-Ramos** (22), ehemaliger Betreiber des "Nationalen Infotelefons Mainz", der Bundesvorstand der im vergangenen Jahr aufgelösten "Aktionspartei Nationalrevolutionärer Kameraden" (ANK), **Michael Petri** (22) aus Mainz - er war zuvor DA-Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz - , **Manfred Huck** (30), Mannheim, **Christian Hehl** (28), Ludwigshafen, und **René Rodriguez Teufer**, Viernheim, **Andreas Orf**, Wiesbaden, Landesschatzmeister der "Deutschen Nationalisten" in Hessen, **Mike Ostwald**, Mainz, und **Reinhard Hofnagel**, Worms. Das Ehepaar **Curt** (63) und **Ursula** (60) **Müller** aus Mainz-Gonsenheim ist wegen Unterstützung der DA-Fortführung angeklagt. Auf dem Gelände der Gärtnerei fanden Mittwochs regelmäßig Kameradschaftsabende statt. Juristischen Beistand suchen die Müllers bei **Jürgen Rieger**, Hamburg.

Im vergangenen Jahr gab es im März und Juli zwei großangelegte Razzien in Rheinland-Pfalz, Hessen, Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bayern und Nordrhein-Westfalen. Die Ermittlungen gegen 63 weitere Neonazis wurden wegen nicht hinreichenden Verdachts eingestellt. Den Beschuldigten wird von der Koblenzer Staatsanwaltschaft vorgeworfen, die durch das Bundesinnenministerium am 8. Dezember 1992 verbotene "Deutsche Alternative" in der "Aktionsfront Nationaler Kameraden" bzw. "Aktionspartei Nationalrevolutionärer Kameraden" (ANK) und den "Deutschen Nationalisten" (DN) weitergeführt zu haben. Gegenwärtig existieren in fünf Bundesländern Landesverbände der "Deutschen Nationalisten". Die jüngste Gründung wurde in Berlin vollzogen. Landesvorsitzender in der Bundeshauptstadt ist **Carsten Engelhardt**, sein Stellvertreter **Thomas Richter** und Schatzmeister **Michael Gehler**. Thomas Richter wohnte zeitweilig in Detmold-Pivitsheide bei **Meinolf Schönborn**, dem ehemaligen Bundesvorsitzenden der verbotenen "Nationalistischen Front". In dieser Zeit zeichnete Richter verantwortlich für das Skinzine "Der Bunker", von dem drei Ausgaben erschienen sind. Zuletzt in der beachtlichen Auflage von 2.000 Exemplaren. Den Bundesvorstand der am 21. Juli 1993 gegründeten DN bilden die drei Mainzer Neonazis **Michael Petri**, **Ilias Casteas** als Stellvertreter und Schatzmeister **Dirk Poser**.

Nazi-Treffen in Worms

Am 17. Juli fand im rheinhessischen Worms ein Treffen von rund 150 Neonazis statt. Anlaß war ein vom ehemaligen NPD-Funktionär **Rüdiger Werner** organisiertes Konzert von **Frank Rennicke**. Unter den Anwesenden waren **Michael Petri**, Bundesvorsitzender der "Deutschen Nationalisten", und **Christian Hehl**, ehemaliges Vorstandsmitglied der "Aktionspartei Nationalrevolutionärer Kameraden". Im vergangenen Jahr führten Rechtsextreme ein "Nationales Sommernachtsfest" mit Frank Rennicke auf dem Weingut des einstigen Wormser NPD-Kreisvorsitzenden **Wilfried Finger** in Worms-Pfeddersheim durch.

Raimund Hethey

„Da hatte er beim Verein noch nicht verschissen."

Zu den Ermittlungen gegen Göttinger AntifaschistInnen.

Die staatlichen Repressionen gegen AntifaschistInnen aus Niedersachsen sind eine Runde weiter. Nach Konstrukten, die mehr oder weniger geschickt über Printmedien in die Öffentlichkeit lanciert wurden und nach der großangelegten Razzia bei 17 Personen, dem ASTA der Georg-August-Universität, dem Buchladen Rote Straße und die Druckereien „Aktiv-Druck" und "Blackbit" am 5. Juli 1994 wurden inzwischen die mitgenommenen Gegenstände und Unterlagen gesichtet.

Gemäß Strafprozeßordnung (§110) haben Beschuldigte die Möglichkeit, bei der Sichtung anwesend zu sein. Die Teilnahme an diesem Termin ist zu empfehlen, damit in einem etwaigen Gerichtsverfahren nicht plötzlich völlig unbekannte Gegenstände auftauchen. Während des „Sichtungs-Termins" entscheidet die Staatsanwaltschaft mit Hinzuziehung von Experten darüber, was zu beschlagnahmen sei und was freizugeben ist.

Beschuldigte dürfen eine Person ihres Vertrauens mitnehmen. Zusammen mit einem ermittelnden Beamten des LKA, dem in der SoKo 606 arbeitenden Kriminalhauptkommissar Armin Krokowski, geht Oberstaatsanwalt Pfleiderer Aktenordner, Stehordner, Fotos, Kontoauszüge, Taschenkalender usw. durch. Unter dem Gesichtspunkt relevante Beweise für die Behauptung „er habe eine kriminelle Vereinigung" ausgemacht und die Beschuldigten seien Mitglieder dieser kriminellen Bande, arbeiten die beiden staatlichen Ermittler fieberhaft. Grundlage ihrer Tätigkeit bilden vordergründig Anzeigen von Neo-Faschisten und Hotelbesitzern, die sich genötigt fühlten, weil AntifaschistInnen gegen öffentliche Versammlungen protestiert hatten. Da es um das Thema „Neo-Faschismus" geht, müssen Oberstaatsanwalt und LKA-ler bei der Durchsicht der Materialien (meistens längst veröffentlichte Broschüren, regelmäßig erscheinende Antifa-Zeitschriften und Artikel aus der Tagespresse) beweisen, daß sie sich auch mit Neo-Faschisten auskennen. Dienstbeflissen weist der OStA mit dem Zeigefinger auf ein Foto in einer Antifa-Broschüre. „Das ist doch dieser Verrückte aus Thüringen. Der war früher in der SED". „Sie meinen, **Thomas Dienel** oder?" „Ja, Dienel, antwortete der OStA und korrigiert sich, " Ach ne, das ist ja Schiri." Auf dem Foto ist tatsächlich der in Rußland agitierende Faschist **Schirinowski** abgebildet. Etwas tiefer gehen die Kenntnisse des Staatsbeamten, der im blauen Polohemd wie auf Urlaub-Trip wirkt, im Fall des Hamburgers **Christian Worch**: „Der Worch ist ein ganz schlimmer. Vom dem werden wir noch viel hören." Der neben ihm sitzende Mann vom LKA, Mitglied des Sonderkommandos 606, nickt zustimmend. Manchmal ist sein Wissen weitreichender. Als der Oberstaatsanwalt wissen will, wer denn der **„Homeister"** sei, antwortet Krokowski zügig: „Der ist auch ein bißchen rechts." Das darf nicht so durchgehen. Beide bekommen gesagt, daß Homeister Faschisten-Söldner in Kroatien war und seine Kameraden mit Messer-Spielen traktierte, wobei schon mal ein Bauch aufgeschlitzt wurde. Der Oberstaatsanwalt quittiert die empörte Information mit dem dienstlichen Befehl: „Dann bringen Sie den Mann hierher!" „Der sitzt schon, Herr Staatsanwalt", lautet die Antwort. „Oberstaatsanwalt ist der korrektere Titel." „Ach ja, Sie waren ja unter Ernst Albrecht schon aktiv." „Da war ich in der Abteilung 'Drogen'!" Spricht's und vertieft sich in die nächste Akte. Im Schnellgang werden komplizierte Sachverhalte aus antifaschistischen Broschüren im Querleseverfahren überflogen. Alles handschriftlich notierte läßt den Oberstaatsanwalt anhalten und großzügig beschlagnahmen.

Mit Mutmaßungen und vermeintlichen Kenntnissen über die Antifa (M) ist der eifrige und aufstiegswillige LKA-ler bei der Sache. Kaum eine Antifa-Aktion, an der er nicht seine Nase hatte. Bei der Aktion durfte er noch mitmachen, weist er auf Quittungen von Kopien hin. „Ja, da hatte er noch nicht bei dem Verein verschissen", brummelt der OStA. Er denkt an den "Verein zur Förderung antifaschistischer Kultur e.V." Daß die Organisation interne Konflikte hat und mit Dreckkübeln nach einem Antifaschisten warf, das haben beide genüßlich zur Kenntnis genommen. Natürlich ist ihr Wissen stümperhaft, aber verbeamtete Phantasien haben nur in der persönlichen Karriere begründete Grenzen. Daß da ein LKA-internes Schreiben irgendwann auf dem Frühstücksbuffet der Antifa(M) gelandet ist, deutet auf hausinterne Schwierigkeiten, auf Intrigen hin. Das kennt man schon vom BKA nach der Staatsaffäre von Bad Kleinen. Allerdings liegt hier nur die Provinzposse zugrunde, die die polizeiliche Zusammenarbeit mit dem Neo-Faschisten **Hans-Michael Fiedler** aus Adelebsen ins rechte Licht rückte. Mit weit ausholender Armbewegung weist der Oberstaatsanwalt den Vorwurf zurück, die Justiz sei auf einem Auge blind. „Wir haben doch nichts gegen Ihren Antifaschismus." Wirklich nicht?

Die Razzia-Funde sagen natürlich etwas über „Strukturen", zwischenmenschliche Kontakte aus. AntifaschistInnen geben eine Zeitung, Flugblätter usw. heraus und die werden auch noch gelesen. Das Autor-Leser (Rezipienten)-Verhältnis ist hergestellt. Klar, daß die M und auch andere gegen heilige Kühe der Konspiration verstoßen haben; denn die M arbeitet öffentlich. Schon deshalb mußte der Oberstaatsanwalt fündig werden. Entscheidend ist die Bewertung der Dinge und die sagt immer etwas über die politische Kultur und das gesellschaftliche Bewußtsein aus. Demnach sind Faschisten verrückt oder nur ein bißchen rechts, Antifaschisten hingegen kriminelle Verschwörer, selbst wenn sie als Studenten oder Journalisten ihrer Tätigkeit nachgehen.

So schien die Sonne nur außerhalb der LKA-Zentrale und wenn Antifaschisten dort zur Toilette wollen, dann klebt ihnen der Schatten eines Schnüfflers an den Fersen: „Wir wollen nicht, daß hier Fremde im Gebäude frei herumlaufen."

Die Gruppe Autonome Antifa (M) ruft zu Spendensammlungen auf, um der Kriminalisierung entgegenzutreten. Solidarität braucht Geld!

Spenden bitte unter Stichwort "Solidarität" auf das Konto 130 350 300 bei der Volksbank Göttingen, BLZ 260 900 50.

Reisebeschränkung für Neonazi

Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg entschied in einem am 19.Juli veröffentlichten Beschluß (Az.: 1 S 667/94), wer im Ausland rechtsextremistische Propaganda verbreitet, muß mit Reisebeschränkungen rechnen. In den Reisepaß des Neonazis **Gunter Boschütz** (24) wurde auf Anweisung des baden-württembergischen Innenministeriums durch die südbadische Gemeinde Königsfeld der Vermerk gestempelt: "Gilt nicht für die Ausreise nach Polen." Boschütz war 1992 zusammen mit zwei weiteren Mitgliedern der inzwischen verbotenen neonazistischen "Nationalen Offensive" (NO) aus Polen ausgewiesen worden, nachdem er versucht hatte, gegen die deutsch-polnische Grenze zu agitieren. In der Ortschaft Dziewkowice (Frauenfeld) kauften die drei Neonazis ein Haus. Von dort aus versuchten sie mit Hilfe massiver Propaganda, die deutschstämmige Minderheit gegen den polnischen Staat aufzuwiegeln. Am 9. September 1992 wurde Boschütz von den polnischen Behörden ausgewiesen.

Boschütz begann sein politisches Engagement 1986 bei der NPD und den "Jungen Nationaldemokraten". 1991 war der 24jährige Student Boschütz Mitbegründer des "Bund Reichstreuer Jugend" bzw. der "Deutschen Reichsjugend". Am 25. November 1993 wurde Boschütz zusammen mit **Stefan Jahnel** vom Amtsgericht Konstanz wegen der Billigung von Straftaten zu einer sechsmonatigen Haftstrafe ohne Bewährung verurteilt. Bei einer nicht genehmigten Demonstration der NO unter dem Motto "Scheinasylanten raus" am 5. September 1992 sollen Boschütz und Jahnel (24) die Ausschreitungen gegen Asylbewerber in Rostock für gut befunden haben. Damit hätten Boschütz, baden-württembergischer Landtagskandidat der NO am 5. April 1992, und Jahnel, ehemaliger Schatzmeister der NO, schwere Brandstiftung und schweren Landfriedensbruch gebilligt.

Treffen der Ritterkreuz-Träger

Vom 3. bis 5.November findet das 40.Bundestreffen und die Jahreshauptversammlung der noch rund 900 Mitglieder umfassenden "Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger e.V." (OdR) am Gründungsort in Köln-Wahn statt. Dort wurde am 24.September 1955 Generaloberst a.D. **Alfred Keller**, der 1974 in Berlin verstarb, zum Vorsitzenden der Gemeinschaft gewählt. Der ursprünglich geplante Veranstaltungsort für die Feierlichkeiten in diesem Jahr, Potsdam, wurde aufgegeben, da "dort die örtlichen Verhältnisse recht unübersichtlich geworden" seien und man "eine Herausforderung parteipolitischer Akteure an deren Stammsitz" vermeiden wolle - so das OdR-Mitteilungsgemeinschaft v. Juni 1994. Auch in diesem Jahr wird sich die Bundeswehr, in deren Reihen 681 Ritterkreuzträger als Berufssoldaten oder Reservisten "gedient" haben, wieder an den Feierlichkeiten der ewiggestrigen Ritterkreuzträger beteiligen. In der DDR gehörten vier Ritterkreuzträger der Nationalen Volksarmee als Berufsoffiziere an (Wilhelm Adam, Walter Lehweß-Litzmann, Paul Markgraf und Vincenz Müller). Die OdR hat in Ostdeutschland zwischenzeitlich 38 Mitglieder.


Christian Scholz

Ritterkreuzträger Erwin Schütz gestorben

Erwin Schütz, Mitglied der „Deutschen Volksunion" und der „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger des Eisernen Kreuzes" (OdR), starb am 13. August 1994 in Münster. Schütz (geb. am 29.01.1913) war bei seiner Pensionierung 1978 Senatspräsident am Oberverwaltungsgericht Münster und „wirkte über viele Jahre als juristischer Berater von Dr. **Frey** und der DVU." Weiter heißt es in der „Deutschen National-Zeitung" vom 26. August über Schütz: „Aus der Feder von Erwin Schütz stammen zahlreiche Beiträge, die in der Deutschen National-Zeitung und der Deutschen Wochen-Zeitung veröffentlicht wurden." Damit steht Schütz in einer Reihe mit dem am 10. September 1993 verstorbenen Professor **Theodor Maunz**, Dr. **Alfred Seidl**, **Reinhard Gehlen** und anderen, die für den rechtsextremen Verleger und DVU-Vorsitzenden Dr. Gerhard Frey tätig waren. Schütz wirkte außerdem im Bereich der Vertriebenen als 1. Vorsitzender der „Landsmannschaft Schlesien", Kreisgruppe Münster-Stadt sowie als Mitbegründer und 1. Vorsitzender der „Vereinigung der durch den Grenzvertrag vom 14. November 1990 Geschädigten" (VGG).

Bundesanwaltschaft ermittelt gegen HNG-Schriftleiter

Seit nunmehr einem Jahr ermittelt die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe gegen zwei Neonazis, die bislang eher im Hintergrund eine Rolle spielten. Es handelt sich dabei um **Christian Scholz** und **Henry Fiebig**. Aufmerksam wurde die Bundesanwaltschaft auf die beiden durch das Druckwerk "Eine Bewegung in Waffen", das in Papierform bzw. als Diskette in Neonazikreisen kursiert. Bis zum heutigen Tage tauchen Beiträge daraus im "NS-Kampfruf" der NSDAP-AO auf, der von den USA aus in Europa verbreitet wird.

In "Eine Bewegung in Waffen" werden genaue Handlungsanweisungen zum Töten verbreitet, der Bau von Spreng- und Brandsätzen wird erläutert, das Leben in der Illegalität beschrieben, Politiker-Attentate beschworen und der Mord an dem Treuhand-Chef Rohwedder als vorbildlich deklariert.

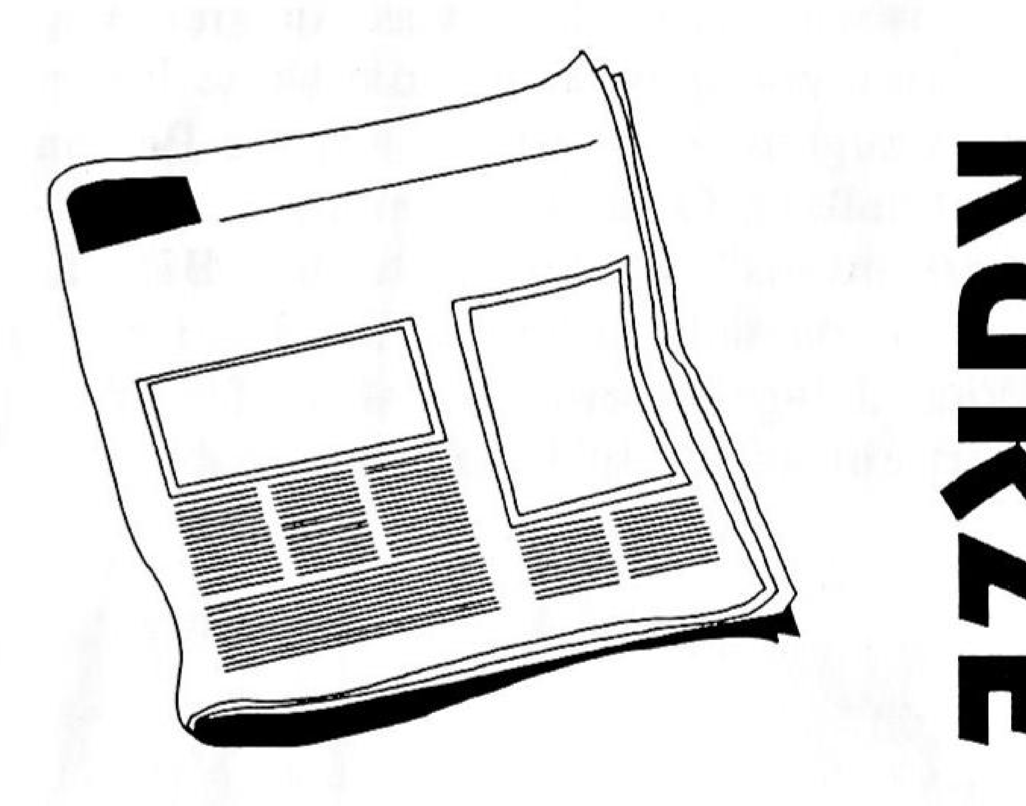
All dies hat Karlsruhe dazu bewogen, wegen versuchter Gründung einer terroristschen Vereinigung ein Ermittlungsverfahren einzuleiten.

Henry Fiebig ist keine gänzlich unbekannte Größe. Er war bis Dezember 1992 Kader der verbotenen "Nationalen Offensive", einer Abspaltung der "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP), die sich der von Michael Kühnen initiierten "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF) angenähert hatte. Er wohnte zusammen mit Scholz in Hamburg, mit dem er schon 1989 nach einem versuchten "Sturmangriff" der FAP auf das als Zentrum von Autonomen geltenden Jugendzentrum Innenstadt (JUZI) in Göttingen festgenommen wurde. Fiebig hatte in der Nähe des Hamburger Autonomen-Treffs "Rote Flora" ein Appartement gemietet. Lange Zeit blieb seine Anwesenheit dort nicht unbemerkt. Als vor seiner Wohnung im Juni 1993 eine Demonstration stattfand, feuerte er mit Signalmunition in die Menge. Bei einer anschließenden Hausdurchsuchung durch die Polizei wurde Propagandamaterial sowie eine weitere Waffe gefunden.

Scholz, aus Münster kommend, hielt sich Mitte der 80er Jahre in Hannover auf und war Aktivist des dortigen Kreisverbandes der FAP. Er gilt heute als Vertrauter des Kühnen-Nachfolgers **Christian Worch** (GdNF/Nationale Liste, Hamburg). Daß er in den 80ern nicht nur ein "Mitläufer" war, belegt die Tatsache, daß er für mehrere FAP-Periodika als Verantwortlicher im Sinne des Presserechts fungierte, so u.a. für eine FAP- "Soldatenzeitung". Er war enger Mitarbeiter des verstorbenen früheren niedersächsischen Landesvorsitzenden der FAP, **Volker Heidel**, dessen Andenken "Eine Bewegung in Waffen" gewidmet ist. 1991 beteiligte er sich an der Gründung der "Nationalen Offensive". Seit längerer Zeit hat Scholz die Funktion der Schriftleitung der "Nachrichten der HNG" (Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene) inne.

Fiebig und Scholz befinden sich auf freiem Fuß, nach Auskunft der Bundesanwaltschaft residieren sie aber nicht mehr in Hamburg.

RECHTS IN KÜRZE

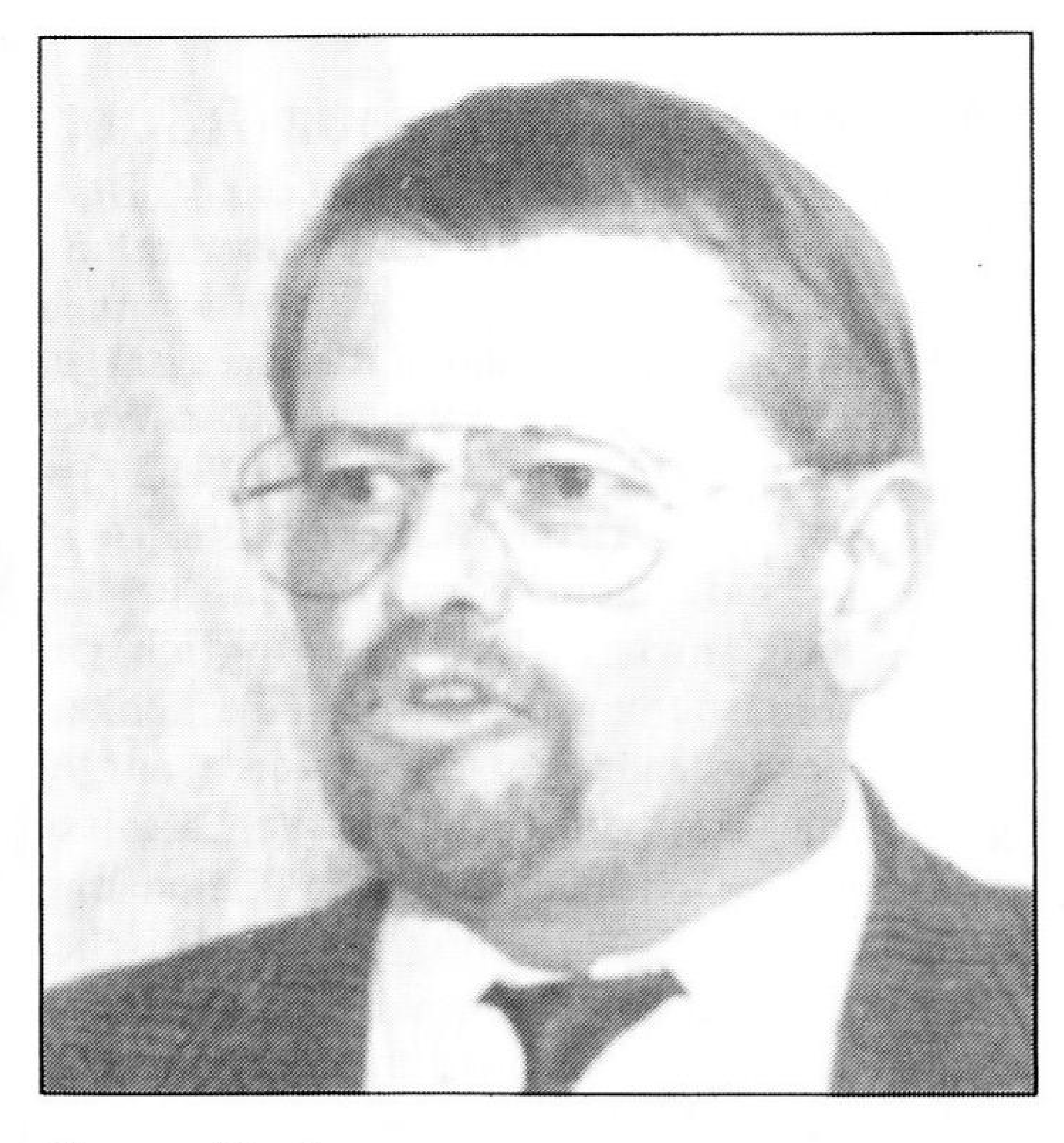


Susanne Wolf

Günter Deckert

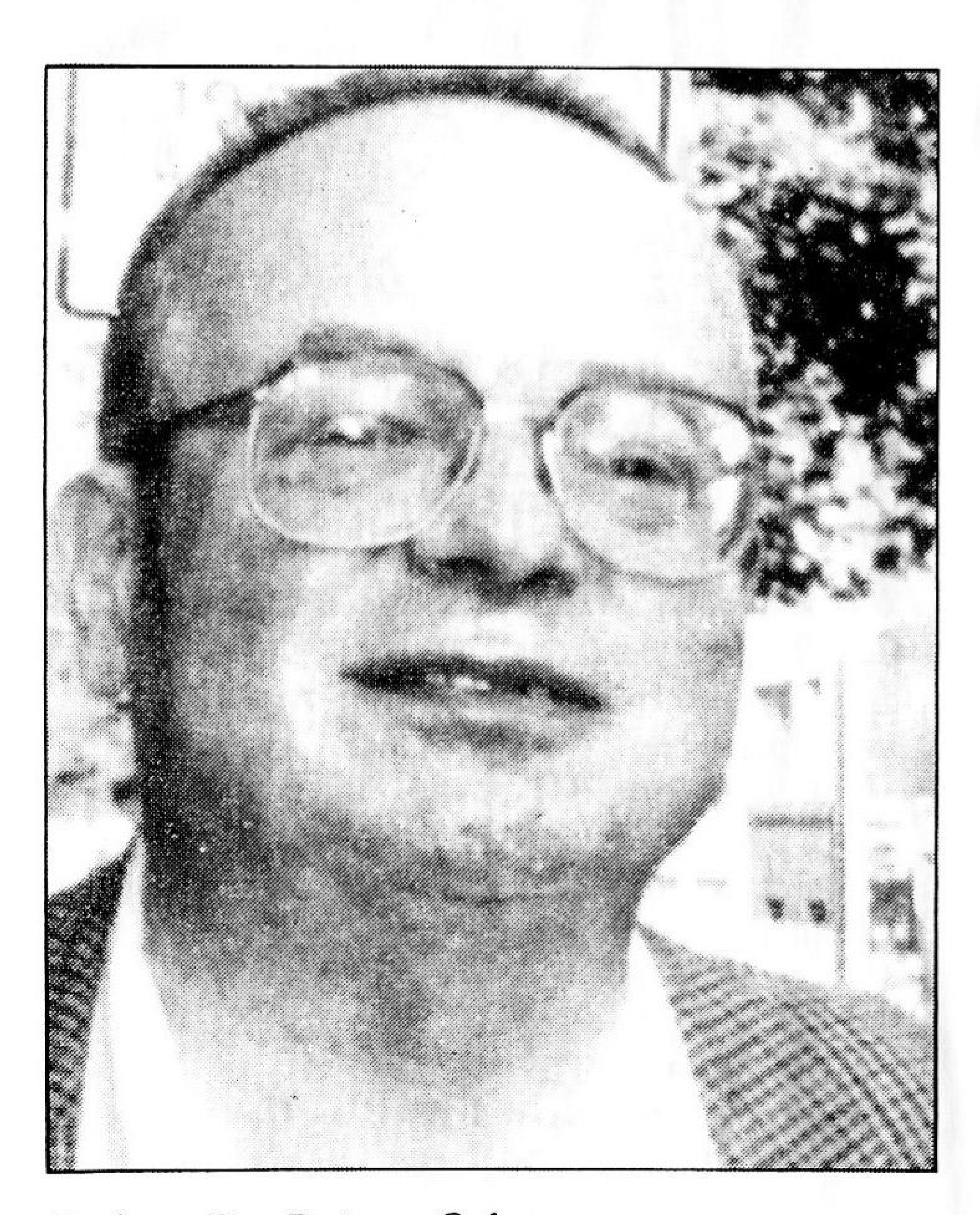
Eine „charakterstarke, verantwortungsbewußte Persönlichkeit mit klaren Grundsätzen"?

So fand sich der seit 1991 amtierende NPD-Chef Günter Anton Deckert in der schriftlichen Urteilsbegründung des Mannheimer Landgerichts charakterisiert. Am 22. Juni dieses Jahres verurteilte die 6. Strafkammer des Mannheimer Landgerichts Deckert in einem Revisionsverfahren wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu einer einjährigen Haftstrafe auf Bewährung und einer Geldstrafe in Höhe von 10.000,- DM.



Günter Deckert

Richter Dr. **Rainer Orlet**, Berichterstatter der 6. Großen Strafkammer am Mannheimer Landgericht und Verfasser der schriftlichen Urteilsbegründung gegen **Günter Deckert**, hielt sich in der Öffentlichkeit mit Erklärungen zurück. Erst spät äußerte sich Orlet beispielsweise gegenüber der Mannheimer Lokalzeitung, dem „Mannheimer Morgen". Orlet bestritt in dem Gespräch mit dem „Mannheimer Morgen", antisemitisches Gedankengut zu vertreten, um ebendies zu bestätigen: „Ich wüßte nicht, mit welchem Satz ich die jüdischen Mitbürger gekränkt haben soll". Der Antisemitismus des furchtbaren Juristen Orlet geht weiter. „Die älteren jüdischen Mitbürger haben noch erlebt, was Ausgrenzung und Verteufelung bedeutet, die heute Herrn Deckert zugedacht werden." Für die Person Deckert äußerte Orlet wiederholt ein „gewisses Verständnis". In der politischen Biographie Deckerts sieht Orlet Parallelen zur eigenen Vita. „Ich gebe gerne zu, daß ich für Herrn Deckert ein gewisses Verständnis habe und



Richter Dr. Rainer Orlet

auch in der Verhandlung hatte, weil wir Träger eines gemeinsamen Generationenschicksals sind." Deckert verließ 1964 die Jungdemokraten, bis Anfang der 80er Jahre FDP-Nachwuchsorganisation, aus Protest gegen deren Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Orlet trat, so der „Mannheimer Morgen", 1959 wegen des „Antikommunismus'" der CDU Konrad Adenauers bei. Er gab seine CDU-Mitgliedschaft auf, als die Union 1972 die Ostverträge der damaligen Bundesregierung Brandt-Scheel im Bundestag passieren ließ. Als rechtskonservativ charakterisierte der „Mannheimer Morgen" den politischen Standort des „National-Zeitung"-Lesers Orlet. Schon zu seiner Zeit am Heidelberger Amtsgericht bis 1974 sei Orlet, so die Heidelberger „Rhein-Neckar-Zeitung", als Leser der „Deutschen National-Zeitung" (DNZ) aufgefallen. An einer Heidelberger Haltestelle der Straßenbahn soll Orlet beim Warten „öfters die 'Deutsche Nationalzeitung' gelesen haben". Laut „Mannheimer Morgen" hielt Orlet die Berichterstattung der DNZ - „Deckert: Verbrecher oder Ehrenmann?" lautete beispielsweise der Aufmacher der Ausgabe vom 19. August - zum Prozeß gegen den NPD-Bundesvorsitzenden Günter Deckert „für sehr ausführlich und korrekt". Obzwar sowohl Deckert wie auch Orlet Anfang der 60er Jahre an der 1386 gegründeten Heidelberger Universität studierten, sei Deckert dem Juristen Orlet das erste Mal vor Gericht begegnet, und zwar „höflich". Orlet hatte in Heidelberg unter den Aktivisten der APO den Ruf eines reaktionären Richters. „Der promovierte Jurist präsentierte sich als unbarmherziger Gegner der APO mit einer Vorliebe für satte Ordnungsstrafen" wußte die „Rhein-Neckar-Zeitung" über die Heidelberger Zeit des „Blutrichter Orlet", wie damals Parolen an Häuserwände in Heidelberg verkündeten.

Die „Versetzung" des Vorsitzenden Richters Dr. Wolfgang Müller, nach Eigenangaben seit über 25 Jahren Mitglied der SPD, und Rainer Orlets in den dreimonatigen dauernden Krankenstand wurde in Justizkreisen als einzig gangbarer, wenn auch problematischer Weg, die beiden so sehr unter Kritik geratenen Richter vorläufig aus dem Verkehr zu ziehen, begriffen. Von dem Präsidiumsbeschluß des Mannheimer Landgerichts unberührt blieb die beisitzende Richterin Elke Folkerts. Rainer Voss, Vorsitzender des Deutschen Richterbundes, äußerte sich über den Beschluß des Präsidiums zustimmend gegenüber der taz: „Der Beschluß des Präsidiums ist in Ordnung. Beide Richter sind in ihrer Kammer geblieben, und damit hat das Präsidium das einzig Mögliche getan, nämlich die Verhinderung wegen Krankheit festgestellt und eine Vertretung bestellt." Unter dem Strich blieb für Voss festzuhalten, daß „es die beste der schlechten Lösungen war."

In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" wurde Voss zur Urteilsbegründung mit den Worten zitiert: „Mannheimer Urteil ist ein Einzelfall übelster Nazipropaganda". Ansonsten tat sich die FAZ in der Diskussion um das Mannheimer Urteil vornehmlich negativ hervor. Stellvertretend sei aus dem „Brief an den Herausgeber" von Manfred Brunner, Bundesvorsitzender des gescheiterten „Bund freier Bürger", zitiert: „Es ist eben mit den Grundsätzen einer freiheitlichen Gesellschaft nicht vereinbar, Meinungen über historische Ereignisse unter Strafe zu stellen." Revisionismus, das strategische Projekt der NS-Apologeten, hat mit der Forderung nach einem herrschaftsfreiem Diskurs nichts zu tun. Und den schwarz-braunen Berliner Emeritus **Ernst Nolte** als Zeugen wider den Revisionismus anzuführen muß als Perfidie der FAZ-Autors Patrick Bahners gelten: „Der vielgeschmähte Ernst Nolte hat die Thesen der Revisionisten mit der ihm eigenen Gründlichkeit widerlegt."

Deckert nutzte die unerwartete Popularität der letzten Wochen für sich und seine Partei. Bei einer Pressekonferenz in einem Stuttgarter Hotel Mitte August verlangte der geschäftstüchtige Deckert Geld für Photoaufnahmen. Es war die Rede von 250,- DM für Bilder vom Konterfei des NPD-Bundesvorsitzenden. Die 67 Seiten umfassende schriftliche Urteilsbegründung der 6. Strafkammer des Mannheimer Landgerichts konnte für 25,- DM bei Deckert bestellt werden.

Vor zwei Jahren veräußerte Deckert verbotenerweise die Anklageschrift der Mannheimer Staatsanwaltschaft vom 17. März 1992. In einem Verfahren vor dem Weinheimer Amtsgericht wurde Deckert jedoch am 20. Dezember des vergangenen Jahres aufgrund eines von ihm reklamierten Verbotsirrtums freigesprochen. Als Entlastungszeuge stand Deckert sein Rechtsanwalt Ludwig Bock zur Verfügung. Bock, ehemaliger NPD-Bundestagskandidat und bekannter Strafverteidiger von alten und neuen Nazis, Südtirolterroristen sowie Funktionären der NPD und DVU, wollte auch nicht gewußt haben, daß das Veräußern einer Anklageschrift nicht den geltenden Gesetzen entsprach. In der Juli/August-Ausgabe von „Nation & Europa" in-

serierte Deckert eine Dokumentation „Der Deckert-Leuchter-Prozeß". Darin enthalten: der „Weinheimer Leuchter-Vortrag in Englisch und Deutsch, die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Mannheim, das Urteil des Landgerichts Mannheim, das BGH-Urteil, das zweite Urteil des Landgerichts, die Revisionsbegründung." Zu beziehen war die Dokumentation zum Subskriptionspreis von 38,- DM beim „Buchdienst Nation Europa" in Coburg.

Der Karlsruher Bundesgerichtshof wird, mutmaßlich im nächsten Jahr, über die Revisionsanträge von Verteidigung und Staatsanwaltschaft entscheiden. Es ist davon auszugehen, daß das Urteil der 6. Strafkammer des Landgerichts Mannheim aufgehoben werden wird. Die dann fällige zweite Revisionsverhandlung braucht nicht am Mannheimer Landgericht durchgeführt zu werden. Denkbar ist auch eine Verweisung an ein anderes Landgericht in Baden-Württemberg, beispielsweise in Karlsruhe.

Anmerkung zu den Ostverträgen. Am 17. Mai 1972 verabschiedete der 6. Deutsche Bundestag das Ratifizierungsgesetz zu den Verträgen mit Moskau und Warschau. Der Moskauer Vertrag wird mit zehn Gegenstimmen bei 238 Enthaltungen, der Warschauer Vertrag mit siebzehn Gegenstimmen bei 231 Enthaltungen ratifiziert.

Hinweis: Das Antifaschistische Aktionsbündnis Weinheim hat eine Broschüre „Günter Deckert - Biedermann und geistiger Brandstifter" herausgegeben. Die vierzigseitige Dokumentation umfaßt eine Vielzahl von Materialien von und über den NPD-Bundesvorsitzenden Günter Deckert. Die empfehlenswerte Broschüre kostet 3,- DM zuzüglich 3,- DM Versandkosten pro Bestellung und ist erhältlich über: Pumuckl, Stichwort Das Rechte Netz, L 14, 6 in 68161 Mannheim. Geliefert wird ausschließlich gegen Vorkasse.

Rechte Vertriebsstruktur

Videos wie "UFO-Geheimnisse des Dritten Reichs", "Deutsche Kriegswochenschauen", "Kampf und Untergang der Kriegsmarine" sowie Bücher wie "Heinrich Himmlers Burg", Tatsachenberichte aus dem Kampffliegerleben des rechtsextremen Rechtsanwaltes **Hajo Herrmann** sowie biographisches vom SS-Recken **Otto Skorzeny** liefert der im hessischen Schlüchtern ansässige MTM-Vertrieb ("Medien-Marketing-Team").

In einem Begleitschreiben (Sommer 1994) zu den mehrfarbigen Prospekten des MTM-Vertriebs, für die u.a. in CRITICON und der Bildzeitung geworben wird, schreibt **Martina Waßmuth** von der Geschäftsleitung: "Häufig hören wir von Kunden, daß ihr Interesse an zeitgeschichtlichen Themen falsch verstanden, ja sogar als politisch tendenziös ausgelegt wird. ... Dies wollen wir zum Anlaß nehmen, Ihnen zu versichern, daß Ihre persönlichen Daten bei uns völlig sicher sind, daß wir weder Anschriften vermieten, verkaufen noch sonst jemanden zugänglich machen. Für uns sind Sie einfach Menschen, die mit wachen Augen durchs Leben gehen, geistig aufgeschlossen und vielseitig interessiert sind. Sonst würden Sie ja nicht zu unserem immer größer werdenden Kundenkreis gehören."

Thomas Klaus

Krumme Touren

Enge Rechts-Kontakte eines „Antifaschisten"

Ein österreichischer Politologe auf Abwegen sorgt unter den Rechtsextremismus-Gegnern in Deutschland und der benachbarten Alpen-Republik für Zündstoff. Einer der Ihren, Dr. Andreas Maislinger, hat enge Kontakte jenseits der Barrikaden und steht dafür symbolisch am Pranger. Dr. Wolfgang Neugebauer, wissenschaftlicher Leiter des - von der Regierung mitgetragenen - Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW), sieht bereits die „Grenze der Zumutbarkeit erreicht". Er kündigte die politische und persönliche Freundschaft mit Maislinger auf.

Lange Zeit war der Standpunkt von Dr. **Andreas Maislinger** glasklar. Der Politikwissenschaftler an der Universität Innsbruck brachte 1991 die ersten deutschsprachigen Seminare in der israelischen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem auf den Weg. Noch heute führt er das „Projekt Gedenkdienst", das von der Jüdischen Kultusgemeinde in Wien unterstützt wird. Maislinger war es auch, der die jüngste Novelle des österreichischen Zivildienstgesetzes initiiert hatte. Durch sie wurde es möglich, den Zivildienst ersatzweise auch im Ausland abzuleisten - etwa in Yad Vashem. Doch seit einiger Zeit verwirrt Maislinger seine langjährigen Weggenossen.

„Damit das neue Denken sichtbar wird"...

Am 23. März 1994 mischte Maislinger als Referent bei einer Tagung des Freiheitlichen Bildungswerkes (FBW) mit. Leiter dieser Polit-Akademie der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) ist der Jörg-Haider-Intimus und Bundesrat **Andreas Mölzer**. Dem bescheinigte das Landgericht Wien im Februar 1992, er betreibe „kaum verhüllte Anschlußpropaganda". Und Hans Henning Schorsach, außenpolitischer Ressortchef des Wiener „Kurier", lastete Mölzer in einem Buch an, daß er „keinerlei Berührungsängste gegen Alt- und Neonazis" kenne. Auf der FBW-Veranstaltung (Moderation: Andreas Mölzer) trommelte Maislinger gegen den Spielberg-Film „Schindlers Liste" und für gemeinsame Anstrengungen, „damit das neue Denken in der FPÖ deutlich sichtbar wird".

Wenige Monate zuvor trat er bei einer Diskussionsrunde der FPÖ-nahen Österreichischen Landsmannschaft auf, die vom DÖW als „eine der wichtigsten Organisationen des hiesigen Rechtsextremismus" gebrandmarkt wird. In seinem Statement am 11. November 1993 betonte Maislinger mehrere Male, „Deutscher zu sein" und warnte vor den Risiken einer „Multi-Kulti-Gesellschaft". Und er pries seine langjährige Verbundenheit mit dem Landsmannschafts-Funktionär **Helmut Müller**. Nach den Recherchen des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes ist Müller einer der „führenden österreichischen Rechtsextremisten". Vom Chef der ultrarechten Splittergruppe „Volkskampf" und Herausgeber der Zeitschrift „Der Nationalrevolutionär" (unter den Autoren: Dr. Andreas Maislinger) stieg er zum Vorstandsmitglied der Österreichischen Landsmannschaft und Schriftleiter ihres Organs „Eckartbote" auf.

Schreiben für die „Latinum-Nazis"

Neben seinen Redebeiträgen griff Maislinger in jüngster Zeit anscheinend immer wieder für einschlägige Auftraggeber zur Feder. Beispielsweise schrieb er im April 1994 einen Kommentar für das Sprachrohr der „Neuen Rechten" im deutschsprachigen Raum, für die „Junge Freiheit" (JF). Das Journalisten-Fachblatt „Medium-Magazin" beschreibt den Anspruch der JF als den einer „APO von rechts", als „Sammelbecken für alle, die das politische System der Bundesrepublik von der rechten Ecke aus bekämpfen". Für die „Österreich"-Rubrik, in der der Maislinger-Text abgedruckt wurde, zeichnet **Jürgen Hatzenbichler** verantwortlich. Mitte der achtziger Jahre hatte er sich als „Stellvertretender Führer Kärnten" der wegen NS-Wiederbetätigung verbotenen „Nationalen Front" einen Namen gemacht. Er nahm an Wehrsportübungen teil und hortete Waffen. Später wurde Hatzenbichler von **Jörg Haider** als Redakteur zum FPÖ-Parteiblatt „Kärntner Nachrichten" gerufen.

Andreas Maislinger - durch die Veröffentlichung in der „Jungen Freiheit" unter besonders heftigen Beschuß geraten - gibt vor, der Beitrag sei ohne sein Zutun in das „Leib- und Magenblatt für den aufstrebenden Jungnazi mit Latinum" (so die Links-Postille „Konkret") gerutscht. „Da es mir um die Verbreitung meiner Ideen geht", argumentiert der Politologe, „kann es mir nur recht sein, wenn diese (auch ohne meine Zustimmung) den Weg über Innsbruck hinaus finden." Kontakte zur „Jungen Freiheit" unterhalte er nicht. Diese Behauptung strafte Dr. Wolfgang Neugebauer vom DÖW allerdings Lügen. Er präsentierte nun das Protokoll einer konspirativen Zusammenkunft vom 20. November 1993 in Innsbruck, bei der Maislinger mit von der Partie war. Auf ihr hatten der damalige JF-Redakteur **Franz Watschinger** und sein Kollege **Hans-Ulrich Kopp**, Ex-Vorsitzender des Hochschulverbandes der „Republikaner", das Konzept ihrer Zeitung erläutert - und eine Menge Beifall geerntet.

Die Technik des Massenmordes

BUCHBESPRECHUNG

Anlaß für die Beschäftigung mit dem Thema war für den Autor die persönliche Bekanntschaft mit **Robert Faurisson**, einem der bekanntesten Lügner, die sich selber als „Revisionisten" bezeichnen. Beim Studium der Akten seiner Verteidigung wurde Pressac schnell klar, daß bei Faurissons „Beweisführung" von wissenschaftlicher Stichhaltigkeit keine Rede sein kann.

Daraufhin beschäftigte er sich mehr als 10 Jahre mit der „Vernichtungsmaschinerie im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau". Erst durch die Öffnung des Ostblocks wurden die Akten der Bauleitung von Auschwitz, die in Moskau archiviert sind, zugänglich. Dadurch wurde es möglich, das Buch in seiner jetzt vorliegenden Vollständigkeit zu veröffentlichen.

Pressac hat mit akribischer Genauigkeit zwei Stränge beschrieben und mit Dokumenten belegt:

1. Die Technik, die Entwicklung und den Bau aller Einrichtungen im Stammlager Auschwitz und im Lager Auschwitz-Birkenau, die in Zusammenhang stehen mit der Benutzung von Giftgas. Also die zeitgenaue Chronologie sowohl der Planungen, Bauten, Umbauten und Reparaturen der Desinfektionseinrichtungen, wie der Gaskammern für die fabrikmäßige Tötung von Menschen und der Krematorien zur Beseitigung der Leichen.

2. Die chronologische Inbetriebnahme und Nutzung aller im Stammlager und im Lager Auschwitz-Birkenau vorhandenen Gaskammern.

Dabei entfaltet sich ein Stück Kapitalismusgeschichte, die wahrhaftig über Leichen geht. Es ist der Konkurrenzkampf zweier Firmen, die Krematorien entwickeln, bauen, liefern und aufbauen. Der „Sieg" der Firma Topf aus Erfurt, vertreten durch ihren Ingenieur Prüfer, setzte eine unermüdliche Tätigkeit in Gang. Dies schaffte erst die Grundlage dafür, das Lager Auschwitz-Birkenau als die größte Stätte zur Durchführung des Massenmordes zu nutzen.

Für alle, die sich mit Lügnern wie Christophersen, Leuchter, Zündel und Co. auseinandersetzen müssen, ist die Vollständigkeit und der wissenschaftliche Wert des Buches unbezahlbar. Hinzu kommt, daß es von der Lesbarkeit und vom Schreibstil her geeignet ist, auch von älteren Schülern bearbeitet zu werden.

Es wäre wünschenswert, daß dieses wichtige Standardwerk möglichst bald als Taschenbuchausgabe aufgelegt und damit auch für diesen Leserkreis erschwinglich wird.

Lisa Böhne

Die Krematorien von Auschwitz - Die Technik des Massenmordes von Jean-Claude Pressac, Piper, München, Zürich 1994 - 38,00 DM

K E I N E Urlaubsbilder aus Kurdistan

Diavortrag

MitarbeiterInnen der AKTION 3.WELT Saar und des BUKO (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) hielten sich seit September 1993 dreimal im türkischen Teil Kurdistans und der Türkei auf.

Thema der Gespräche mit Flüchtlingen, Journalisten, Gewerkschaftern... waren neben der Lebenssituation von KurdInnen die Interessen der BRD und der Türkei.

Zuletzt recherchierten sie im März 1994 zum Thema Inländische Fluchtalternative Westtürkei. In dem Vortrag werden auch Möglichkeiten für eine politische Lösung der Kurdistanfrage angesprochen.

Terminabsprachen über:

AKTION 3.WELT Saar

Weiskircher Str.24, 66674 Losheim
Tel.: 06872 / 6982 - Fax: 7826

Aussagekräftige Pressephotos und Plakatvorlagen stehen für die Werbung zur Verfügung. Der Vortrag eignet sich gleichermaßen für die politische Arbeit als auch für die Erwachsenenbildung.

WER GEGEN DEN RECHTEN RAND IST, ABONNIERT DEN RECHTEN RAND!

DER RECHTE RAND ist ein periodischer Informationsdienst von und für AntifaschistInnen. **DER RECHTE RAND** kann zum Preis von DM 18,- (6 Exemplare) abonniert werden und kommt dann mit der Post ins Haus.

DER RECHTE RAND kann bestellt werden
durch schriftliche Bestellung an die Adresse der HerausgeberInnen:

Der Rechte Rand, Postfach 1324, 30013 Hannover unter Beilegung von DM 18,- (incl. Porto) als Scheck bzw. durch Überweisung von DM 18,- (incl. Porto) auf das Postgirokonto Hannover 44 55 86 - 301 (BLZ 250 100 30).

Bitte in keinem Fall den Namen und die Lieferadresse vergessen!

Hiermit abonniere ich die Zeitschrift DER RECHTE RAND-Informationsdienst von und für AntifaschistInnen bis auf Widerruf.

Name: ______________________________

Anschrift: ______________________________

____
Unterschrift

❑ Ich habe DM 18,- (incl. Porto) Abogebühren überwiesen. ❑ DM 18,- (incl. Porto) als Scheck liegen bei.
Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

____
Unterschrift